



# Landtag von Baden-Württemberg

14. Sitzung

14. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 7. Dezember 2006 • Haus des Landtags

Beginn: 9:34 Uhr

Mittagspause: 12:19 bis 13:30 Uhr

Schluss: 17:06 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten .....	711	Abg. Christine Rudolf SPD .....	731
Begrüßung des bulgarischen Generalkonsuls, Herrn Atanas Krastin .....	732	Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE .....	732
		Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP .....	733
		Beschluss .....	733
<b>1. Aktuelle Debatte – Adventssonntage in Baden-Württemberg schützen!</b> – beantragt von der Fraktion der SPD .....	711	<b>5. Fragestunde – Drucksache 14/576</b>	
Abg. Ute Vogt SPD .....	711	5.1 Mündliche Anfrage des Abg. Ernst Behringer CDU – <b>Zukunft der Landespolizeidirektionen und der Polizeidirektionen im Land</b> .....	740
Abg. Wilfried Klenk CDU .....	712, 718	Abg. Ernst Behringer CDU .....	740
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE .....	713, 716	Minister Heribert Rech .....	740
Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP .....	713, 718	5.2 Mündliche Anfrage des Abg. Martin Rivoir SPD – <b>Sperrung der B 10/B 28 im Stadtgebiet Ulm für Lkw über 12 t</b> .....	741
Abg. Fritz Buschle SPD .....	715	Abg. Martin Rivoir SPD .....	741
Staatssekretär Dieter Hillebrand .....	716	Staatssekretär Rudolf Köberle .....	741
<b>2. Wahl der Mitglieder des Medienrats der Landesanstalt für Kommunikation</b> .....	720	5.3 Mündliche Anfrage des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD – <b>Dem Land Baden-Württemberg entstandene Kosten bei dem Besuch von NATO-Generälen in Freiburg und in der Region sowie angefallene Mehrarbeitsstunden</b> .....	742
Beschluss .....	720	Abg. Gustav-Adolf Haas SPD .....	742
<b>3. Aktuelle Debatte – Ist der „Feinkostladen“ Baden-Württemberg in Gefahr? – Was tut die Landesregierung für die Verbraucher?</b> – beantragt von der Fraktion GRÜNE .....	720	Minister Heribert Rech .....	742
Abg. Reinhold Pix GRÜNE .....	721	5.4 Mündliche Anfrage des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP – <b>Datenübermittlung im SWIFT-Verfahren in die USA</b> .....	742
Abg. Elke Brunnemer CDU .....	722, 729	Abg. Hagen Kluck FDP/DVP .....	742
Abg. Alfred Winkler SPD .....	723, 729	Staatssekretär Rudolf Köberle .....	742
Abg. Monika Chef FDP/DVP .....	724, 730	5.5 Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Christoph Palmer CDU – <b>Restitutionsansprüche</b> .....	743
Minister Peter Hauk .....	725	Abg. Dr. Christoph Palmer CDU .....	743, 744
Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE .....	728	Staatssekretär Dr. Dietrich Birk .....	743, 744
<b>4. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über Einmalzahlungen in den Jahren 2006 und 2007 an Beamte, Richter und Versorgungsempfänger</b> – Drucksache 14/551 .....	730		
Minister Gerhard Stratthaus .....	730		
Abg. Klaus Herrmann CDU .....	731		

5.6 Mündliche Anfrage des Abg. Reinhold Pix GRÜNE – <b>Umsetzung der Einsparpläne aufgrund der Kürzung der Regionalisierungsmittel bezogen auf den ländlichen Raum</b> . . . . .	744		
Abg. Reinhold Pix GRÜNE . . . . .	744		
Staatssekretär Rudolf Köberle . . . . .	744		
6. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Justizministeriums – <b>Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Fachkommission Zwangsheirat</b> – Drucksache 14/309 . . . . .	733		
Abg. Brigitte Lösch GRÜNE . . . . .	733, 739		
Abg. Dr. Klaus Schüle CDU . . . . .	735		
Abg. Marianne Wonnay SPD . . . . .	736		
Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP . . . . .	737		
Minister Dr. Ulrich Goll . . . . .	737		
Beschluss . . . . .	740		
7. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – <b>Lebensmittelkontrollen in Baden-Württemberg</b> – Drucksache 14/378 . . . . .	745		
Abg. Birgit Kipfer SPD . . . . .	745		
Abg. Elke Brunnemer CDU . . . . .	747		
Abg. Reinhold Pix GRÜNE . . . . .	748		
Abg. Monika Chef FDP/DVP . . . . .	749		
Minister Peter Hauk . . . . .	750		
Beschluss . . . . .	755		
8. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Justizministeriums – <b>Integrationskonzept für Baden-Württemberg</b> – Drucksache 14/416 . . . . .	755		
Abg. Stephan Braun SPD . . . . .	755, 763		
Abg. Michael Föll CDU . . . . .	756		
Abg. Werner Wölfle GRÜNE . . . . .	757		
Abg. Hagen Kluck FDP/DVP . . . . .	759		
Minister Dr. Ulrich Goll . . . . .	760		
Beschluss . . . . .	765		
		9. a) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – <b>Einrichtung eines Beteiligungsfonds bei der L-Bank zur Kapitalausstattung von Gesellschaften, die Strom aus Biogas produzieren wollen</b> – Drucksache 14/417	
		b) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – <b>Bioenergiedorf Mauenheim als Beispiel für die Chancen zum Ausbau der erneuerbaren Energien im ländlichen Raum</b> – Drucksache 14/562 . . . . .	765
		Abg. Thomas Knapp SPD . . . . .	765, 772
		Abg. Franz Untersteller GRÜNE . . . . .	766
		Abg. Dr. Carmina Brenner CDU . . . . .	768
		Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP . . . . .	769
		Staatssekretär Richard Drautz . . . . .	769
		Minister Peter Hauk . . . . .	771
		Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE . . . . .	772
		Beschluss . . . . .	773
		10. Antrag der Fraktion der SPD – <b>Erweiterter Kündigungsschutz und Zweckentfremdungsverbot zum Schutz vor Mieterverdrängung und Sicherung des Wohnungsbestandes in den baden-württembergischen Groß- und Universitätsstädten</b> – Drucksache 14/619	
		– dringlich gemäß § 57 Abs. 3 GeschO . . . . .	773
		Abg. Dr. Frank Mentrup SPD . . . . .	773, 780
		Abg. Winfried Mack CDU . . . . .	774
		Abg. Edith Sitzmann GRÜNE . . . . .	775
		Abg. Beate Fauser FDP/DVP . . . . .	776
		Staatssekretär Richard Drautz . . . . .	778
		Beschluss . . . . .	780
		Nächste Sitzung . . . . .	780

## Protokoll

über die 14. Sitzung vom 7. Dezember 2006

Beginn: 9:34 Uhr

**Präsident Peter Straub:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 14. Sitzung des 14. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie. Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen und die Gespräche einzustellen.

Urlaub für heute habe ich den Herren Abg. Dr. Bullinger und Dr. Schmid erteilt.

Aus dienstlichen Gründen sind Herr Minister Rau, Herr Minister Pfister und Herr Minister Professor Dr. Reinhart entschuldigt.

Damit treten wir in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte – Adventssonntage in Baden-Württemberg schützen! – beantragt von der Fraktion der SPD**

Das Präsidium hat die üblichen Redezeiten festgelegt: fünf Minuten für die einleitenden Erklärungen und fünf Minuten für die Redner in der zweiten Runde.

Das Wort erteile ich Frau Abg. Vogt.

**Abg. Ute Vogt SPD:** Guten Morgen, Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Thema Ladenschlussgesetz, dem am Ende beinahe noch die Adventssonntage zum Opfer gefallen wären, haben wir ein weiteres Beispiel dafür, dass es dem Ministerpräsidenten nicht gelingt, in seiner Regierung Fundamente zu setzen und Orientierung zu geben. Es wurde nicht, wie es eigentlich üblich sein sollte, nach gründlicher Diskussion vor allem nach den Interessen des Landes entschieden. Dann hätte man nämlich sagen müssen: Es ist völlig klar, die einzige Lösung für Baden-Württemberg muss sein, dem Antrag der Sozialdemokratischen Partei zu folgen und zu sagen: „Ein Land, das solche Strukturprobleme in der Versorgung im ländlichen Raum hat, kann überhaupt nicht zulassen, dass in den Städten Läden bis in die Puppen geöffnet sind und dadurch im ländlichen Raum die Angebote weiter ausbluten.“ Das wäre eine verlässliche Politik und eine Orientierung am Ziel eines strukturstarken Baden-Württembergs gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Stattdessen geht es im Kabinett und offenbar auch zwischen dem Kabinett und den die Regierung tragenden Fraktionen zu wie auf einem Basar. Der Ministerpräsident hört einen Lobbyschrei: „Sonntags soll offen sein!“, und folgt diesem geschwind. Die CDU-Fraktion meldet Bedenken an, und der Ministerpräsident versucht den nächsten Kuhhandel, ein

Tauschgeschäft, und sagt: Dann lasst doch die Gaststätten bis tief in die Nacht offen, dann folgen wir der FDP, und dafür wird der Adventssonntag wieder ein Stück weit geschützt.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Sehr gut!)

Das heißt, es ging über Tage und Wochen hin und her. Hätte nicht in diesem Fall die CDU-Landtagsfraktion irgendwann gesagt: „Jetzt ist aber Schluss mit lustig“,

(Lachen des Abg. Manfred Hollenbach CDU)

und hätte sie sich nicht wenigstens für den Schutz der Adventssonntage eingesetzt, dann würde man wahrscheinlich noch jetzt herumstreiten.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Danke für das Lob! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Das soll auch so verstanden werden! – Heiterkeit bei der CDU)

– Ja, in diesem Fall gern, Herr Scheuermann. Wir würden Sie noch viel mehr loben, wenn Sie sich nicht nur an diesem Punkt, sondern insgesamt ein Herz fassten und Ihrem Herzen folgen würden,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir sind die Partei mit Herz!)

wenn Sie dem zustimmen würden, was die meisten von Ihnen wollen, und sagen würden: Macht etwas für die Beschäftigten, tut etwas für die Familien und für die im Ehrenamt Tätigen und bleibt bei den Öffnungszeiten, wie sie heute sind.

(Beifall bei der SPD)

Das Problem, das dahintersteckt, geht tiefer. Das Problem ist, dass der Ministerpräsident uns im Nachhinein erläutert: „Etwas Pulverdampf schadet nicht, wenn die Kanone nicht explodiert“ – in Bezug auf seine Streitigkeiten mit der Unionsfraktion.

Dass aber dieser Pulverdampf den Blick vernebelt, das ist das eigentliche Problem, das in dieser Landesregierung herrscht. Wenn der, der vorne steht, meint, es sei seine Aufgabe, zu moderieren – er sagte ja auch noch: „Mein Ziel war es, zu moderieren“ –, anstatt seine Verpflichtung wahrzunehmen und eine Führungsaufgabe im Land zu übernehmen, dann ist dies das eigentliche Problem, das an diesem Beispiel mehr als deutlich wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

(Ute Vogt)

In diesem Sinne sind wir an diesem Punkt in der Tat, Herr Kollege Scheuermann, der CDU-Fraktion dankbar,

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr wahr!)

dass sie dem Ministerpräsidenten und seinem beschäftigungsfeindlichen Ansinnen Einhalt geboten hat. Aber ich würde mir wünschen, dass die CDU-Fraktion ihre deutliche Mehrheit auch nutzt, um dem Ministerpräsidenten klarzumachen, dass es nicht reicht, wenn man von Thema zu Thema springt, dass es nicht ausreichend ist, wenn man sich immer einmal an der einen oder anderen Baustelle blicken lässt, sondern dass jemand, der an der Spitze eines Landes steht, gründlich arbeiten muss, dass er nicht nur Dialoge führen soll, sondern entscheiden muss und vor allem bei den Entscheidungen vorangehen muss und sich nicht treiben lassen darf – und im Zweifel dann auch stoppen lassen muss. Ihre Verpflichtung wäre, das dem Ministerpräsidenten beizubringen. Wenn Sie das nicht tun, dann müssen wir eben eine Alternative suchen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Frau Vernünftigt!)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Klenk.

**Abg. Wilfried Klenk** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Kollegin Vogt, das Problem ist nur: Wir haben die Alternative nicht und schon gar nicht in Ihnen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Ute Vogt SPD: Ich hatte nicht erwartet, dass Sie mich wählen! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das ist ja das Problem, dass ihr keine Alternative in euren Reihen habt! Das ist ja die Bankrotterklärung heute Morgen! Jesses Maria!)

Es ist ja schön, dass Sie uns heute Morgen dafür gelobt haben, dass wir in diesem Punkt unserer Linie treu geblieben sind und nichts anderes getan haben als das, was wir von Anfang an, nämlich schon auf unserer Klausurtagung im September, gesagt haben: Wir wollen an den Werktagen Ladenöffnungszeiten rund um die Uhr, und die Sonntage sollen geschützt bleiben. Als Gegenleistung wollen wir die Zahl der verkaufsoffenen Sonntage von vier auf zwei reduzieren – mit einer Ausnahme –, weil wir der Meinung sind, dass es auch Zeiten geben muss, in denen sich die Menschen wieder für das Zusammenleben Zeit nehmen können.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber auch abends!)

Es kann nicht sein, dass das Einkaufen zum einzigen Volksereignis der Gesellschaft wird. Das ist unsere Meinung, und dazu stehen wir.

(Beifall bei der CDU – Demonstrativer Beifall bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Guter Mann! – Abg. Ute Vogt SPD: Das wollten wir hören! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Jetzt weiter! Jetzt gehen Sie mal auf die Werktage ein! – Abg. Rainer Stichelberger SPD: Wir haben noch einen Platz frei!)

Wir reden ständig von Deregulierung und Entbürokratisierung. Hier haben wir die Chance, denjenigen, die vor Ort über die Öffnungszeiten entscheiden können, die Freigabe zu überlassen. Das tun wir auch, indem sie entscheiden können, wann sie von Montag bis Samstag öffnen wollen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Und die Folgen?)

Wir sagen – und dabei bleiben wir, wie gesagt –, dass die Sonntage und insbesondere die Adventssonntage geschützt bleiben sollen. Wenn wir Ihrem Gesetzentwurf gefolgt wären, dann wäre da übrigens auch ein Adventssonntag dabei gewesen.

(Abg. Ingo Rust SPD: Nein! Das stimmt nicht! Falsch! – Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist ja gar nicht wahr!)

– Selbstverständlich.

Ein Blick über die Ländergrenzen zeigt: In Berlin – jetzt wollen wir Baden-Württemberg von den Strukturen her nicht unbedingt mit Berlin vergleichen; wir wissen ja, wer dort regiert – gilt: Ladenöffnung rund um die Uhr und zusätzlich zehn verkaufsoffene Sonntage – inklusive Adventssonntage.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Falsch!)

Dazu fällt mir aber nichts mehr ein.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Heiterkeit des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

– Sie nicken jetzt, Herr Gall. Das stimmt doch. Das ist nicht falsch.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist aber trotzdem falsch, was die machen!)

Ich sage Ihnen, wir befinden uns hier in einem politischen Prozess.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Bayern! Bayern!)

Nächste Woche wird der Gesetzentwurf der Landesregierung – Gesetz über die Ladenöffnung – hier zur ersten Lesung anstehen. Dann können wir uns über die Einzelheiten noch einmal austauschen. Wir sind froh, dass wir auch mit unserem Koalitionspartner und mit der Regierung eine Lösung gefunden haben –

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Bayern!)

mit drei verkaufsoffenen Sonntagen. Die Adventssonntage bleiben geschützt, zusätzlich jetzt auch der Ostersonntag und der Pfingstsonntag.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Damit sind wir sehr zufrieden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja-wohl! Bravo! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Sitzmann.

**Abg. Edith Sitzmann GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Klenk hat gerade gesagt: Wir tun jetzt das, was wir von Anfang an wollten. Was Sie unseres Wissens von Anfang an wollten, ist dieser Gesetzentwurf, der seit Ende September auf den Internetseiten des Sozialministeriums zu finden ist. Er ist zumindest bis gestern noch immer da zu finden gewesen. In diesem Gesetzentwurf heißt es in Bezug auf die Sonntagsregelung, dass Sie die Zahl der verkaufsoffenen Sonntage von vier auf zwei reduzieren wollen, dass Sie in Ausnahmefällen einen dritten Sonntag zulassen wollen und dass die zuständigen Behörden darüber entscheiden sollen, wann diese verkaufsoffenen Sonntage stattfinden. Ein anderer Gesetzentwurf liegt uns bislang von Ihrer Seite nicht vor, obwohl Sie gerade gesagt haben, dass wir diesen in der nächsten Woche hier im Plenum beraten sollen. Ich bin sehr gespannt, was bis dahin alles an Neuigkeiten aus Ihrer Fraktion kommt, welche Lösungen Sie jetzt noch weiter erarbeiten. Klar ist: Das, was Sie bis jetzt gemacht haben, ist unseres Erachtens ein fauler Kompromiss.

Wir Grünen wollen nach wie vor die Zahl der verkaufsoffenen Sonntage von vier auf zwei reduzieren, und wir wollen, dass die zuständigen Gemeinden darüber entscheiden können, welche Sonntage dies sind – in Respekt vor den Traditionen, die es in den einzelnen Kommunen gibt und in der Überzeugung, dass die Kommunen sehr wohl in der Lage sind, verantwortungsbewusst und wertorientiert zu entscheiden.

(Beifall bei den Grünen)

Zuerst einmal war Ihre Position seit 2004 klar. Nun haben Sie den Advent als Zeit der Besinnung entdeckt. Allerdings haben Sie selbst gar nicht nach diesem Motto gehandelt, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsfraktionen, sondern es gab ein ständiges Hickhack, ein Hin und Her, wie es weitergehen soll, ob es jetzt zwei oder in Ausnahmefällen drei verkaufsoffene Sonntage geben soll, ob der erste Sonntag im Advent offen sein darf, ob gar keiner offen sein darf. Jetzt haben Sie mit drei Sonntagen einen Kompromiss gefunden, was aufs Jahr gesehen tatsächlich weniger Sonntagsschutz bedeutet, als Sie es bisher vorgesehen hatten.

Ich kann nur sagen: Wir reiben uns verwundert die Augen. Wir sind aber auch ganz froh, dass an dem Tag, an dem das Gespräch zur Kompromissfindung stattfand, die Bambi-Verleihung war. Sie hatten es also eilig. Wer weiß, was noch alles herausgekommen wäre, wenn Sie länger beraten hätten.

(Heiterkeit bei der SPD – Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir haben jetzt in der Zeitung gelesen, dass der Ministerpräsident sagt: Etwas Pulverdampf schadet nicht, wenn die Kanone nicht explodiert.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Bei Ihnen knallt es meistens mehr!)

Auch da stellen wir von besinnlichem Advent gar nichts fest. Tatsache ist, dass es hier bei Ihnen hart zur Sache ging, dass das Ergebnis aber nicht an der Sache, sondern machtpolitisch orientiert ist und deshalb auch nicht zufriedenstellen kann. Wir hören jetzt: Moderieren ist bei der CDU inzwischen in. Aber sehr oft geht es schief. Insofern gehen wir davon aus, dass es der Ministerpräsident eher nach dem Motto von Friedrich Schiller hält: „Ich hab’ hier bloß ein Amt und keine Meinung.“ Das halten wir nicht für die richtige Aussage. Da muss sich etwas entscheidend verbessern.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Tatsache ist: Es soll weniger Sonntagsschutz geben als ursprünglich geplant. Das ist unserer Meinung nach sehr bedauerlich, weil wir nach wie vor der Überzeugung sind, dass der Sonntagsschutz gesellschaftlich wichtig ist. Zum einen ist er das aus christlichen Traditionen heraus. Zum anderen leben wir in einer Zeit, die nicht nur für uns, die wir hier sitzen, sondern für einen Großteil der Bevölkerung von Hektik im Alltag, von Zeitstress und von Zeitnot geprägt ist. Es gibt sehr wenige Auszeiten, sehr wenige Möglichkeiten, mit Muße Dinge zu tun und einen anderen Lebensrhythmus zu pflegen. Da ist der Sonntag ein ganz wichtiger Bestandteil. Deswegen wollen wir ihn schützen. Ich hoffe, dass dies auch weiterhin Ihr Anliegen ist. Sie haben ja bis zum Vorliegen des Gesetzentwurfs nächste Woche noch Zeit, besinnlich darüber nachzudenken. Wir hoffen, dass das bei Ihnen auch zu einem guten Ergebnis für mehr Sonntagsschutz führt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

**Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP:** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir befinden uns in der sogenannten stillen oder besinnlichen Adventszeit. Trotzdem zeigen uns Lebenswirklichkeiten, dass die hektischste Zeit sowohl in den Familien als auch in der Politik als auch in der Geschäftswelt eigentlich immer die Zeit vor Weihnachten ist.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen)

Die Debatte, die jetzt martialisch mit Pulverdampf und Ähnlichem verglichen wird, passt eigentlich nicht zu dem Anliegen, die Besinnlichkeit wieder ein Stück mehr zur Geltung kommen zu lassen.

Ich muss schon sagen, Frau Kollegin Vogt: Wenn Sie hin- und herkritisieren, sollten Sie auch einmal in die anderen Länder schauen. Das SPD-geführte Bundesland Berlin mit Wowerit ist schon erwähnt worden. Dort gibt es zehn verkaufsoffene Sonntage. So viel zum Thema „Schutz für Sonntage durch die SPD“.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was hat das mit Baden-Württemberg zu tun?)

Oder wenn ich auf die rechte Seite schaue: Jürgen Rüttgers, dem laut Umfragen inzwischen angeblich viele das SPD-Parteibuch zuschreiben

(Dr. Ulrich Noll)

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Hat er das? Heimlich?)

– er wird in Umfragen schon unter den beliebtesten SPD-Politikern geführt –, hat zusammen mit der FDP Adventssonntage freigegeben. Also, das geht quer durch alle Parteien, durch alle Fraktionen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Jetzt geht es um Baden-Württemberg!)

Die erste wichtige Feststellung: Wir sind in Baden-Württemberg natürlich keine Insel. Wir müssen sehen, was um uns herum passiert, was in Mannheim, in Ulm/Neu-Ulm passiert.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Schweiz!)

– Genau! – Das ist das Erste.

Das Zweite ist das Thema ländlicher Raum, das Sie, Frau Vogt, angesprochen haben. Gerade im ländlichen Raum sind die verkaufsoffenen Sonntage für Kleinzentren, Unterzentren, Mittelzentren ein ganz zentrales, wichtiges Element,

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aber nicht im Advent!)

um die Bevölkerung aus dem Umfeld in diese Zentren holen zu können.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aber doch nicht nur zu Weihnachten!)

Deswegen sage ich: Nach gründlicher Diskussion und – wie es in der Demokratie üblich ist – nach der Suche nach einem Kompromiss sind wir sehr zufrieden, dass wir, statt wie ursprünglich einmal vorgesehen, nur noch zwei verkaufsoffene Sonntage zu ermöglichen, jetzt all denen, deren Interessen zu schützen Sie vorgeben, wieder die Möglichkeit bieten können, ihre Läden an drei Sonntagen im Jahr zu öffnen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wenn es um das Thema Deregulierung geht, nicken hier immer alle.

(Zurufe von der SPD)

Wenn wir aber konkret jetzt eine schlanke Lösung haben und nur festlegen, dass maximal drei verkaufsoffene Sonntage im Jahr möglich sein sollen – Sie wissen auch, dass letztlich die Kommunen vor Ort nach Anhörung der Kirchen zusammen mit dem Handels- und Gewerbeverband beschließen, welche Sonntage das sein sollen –, dann ist doch Ihrem Anliegen vollkommen Rechnung getragen. Wir gehen hier immer von der höheren Weisheit der Abgeordneten im Landtag aus. Ich gehe davon aus, dass die Gemeinderäte vor Ort genauso auf die Anliegen der Gewerbetreibenden, der Verbraucher, aber auch der Kirchen Rücksicht nehmen.

(Zuruf von der FDP/DVP)

Deshalb hätten wir überhaupt nicht befürchtet, dass bei der schlanken Vorgabe von nur drei verkaufsoffenen Sonntagen

besonders sensible Sonntage wie der Ostersonntag verkaufsoffen würden.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das ist doch völlig marktfern, was Sie sagen!)

Also, wir regulieren wieder etwas, was überhaupt nicht notwendig gewesen wäre.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Sie befinden sich doch im Markt!)

Hier werden die verschiedensten Argumente angebracht. Auf den Weihnachtsmärkten können Sie von der langen Unterhose über Knöpfe bis hin zu Salben alles schon heute selbstverständlich an Sonntagen kaufen. Die Kirchen – das hat mir Kollege Kleinmann, ein evangelischer Pfarrer, bestätigt – veranstalten häufig an Adventssonntagen ihre Bazaar.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was? – Weitere Zurufe von der SPD)

Da stellt sich auch die Frage nach der Wertigkeit der Adventssonntage. Zwischendurch war die Rede davon, den ersten und den zweiten Adventssonntag freizugeben.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wo gibt es denn die langen Unterhosen? – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Nun wissen alle, die kirchlich etwas bewandert sind, dass der erste Adventssonntag eigentlich der am meisten schützenswerte wäre,

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

weil es der Beginn des Kirchenjahres ist. Also, da werden ganz merkwürdige, verquere Diskussionen geführt.

Dann zum Thema „Zusammenleben in den Familien“. Es ist in der Tat so: Wer wie ich Familie, Kinder, Enkel hat, weiß, dass der gemeinsame Einkauf an einem verkaufsoffenen Sonntag eben als die Chance gesehen wird, einmal mit der ganzen Familie in aller Ruhe in die Stadt oder ins Zentrum zu gehen.

(Zurufe von der SPD)

Sie müssen doch wirklich einmal Lebenswirklichkeiten sehen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das war kein gutes Beispiel!)

Deswegen glaube ich, dass wir, wenn sich der Pulverdampf, der gar nicht zur besinnlichen Adventszeit passt, gelegt haben wird, sehr gut mit dem Kompromiss leben können, zu sagen: Unter der Woche wollen wir niemandem vorschreiben, wann er seinen Laden zu öffnen oder zu schließen hat. Das können die Menschen vor Ort regeln. Drei verkaufsoffene Sonntage im Jahr sind möglich. Darüber muss vor Ort entschieden werden. Diese Zahl muss nicht ausgeschöpft werden; das ist auch keine Frage.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

(Dr. Ulrich Noll)

Wir bekennen uns in der Tat dazu, dass man eine gewisse Einschränkung für besonders sensible, aus kirchlich-historischer Tradition zu schützende Sonntage vornimmt und diese künftig eben nicht der Öffnung zugänglich macht.

Daher denke ich: Aller Pulverdampf war umsonst, und auch die Debatte kommt zu spät. Wir haben einen vernünftigen Kompromiss gefunden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Buschle.

**Abg. Fritz Buschle SPD:** Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Herr Noll, wir waren schon erstaunt, dass ausgerechnet Sie sagen, es sei ein besonderes Vergnügen, mit der Familie einkaufen zu gehen, das Adventsvergnügen schlechthin.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ich habe nicht gesagt: im Advent! Überhaupt!)

– Überhaupt?

Bei dem einen schlägt das Herz links, bei dem anderen sitzt es auf dem rechten Fleck. Aber wenn das Denken hauptsächlich von hinten rechts bestimmt wird, wo der Geldbeutel sitzt, dann kann man es schon so empfinden. Wir empfinden es nicht so.

Gestern war hier im Foyer des Landtags ein Chor und hat dem Ministerpräsidenten ein Ständchen gesungen, unter anderem auch: „Niklaus ist ein kluger Mann, von dem die Regierung noch viel lernen kann“. Nikolaus war einer der Ersten, die die Schlacht zwischen Kommerz und Besinnung im Advent verloren haben. Nun wird er ersetzt durch einen roten Coca-Cola-Clown, eine Mischung zwischen einem Troll und Väterchen Frost, der als einzige Botschaft verkündet: Ho, ho, ho! Shopping, das macht froh!

Meine Damen und Herren, wir haben uns draußen im Land gewundert, wie oft wir auch von Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion gehört haben, sie seien der Meinung, so, wie es bisher war, sei es richtig. In Presseorganen – die nicht im Pressespiegel erscheinen – kommt das stark zum Ausdruck. Von Bürgerinnen und Bürgern, die in der Politik nicht so bewandert sind, haben wir dann oft die Frage gehört: „Hoppla, ist der bei der SPD?“

Wenn wir nun sehen, dass Sie den dritten Sonntag freigegeben haben, müssen wir Folgendes überlegen: Der Ministerpräsident sagt, er habe – in unheiliger Allianz mit den Bischöfen – eine Lösung gefunden, die nun diesen Adventssonntag zum verkaufsoffenen Sonntag prädestinierte. Dies wurde gekippt – dem Heiligen Stephanus sei Dank –, und nun sagt der Ministerpräsident, er sei nicht beschädigt. Es sei völlig in Ordnung, wie er es gemacht habe. Er könne sehr gut damit leben, dass es jetzt einen dritten verkaufsoffenen Sonntag im Jahr gibt.

Nun muss man sich fragen: Ist das nicht das typische Dilemma? Der Ministerpräsident sagt, er sei nicht beschädigt; also war ihm das gar nicht so wichtig. Hat er einen Ballon

gestartet, nicht um den Adventssonntag zu bekommen, sondern den dritten Sonntag im Jahr? Herr Noll, ich denke, da können Sie mir folgen.

Sie haben nun den dritten Sonntag im Jahr. Dazu kommt: Das Regierungspräsidium kann einen weiteren Sonntag freigeben. Also sind wir bei den vier Sonntagen, von denen wir schon immer gesprochen haben, obwohl auch uns der Schutz des Sonntags wichtig ist.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das stimmt gar nicht! Das ist nicht Beschlusslage!)

– Aber am 8. November wurde es so dargestellt, Herr Noll.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Peter Straub:** Herr Abg. Buschle, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Theurer?

**Abg. Fritz Buschle SPD:** Bitte sehr, Herr Theurer.

**Präsident Peter Straub:** Bitte schön, Herr Abg. Theurer.

**Abg. Michael Theurer FDP/DVP:** Herr Kollege, ist Ihnen bekannt, dass bisher vier verkaufsoffene Sonntage im Jahr möglich waren

(Abg. Reinhold Gall SPD: Bis zu vier, Herr Kollege!)

– bis zu vier – und dass die Reduzierung auf bis zu drei eine Verstärkung des Sonntagsschutzes ist? Sind Sie bereit, das zur Kenntnis zu nehmen?

**Abg. Fritz Buschle SPD:** Lieber Herr Kollege Theurer, ich gehe von dem aus, was Sie hier am 8. November dargestellt haben. Sie haben behauptet, die Verkürzung von vier Sonntagen auf zwei sei die Kompensation für die längeren Ladenöffnungszeiten – die übrigens dem Einzelhandel im ländlichen Raum unbestritten schaden, auch den Kleinzentren, Herr Noll. Wenn Sie mit den Leuten reden, werden Sie das erfahren.

(Beifall bei der SPD)

Nachdem Sie sich also in diesem Dilemma befinden und der Ministerpräsident angeblich nicht verloren hat, kann es also nur noch so sein, dass die Fraktion verloren hat.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Vielleicht haben Sie einen Trick nicht durchschaut und sind nun die wahren Verlierer. Egal, wie es sein mag, die Verlierer sitzen rechts von mir.

Allen Kolleginnen und Kollegen, die draußen im Land weiterhin sagen: „Es war gut so, wie es bisher war; es könnte auch so bleiben“, rufe ich ganz im weihnachtlichen Sinne zu: Fürchtet euch nicht. Ich verkünde euch: Die SPD steht auf eurer Seite.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Sitzmann.

**Abg. Edith Sitzmann GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Noll, ich bin Ihnen dankbar für Ihren Redebeitrag,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das freut mich aber!)

weil Ihre Argumentation unserer ganz klar gefolgt ist. So, wie Sie argumentiert haben, gehe ich davon aus, dass wir, wenn wir einen entsprechenden Antrag einbringen, mit Ihrer Zustimmung rechnen können.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Nein!)

– So war Ihre Aussage gerade. Das freut uns natürlich sehr.

Grundsätzlich setzen wir beim Ladenschluss, wie Sie wissen, auf kommunale Lösungen. Das bedeutet, dass die Ladenöffnungszeiten so bleiben, wie sie bislang sind. Sie sollen dann geändert werden können, wenn die Kommunen dies per Satzung ausdrücklich beschließen. Damit haben Kommunen die Möglichkeit, den Bedarf vor Ort zu berücksichtigen und die Innenstädte zu stärken. Sie können die Öffnungszeiten auch an einzelnen Tagen pro Woche verlängern oder auch ganz von längeren Öffnungszeiten absehen.

Ich glaube, dass das im Sinne der verschiedenen Interessenlagen, die wir haben – auch an Landesgrenzen –, der richtige Weg ist, um zu optimalen Lösungen zu kommen. Ich gehe nicht davon aus, dass der Kompromiss, der jetzt vonseiten der CDU-Fraktion bzw. der Landesregierung vorgeschlagen wurde, von allen einvernehmlich begrüßt wird. Ich gehe davon aus, dass es noch den einen oder anderen Kritikpunkt geben wird. Wir sind sehr gespannt, ob Sie Ihre Position dann wieder revidieren und noch einmal etwas anderes vorschlagen.

Einen letzten Punkt möchte ich noch anfügen. Ich habe eingangs betont, dass uns der Sonntagsschutz wichtig ist. Das gilt für das ganze Jahr, das gilt aber auch für den Advent. Wir wollen den Advent nicht dem grenzenlosen Konsum opfern und nicht die Hektik an Sonntagen noch verstärken. Ich glaube, dass es viele im vorweihnachtlichen Stress gar nicht schaffen, so, wie Kollege Noll es dargestellt hat, gemütlich durch die Innenstadt zu schlendern. Grundsätzlich plädieren wir dafür, dass die Geschäfte an den Sonntagen im Advent geschlossen bleiben.

(Beifall der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Aber unsere Kommunen können das sehr gut selbst entscheiden – vor allem, wenn es nur zwei verkaufsoffene Sonntage im Jahr gibt. Dafür setzen wir uns vehement ein.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Gut herumgeeeiert, wie immer!)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Hillebrand.

**Staatssekretär Dieter Hillebrand:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Sie alle kennen den Satz von Karl Valentin: „Es ist alles gesagt, aber noch nicht von allen.“ Zu Recht dürfen

Sie erwarten, dass auch die Landesregierung zu diesem Thema Position bezieht. Trotzdem, glaube ich, darf ich mich kurz fassen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Immer!)

Die Diskussion über die Adventssonntage konnten Sie ja über die Presse mitverfolgen. Ich freue mich, dass eine Einigung erzielt werden konnte. Nach dieser Einigung, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, dürfen in Baden-Württemberg die Ladengeschäfte an Adventssonntagen und im Übrigen jetzt auch an den Weihnachtsfeiertagen, am Ostersonntag und am Pfingstsonntag in Zukunft für den Verkauf nicht mehr geöffnet sein.

Im Zusammenhang mit der vorgesehenen Freigabe der werktäglichen Ladenöffnungszeiten ist diese Einigung, wie ich meine, ein ausgewogener Kompromiss. Er berücksichtigt die Interessen der Beschäftigten und des Einzelhandels gleichermaßen. Die baden-württembergische Landesregierung geht damit – ich bitte das doch zu bemerken – über das jetzige Schutzniveau des Ladenschlussrechts an Sonntagen hinaus.

Daher sehe ich, meine Damen und Herren von der SPD, hinsichtlich der Adventssonntage keinen Anlass für diese Debatte. Wenn die SPD trotzdem daran festhält, dass die von ihr beantragte Aktuelle Debatte notwendig ist, dann zeigt das, dass es der SPD nicht um die Sache geht.

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Norbert Zeller SPD: Das sagt gerade der Richtige!)

Frau Kollegin Vogt, Sie spielen sich hier zur Säulenheiligen für den Schutz der Adventssonntage auf. Tatsächlich ist diese von Ihnen angezettelte Debatte scheinheilig.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Es ist in Deutschland überhaupt nicht selbstverständlich, dass keine verkaufsoffenen Adventssonntage möglich sind. Nach dem bisherigen Stand lassen sechs Länder aufgrund ihrer Ladenöffnungsgesetze verkaufsoffene Adventssonntage zu.

(Abg. Ute Vogt SPD: Wir wollten aber doch eine Landesregelung und keine bundeseinheitliche mehr! Das ist doch der Punkt! – Abg. Reinhold Gall SPD: Die kennen wir doch alle!)

– Ja. Passen Sie auf, Frau Vogt! – Die Regierungskoalition in Baden-Württemberg bleibt beim Schutz der Sonn- und Feiertagsruhe absolut konsequent.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Meine Damen und Herren von der SPD, wie ist es denn dort, wo die SPD regiert, um den Schutz der Adventssonntage bestellt?

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das interessiert doch in Baden-Württemberg nicht!)

– Das interessiert schon. Ich weiß, dass Sie das nicht hören wollen, Frau Bregenzer.

(Staatssekretär Dieter Hillebrand)

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Wir leben hier in Baden-Württemberg! – Abg. Reinhold Gall SPD: Weil wir für unsere Regelungen eintreten! – Zuruf der Abg. Ute Vogt SPD)

Ich muss es Ihnen trotzdem einmal sagen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Mein Gott! Bleiben Sie jetzt doch einmal beim Thema! Wir kennen das doch alles! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Was regen Sie sich denn so auf? Wollen Sie nicht hören, wie es dort ist, wo die SPD regiert?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das wissen wir doch!)

– Sie wissen das.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wir wollen wissen, wie es hier ist! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Uns interessiert das!)

– Sie interessiert es. Also, Herr Kollege Herrmann.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist wichtig! Uns alle interessiert es! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Lesen Sie denn keine Zeitung?)

Schauen Sie nach Brandenburg: Brandenburg gestattet zwei verkaufsoffene Adventssonntage.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Erzählen Sie das Herrn Scheuermann! – Gegenruf des Abg. Stefan Mappus CDU: Der ist gar nicht da!)

Oder – der Kollege Klenk hat es bereits angesprochen – schauen wir einmal nach Berlin: Dort wird der Verkauf an bis zu zehn verkaufsoffenen Sonn- und Feiertagen freigegeben,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das halten wir für falsch! Fertig!)

und darunter alle vier Adventssonntage. Das ist absoluter deutscher Negativrekord.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ja! – Abg. Ute Vogt SPD: Das wollte doch der Ministerpräsident auch! – Gegenruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Zehn haben die! Zehn wollten nicht einmal wir! – Abg. Norbert Zeller SPD: Wollen Sie das auch so machen? – Abg. Carla Bregenzer SPD: Wollte der Ministerpräsident das mit den Adventssonntagen nicht auch so haben?)

– Glauben Sie etwa, Herr Zeller, dass es in Berlin der Hauptstadtbonus rechtfertigt, die Beschäftigten im Einzelhandel dort weniger zu schützen als bei uns?

(Abg. Norbert Zeller SPD: Jetzt kommen wir wieder zu Baden-Württemberg!)

Diese Realität hat die SPD in ihrer Wahrnehmung ganz offensichtlich ausgeblendet.

„Alles, was nicht zur Tat wird, hat keinen Wert.“

(Beifall des Abg. Stephan Braun SPD)

So hat es Gustav Werner, der Gründer der Stiftung zum Bruderhaus in Reutlingen – dort komme ich her –, einmal gesagt.

Gehen Sie doch einmal nach Brandenburg, gehen Sie doch einmal nach Berlin,

(Abg. Ingo Rust SPD: Wir sind aber in Baden-Württemberg!)

und bekehren Sie doch einmal Ihre Genossen! Missionieren Sie doch einmal dort, und sagen Sie den Verantwortlichen einmal, dass die Regelung mit den verkaufsoffenen Adventssonntagen keinen Wert hat! Und tun Sie hier nicht so, als ob in Baden-Württemberg der Untergang des christlichen Abendlands vorprogrammiert wäre!

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, jetzt kommen wir zu Baden-Württemberg.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Endlich! – Beifall bei der SPD)

– Man muss die Rahmenbedingungen kennen und den Kontext, in dem wir uns hier im Land befinden.

Schauen Sie einmal in Ihren eigenen Gesetzentwurf, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD: Darin scheinen Sie es mit dem Schutz der Adventssonntage auch nicht so genau zu nehmen. In dem Titel der Aktuellen Debatte ist großspurig davon die Rede, dass für Sie ein besonderer Schutz der Adventssonntage geboten sei. Wenn man aber Ihren eigenen Gesetzentwurf, über den wir vor Kurzem hier debattiert haben, anschaut, dann stellt man fest: Der erste Adventssonntag wird, sofern er im November ist, von Ihnen freigegeben. Was sagen Sie dazu?

(Abg. Ute Vogt SPD: Wenn Sie einen Änderungsantrag stellen, nehmen wir das gern auf! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Haben Sie denn unseren Gesetzentwurf gelesen?)

– Vielen Dank, Frau Kollegin. Es freut mich, dass Sie inzwischen Ihren Irrweg erkannt haben

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

und die Haltung der Landesregierung vollständig unterstützen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, kein anderes Land ist beim Schutz der Sonn- und Feiertagsruhe so konsequent wie Baden-Württemberg. An diesem Kurs halten wir nicht nur in Bezug auf die Adventssonntage fest. Vielmehr reduzieren wir die Zahl der verkaufsoffenen Sonntage im Jahr von bisher vier auf drei. Es ist schön, meine Damen und Herren von der Opposition, dass wir beim Schutz der Sonn- und Feiertage in Baden-Württemberg jetzt offensichtlich eine große Übereinstimmung haben.

(Abg. Ute Vogt SPD: Nachdem der Ministerpräsident Einsicht gezeigt hat!)

Bei dieser großen Übereinstimmung, die wir jetzt haben, darf ich doch davon ausgehen, dass Sie unserem Gesetz

(Staatssekretär Dieter Hillebrand)

über die Ladenöffnung, das wir demnächst hier erörtern werden, zustimmen werden.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Mit Sicherheit nicht!)

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Die Werkzeuge gehören nämlich auch zu dem Gesetz!)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Klenk.

**Abg. Wilfried Klenk** CDU: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Über den Gesetzentwurf werden wir ja in der nächsten Woche diskutieren.

(Abg. Ute Vogt SPD: Genau!)

Heute geht es um die Adventssonntage.

(Abg. Ute Vogt SPD: Genau!)

Aber eines kann ich Ihnen sagen, liebe Kollegin Sitzmann – deshalb bin ich noch einmal ans Rednerpult gekommen –: Die CDU muss bei diesem Thema – sowohl was die Sonntage als auch was die Feiertage angeht – keinen Kurswechsel vornehmen.

(Zuruf von der SPD: Gehört der Ministerpräsident nicht zur CDU? – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Ich lese Ihnen aber einmal etwas anderes vor. Das ist höchst interessant: Im Jahre 2003 forderten die Grünen, die Adventssonntage freizugeben und den Ladenschluss aufzuheben, um dadurch das Weihnachtsgeschäft anzukurbeln.

(Lachen und Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Welche Grünen? Wo denn?)

– Die baden-württembergischen Grünen.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Wo?)

– Ich zeige es Ihnen nachher, Herr Kretschmann.

Deshalb sage ich noch einmal: Einen Wechsel haben nicht wir vorgenommen, sondern Sie.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Das scheint eine trübe Quelle zu sein! Winfried, warst du das? – Gegenruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

**Abg. Dr. Ulrich Noll** FDP/DVP: Vielleicht noch zwei oder drei Anmerkungen.

Erstens: Auch bei der Kompromissfindung ist ja darüber diskutiert worden, ob man den ersten Advent, wenn er noch im November liegt, freigeben könne. Sie von der SPD haben das offensichtlich in Ihren Gesetzentwurf übernommen.

Da frage ich einfach: Macht es einen Unterschied für die Besinnlichkeit des ersten Advents aus, ob er auf den 29. November oder auf den 3. Dezember fällt?

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP und Klaus Herrmann CDU)

Da zeigt sich doch teilweise die ganze Absurdität der Argumentationen, die dahinterstecken.

Dann das Zweite, Kollegin Sitzmann:

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Ja!)

Ich habe mich zu der Gesetzeslage bekannt, die jetzt Gesetzeslage ist und weiterhin Gesetzeslage bleiben wird, dass die Kommunen bis zu drei Sonntage freigeben dürfen, aber nicht müssen, und dass das jeweils vor Ort zu entscheiden ist.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist auch richtig so!)

Das ist die bestehende Gesetzeslage. Wir trauen den Verantwortlichen vor Ort zu, dass sie mit diesem Instrument verantwortlich umgehen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Als Nächstes sage ich klipp und klar: Bei all diesen Themen, sei es „Ladenöffnung“ oder sei es „Verkaufsoffene Sonntage“, gilt: Weder wird, wer einen Laden betreibt, gezwungen, diesen zu öffnen, noch wird der Konsument gezwungen, den Laden oder das Geschäft zu besuchen.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Liebe Kolleginnen und Kollegen insbesondere von der linken Seite: Da fällt ja dann immer auch das schöne Wort „Konsumterror“.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wenn man sich terrorisieren lässt!)

Aber dann muss man schon einmal überlegen: Als Sie noch in Berlin waren, Frau Vogt, hat man immer gesagt, die Binnennachfrage schwäche, die Binnenkonjunktur sei schlecht. Was wollen wir denn jetzt? Wollen wir die Leute beschimpfen, wenn sie sich dem „Konsumterror“ hingeben, oder wollen wir, dass Nachfrage geschaffen wird?

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Irgendwann muss man sich einmal zwischen beidem entscheiden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Nachfrage hängt am Geldbeutel und nicht an der Zeit!)

– Das hängt in der Tat am Geldbeutel.

Dann zum letzten Punkt. Herr Kollege Buschle, Sie machen es sich da schon ein bisschen zu einfach. Gehen Sie einmal an einem verkaufsoffenen Sonntag in die Stadt.

(Abg. Ute Vogt SPD: Stellen Sie sich einmal an die Kasse! – Abg. Stephan Braun SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

(Dr. Ulrich Noll)

Da treffe ich immer auch die SPD-Kollegen aus dem Gemeinderat mit ihren Familien und auch die Gewerkschaftsmitglieder,

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Genau!)

die dieses Event selbstverständlich auch gesellschaftlich nutzen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Was ist jetzt besser?)

Das jetzt gegeneinander auszuspielen und zu sagen: „Mein Herz schlägt links, und das Herz vom Noll schlägt rechts vom Geldbeutel“, wäre falsch. Die Realitäten sind nun einmal so, dass das heute für Familien – Die Innenstädte, z. B. in Nürtingen oder in Filderstadt, wären an verkaufsoffenen Sonntag nicht so voll, wenn die Familien dieses Event des Einkaufens nicht wirklich gern nutzen würden.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

Jetzt müssen wir halt einmal sehen: Sie alle werden nicht gezwungen. Aber sie nehmen das offensichtlich an.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Peter Straub:** Herr Abg. Dr. Noll, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Braun?

**Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP:** Ja.

**Präsident Peter Straub:** Bitte schön, Herr Abg. Braun.

**Abg. Stephan Braun SPD:** Herr Kollege Noll, vielleicht ist mir das entgangen, aber wer hat denn hier das Wort „Konsumterror“ in die Debatte eingeführt?

**Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP:** In der letzten Debatte über dieses Thema hat die Kollegin Vogt dieses Wort benutzt.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Da ist auch was dran! – Abg. Ute Vogt SPD: Stimmt!)

Ich habe ein gutes Gedächtnis. Man kann im Protokoll nachlesen, dass Sie diesen Konsumterror nicht haben wollen.

(Abg. Ute Vogt SPD: Stimmt! – Zuruf des Abg. Stefan Mappus CDU – Unruhe)

Letzte Bemerkung: Natürlich ist uns allen bewusst, dass der Verbraucher allein mit der Verlängerung von Öffnungszeiten und mit verkaufsoffenen Sonntagen in der Tat noch nicht mehr Geld in der Tasche hat, das er ausgeben kann.

(Glocke des Präsidenten)

Jetzt müssen sich sowohl CDU als auch SPD das noch einmal anhören: Das Beste wäre, wenn man den Leuten von dem, was sie brutto verdienen, netto mehr in der Tasche lassen würde, anstatt sie durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer noch weiter „abzuzocken“.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Oh-Rufe von der SPD)

Allerletzte Bemerkung: Wenn ich meine Weihnachtseinkäufe am Sonntag über das Internet tätigen kann, dann weiß ich schon, dass das Geld nicht vermehrt wird. Aber die Frage ist doch: Fließt es über das Internet ab, oder kommt es bei den heimischen Einzelhändlern an? Wenn man bei der Standortfrage auch zum ländlichen Raum steht, muss man auch solche Realitäten sehen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So etwas macht man doch nicht! Das ist doch stilllos, im Internet einzukaufen!)

Von daher können wir wieder ganz besinnlich und gelassen sagen: Jeder in diesem Land hat die Möglichkeit, nach seiner Fassung den Advent zu begehen. Die Realität ist häufig – auch in der politischen Diskussion –, dass es eher wenig besinnlich zugeht. Aber ich glaube, jetzt lohnt der Streit nicht mehr. Denn wir haben einen guten Kompromiss gefunden.

(Beifall bei der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Peter Straub:** Herr Abg. Dr. Noll, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kretschmann?

**Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP:** Die gestatte ich.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bitte nicht im Internet einkaufen!)

**Präsident Peter Straub:** Bitte schön, Herr Abg. Kretschmann.

**Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE:** Herr Kollege Noll, ich vermissе die Logik in Ihrer Argumentation.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

**Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP:** Die fehlt in dieser Debatte an vielen Stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Lachen der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

**Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE:** So, wie Sie argumentieren, kann eigentlich jeder machen, was er will. Insofern müssten Sie ja überhaupt für die Aufgabe des Sonntags plädieren.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

**Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP:** Herr Kollege Kretschmann, Sie haben nicht zugehört.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: So ist es!)

Ich bin nicht für die völlige Freigabe jeglicher – –

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Aber warum?)

Wir sollten einen schlanken Rahmen geben. Das war der schlanke Rahmen, von dem wir bisher – –

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Warum wollen Sie die Leute bevormunden?)

(Dr. Ulrich Noll)

– Wir wollen einen schlanken Rahmen, weil auch wir nach einer Abwägung meinen, dass der Sonntag eine besonders herausgehobene Stellung haben soll.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Aha! Also doch!)

Dem tragen wir durch einen schlanken Rahmen Rechnung.

(Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Darüber gibt es überhaupt keine Diskussion.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Sie haben doch gerade gesagt, die Leute sollten machen, was sie wollen!)

Haben Sie von der FDP/DVP jemals gehört, wir wollten den Sonntag grundsätzlich wie alle Verkaufstage behandeln? Nein. Wir stehen selbstverständlich auch dazu. Nur: Wir wollen nicht eine solch abstruse Regelung, wie sie hier diskutiert wird. Wir wollen vielmehr einfache, klare Regelungen – drei Sonntage im Jahr verkaufsoffen, und dann sollen die Kommunen nach Anhörung der Kirchen im Gemeinderat mit dem jeweiligen Handels- und Gewerbeverein entscheiden. Besonderes herausgehobene Sonntage wie die Adventssonntage sowie den Oster- und den Pfingstsonntag wollen wir tatsächlich weiterhin schützen.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Diesem Kompromiss haben wir zugestimmt. Das sind Kompromisse, die zu finden waren.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Aha! Sie wollten eigentlich schon etwas anderes!)

– Wir hätten es uns noch schlanker vorstellen können. Das stimmt.

(Beifall des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzler FDP/DVP – Lachen bei den Grünen – Zurufe: Aha! – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Peter Straub:** Herr Abg. Dr. Noll – –

**Abg. Dr. Ulrich Noll** FDP/DVP: Die bisherige Gesetzeslage war: Bis zu vier Sonntage sind verkaufsoffen. Bezüglich der Adventssonntage hätten wir gesagt: Man kann vor Ort entscheiden, ob man davon einige – –

(Zurufe: Aha! – Unruhe)

Nun mussten wir zu unserem Erstaunen erkennen, dass sogar die SPD plötzlich die besondere Besinnlichkeit

(Lachen des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

eines Adventssonntags, wenn er im Dezember liegt, entdeckt.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

So ist eben Demokratie. Man muss sich auf einen Kompromiss einigen. Wir sind mit den drei verkaufsoffenen Sonntagen, die den Kommunen sowie den Handel- und Gewerbebetreibenden und vor allem den Verbraucherinnen und Verbrauchern vor Ort jetzt wieder zur Verfügung stehen wer-

den, sehr zufrieden. Wir warten jetzt ab, bis der Entwurf vorgelegt wird. Dann können wir das Thema noch einmal diskutieren.

Aber ich glaube: Wir haben einen Kompromiss gefunden, in dem sich alle einigermaßen wiederfinden können.

(Ein Handy klingelt. – Heiterkeit)

– Danke schön für das Handyklingeln zum Schluss.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

**Präsident Peter Straub:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist diese Debatte abgeschlossen und Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

### **Wahl der Mitglieder des Medienrats der Landesanstalt für Kommunikation**

Nach § 41 Abs. 2 des Landesmediengesetzes entsendet jede Fraktion im Landtag einen Vertreter in den Medienrat der Landesanstalt für Kommunikation. Vier weitere Vertreter werden aufgrund von Vorschlägen der Fraktionen vom Landtag im Wege der Verhältniswahl nach dem d'hondtschen Höchstzahlverfahren gewählt.

Von den Fraktionen werden folgende Personen in den Medienrat entsandt: von der CDU-Fraktion Herr Wolfgang Heubach, von der SPD-Fraktion Frau Abg. Rosa Grünstein, von der Fraktion GRÜNE Herr Abg. Jürgen Walter, von der FDP/DVP-Fraktion Herr Abg. Hagen Kluck.

(Anhaltende Unruhe)

Die vier weiteren Vertreter des Landtags müssen wir heute wählen. Nach d'Hondt entfallen davon drei Vertreter auf die CDU-Fraktion und ein Vertreter auf die SPD-Fraktion.

Ein gemeinsamer Wahlvorschlag von CDU und SPD liegt Ihnen vor. Es werden vorgeschlagen: von der CDU-Fraktion Herr Abg. Joachim Kößler, Frau Abg. Sabine Kurtz und Herr Abg. Werner Pfisterer, von der SPD-Fraktion Herr Abg. Stephan Braun.

Kann ich davon ausgehen, dass wir offen abstimmen können? – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Darf ich davon ausgehen, dass Sie dem gemeinsamen Wahlvorschlag der beiden Fraktionen zustimmen? – Auch dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Punkt 2 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

### **Aktuelle Debatte – Ist der „Feinkostladen“ Baden-Württemberg in Gefahr? – Was tut die Landesregierung für die Verbraucher? – beantragt von der Fraktion GRÜNE**

Es gelten die üblichen Redezeiten: fünf Minuten für die einleitenden Erklärungen und fünf Minuten für die Redner in der zweiten Runde.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pix.

**Abg. Reinhold Pix GRÜNE:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Unter Tourismus verstehen wir etwas anderes als das, was jüngst passiert ist. Passiert ist nämlich ein Pestizidtourismus quer über die Grenzen Baden-Württembergs nach Frankreich, in die Schweiz und nach Österreich.

Der Begriff „Feinkostladen Baden-Württemberg“ wurde von uns Grünen hier in diesem Hohen Hause eingeführt und – darüber bin ich sehr froh – auch von Ihnen aus der CDU-Fraktion angenommen als ein Merkmal für Premiumstandorte und Premiumprodukte.

Leider müssen wir aber feststellen, dass es sich um einen von Ihrer Seite falsch verstandenen Begriff handelt. Hier wird eher ein Etikettenschwindel betrieben, denn leider ist es so, dass wieder einmal nicht das drin ist, was draufsteht. Wir haben eigentlich beabsichtigt, den Begriff zielorientiert einzuführen, um auf Dauer eine pestizidfreie und gentechnikfreie Landbewirtschaftung hinzubekommen. Das wurde von Ihrer Seite leider sträflich missbraucht. Sie, Herr Hauk, verwenden den Begriff heute zu Unrecht bei nahezu jeder sich bietenden Gelegenheit, egal ob es die Eröffnung einer Plaza Culinaria in Freiburg ist oder ob Sie vor der badischen Landjugend als Innovationsbewegung sprechen. Sie verwenden den Begriff zurzeit so inständig, dass man gerade meinen könnte, Sie wollten von den tatsächlichen Begebenheiten ablenken, nämlich davon, dass sich Ihr Herkunftszeichen Baden-Württemberg langsam, aber sicher, in die recht bekannten drei G verwandelt – die drei Löwen spiegeln das hervorragend wider –, nämlich Gift, Gen und Gammel.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ha no!)

Die tagespolitischen Ereignisse der letzten Wochen und Monate führen mich leider zu dieser begrifflichen Einführung. Der heutige Tag und die beantragte Debatte sollen dazu führen, dass wir vielleicht gemeinsam einen Weg finden, wie wir aus dieser Misere wieder herauskommen können.

Herr Hauk, Sie haben vor Kurzem einen Bioeinkaufsführer vorgestellt. Das war in Südbaden auf dem Hof Dachswannger Mühle.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Dieser Hof entspricht offensichtlich nicht Ihren Vorstellungen von einer kleinen Bioklitsche, die in einer 2%-Nische vor sich hinkümmert. Es handelt sich um einen für Baden-Württemberg stattlichen Betrieb mit 150 ha, der seit über 15 Jahren ökologisch arbeitet. Er betreibt Sojaproduktion und -verarbeitung. Er stellt über 4 000 t Soja pro Jahr her – man höre: in Baden-Württemberg. Das ist bisher für unmöglich gehalten worden. Er tut das biologisch und gentechnikfrei und verarbeitet weitere 4 000 t Soja, die leider nicht hier produziert werden können, sondern aus China importiert werden müssen.

Es kann doch nicht sein, dass wir hier in Baden-Württemberg eine Situation haben, von der andere Länder nur träu-

men – ein ganzer Betriebszweig boomt; Tausende von Arbeitsplätzen hängen daran: die biologisch-ökologische Landwirtschaft –, und die Nachfrage, die inzwischen bei geschätzten 20 % der Lebensmittelproduktion liegt, nicht mehr befriedigt werden kann, während aus anderen Ländern, die sich inzwischen darauf eingerichtet haben – z. B. Österreich, die Schweiz und auch das europäische Ausland –, über lange Transportwege die Nachfrage, die hier in Baden-Württemberg herrscht, gestillt wird. Das ist nicht unsere Politik, und das kann und darf niemals unsere Politik hier in Baden-Württemberg werden.

(Beifall bei den Grünen)

Unter Nachhaltigkeit verstehen wir, nachhaltig dafür zu sorgen, dass die Pestizide und die gentechnikbestimmte Wirtschaft zurückgedrängt werden, und dass wir nachhaltig dafür sorgen, dass hier Arbeitsplätze geschaffen werden.

Anlässlich des Tags der Selbstständigen in Freiburg hat neulich Herr Professor Hipp, der Ihnen allen gut bekannt ist und der im Bereich der ökologischen Landwirtschaft 2 000 Arbeitsplätze zur Verfügung stellt, auf meine Frage, wie er sich in Zukunft verhalten wird, wenn die Entwicklungen so weitergehen, gesagt, dass die Pforten Österreichs für ihn weit offen stehen. Die Österreicher haben sich nun einmal dafür eingesetzt, dass sie für die nächsten fünf Jahre auf jeden Fall gentechnikfrei bleiben. Auch die Schweiz hat ein Moratorium von fünf Jahren für die Gentechnikfreiheit gesetzt.

Ich denke, es würde Baden-Württemberg gut anstehen, sich hier ähnlich zu verhalten und nicht, wie Sie es tun, in aller Heimlichkeit an so gut wie jedem möglichen Standort gentechnische Versuche zuzulassen. Das ist nicht und das darf niemals Aufgabe eines „Feinkostladens Baden-Württemberg“ sein. Wir müssen uns auf Dauer als gentechnikfreie Region Baden-Württemberg verstehen, sonst kommen wir in den Strudel hinein. Dann wird Baden-Württemberg hinterher nur noch als Genlabor und möglicherweise sogar als Giftküche verstanden. So darf es aber nicht sein.

Ein bekannter Ökobauer – übrigens ein Kollege von mir – hat neulich die Formulierung „eat the landscape“ geprägt. Das war niemand anderes als einer der größten Ökobauern Europas, nämlich der britische Prinz Charles. Er meinte damit die ja auch von Ihnen immer wieder geforderte Verbindung zwischen Tourismus, Landwirtschaft und Naturschutz. Aber mit Roundup, dem absoluten Totalherbizid, kann man auf Dauer keine Biodiversität erzeugen und keine intakte Landschaft herstellen.

Deswegen haben wir ein umfassendes Pestizidreduktionsprogramm erarbeitet, das wir Ihnen demnächst vorlegen werden. Wir sind gespannt, ob Sie uns dann dabei helfen werden, den „Feinkostladen Baden-Württemberg“ auf Dauer zu erhalten.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Brunner.

**Abg. Elke Brunnemer** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Pix, das, was Sie hier für Ihre Fraktion gesagt haben, war das, was wir von Ihrer Fraktion immer hören, wenn es um Lebensmittel geht.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Der ist neu!)

Standardisierung, Panikmache – Sie spielen die Rolle der Cassandra

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Die Cassandra hatte recht! – Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen)

und beschwören fürchterliche Gefahren herauf.

(Widerspruch bei den Grünen)

– Doch, liebe Kollegen. Cassandra war blind, und das sind Sie hier auch.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Heiderose Berthold FDP/DVP – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Aber sie hatte trotzdem recht! – Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Sie sehen die Büchse der Pandora! – Zuruf von den Grünen: Sie hat mehr gesehen als die, die nicht blind waren!)

Warum? Sie sehen nicht, dass Ihre Partei es war, die die Bundesministerin gestellt hat, die für die Dinge verantwortlich war, die Sie jetzt hier anprangern.

(Zuruf von der CDU: Jawohl!)

Denn es war Frau Künast, die für die Genversuche verantwortlich war, die Sie hier so scheinheilig an den Pranger stellen. Genauso war es diese Ministerin, die nicht dafür gesorgt hat, dass eine Harmonisierung bei den Lebensmittelstandards innerhalb der EU vorgenommen wird.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Das, meine Damen und Herren, ist, denke ich, mehr als unredlich. Sie wollen hier die Guten sein; Sie nehmen für sich in Anspruch, die Gefahren zu bekämpfen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Richtig!)

Das hat auch Greenpeace im Sinn gehabt,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Auch gut!)

als deren Leute – es gab einen Polizeieinsatz – vor laufenden Kameras angerückt sind. Es war ihnen dabei völlig egal, wer vor die Kamera kommt, ob Gauner oder Unschuldiger – Hauptsache, die Show war gut.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wo denn?)

Minister Peter Hauk hat es völlig zu Recht auf den Punkt gebracht, indem er gesagt hat: „Wir sind hier nicht in einer Realityshow à la Greenpeace, sondern Gott sei Dank in einem Rechtsstaat.“

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Im Rechtsstaat muss der Staat verhindern, dass illegale Pestizide verkauft werden!)

Daraus ist klar zu ersehen, worum es Greenpeace ging: Es ging ihnen um die Medienpräsenz und nicht um Zusammenarbeit und rechtzeitiges Handeln. Es ging ihnen wirklich nur um die PR und nicht um den Schutz der Menschen. Vielleicht haben sie, weil sie zurzeit Sponsorengelder brauchen, diesen Medienauftritt provoziert. Das akzeptieren wir nicht.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Sie haben doch einen Skandal aufgedeckt!)

Meine Damen und Herren, jetzt holen wir doch das Thema aus der emotionalen Ecke heraus und betrachten die Fakten. Es ist klar, dass landwirtschaftliche Händler mit Pflanzenschutzmitteln gehandelt haben, die bei uns nicht und auch europaweit nicht zugelassen sind.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Und das ist nicht rechtsstaatlich, Frau Kollegin!)

Dazu erklären wir von der Fraktion der CDU auch klipp und klar: Damit sind wir nicht einverstanden. Wir verurteilen solch kriminelles Handeln auf das Schärfste. Diese skrupellosen Chemikalienhändler muss das Gesetz mit aller Härte und mit aller Konsequenz treffen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Bravo!)

Wir unterstützen unseren Landwirtschaftsminister bei seinen Forderungen nach härterer Bestrafung. Genauso unterstützen wir Peter Hauk auch bei seiner Forderung nach einer europaweit einheitlichen Vorschriftenregelung. Wir hoffen sehr darauf, dass Bundesminister Seehofer unter der deutschen Ratspräsidentschaft die Chance nutzt.

Klar ist, meine Damen und Herren: Wenn so etwas passiert, regen wir uns zu Recht auf. Aber einen Fehler dürfen wir nicht machen: Wir dürfen nicht glauben, dass wir mit mehr Kontrolle und mit noch mehr Staat so etwas in den Griff bekommen. Denn dahinter steckt kriminelle Energie, und die ist nur schwerlich zu unterbinden.

Aber klar ist auch, dass wir alles tun müssen, um unsere Verbraucher bestmöglich zu schützen. Dazu haben wir in Baden-Württemberg ein ausgezeichnetes, breit angelegtes und kompetentes Kontrollsystem.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Wir vertrauen den Landräten vor Ort. Sie sollen, wenn so etwas passiert, bei der Höhe des Bußgelds nicht zimperlich sein und den vorhandenen Rahmen voll ausschöpfen. Ich denke, es sollte auch geprüft werden, ob solcher Pflanzenschutzmittelhandel über die Bücher geht. Hierüber könnte man einmal mit der Zollbehörde sprechen.

Ich stelle zusammenfassend fest: Hier wurde sofort mit allen notwendigen Maßnahmen gehandelt. Hier wurde entschieden gehandelt, und hier wurde richtig gehandelt. Peter Hauk und seinen Mitarbeitern gilt unser Dank. Ihm möchten wir ein Kompliment machen, und wir weisen Kritik an ihm zurück.

(Elke Brunnemer)

Herr Kollege Pix, solche betriebsblinden Kassandrarufer, wie wir sie von Ihnen haben anhören müssen, sollten Sie lassen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Winkler.

**Abg. Alfred Winkler SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! „Feinkostladen Baden-Württemberg“ – ausgerechnet die Grünen hantieren mit dem elitären und unbiologisch-dynamischen Begriff

(Lachen bei den Grünen)

Feinkost.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Sind wir auf dem proletarischen SPD-Parteitag?)

Das hat wohl etwas damit zu tun, dass die Grünen bei ihrem letzten Landesparteitag nicht zufällig beschlossen haben, sich wieder auf grüne Themen zu besinnen. Aber das steht dazu im Widerspruch.

(Zurufe von den Grünen)

Vor zehn Jahren wäre der Begriff „Feinkost“ aus dem Munde von Grünen noch ein höchst zynischer gewesen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Woher wollen Sie das wissen?)

Heute ist er nicht einmal sarkastisch. Wenn Grüne von Feinkost reden, dann denke ich an getrüffeltes Vollkornspätzle.

(Heiterkeit – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Aber handgeschabt, bitte!)

Meine Damen und Herren, man braucht den Begriff Feinkost nicht zu bemühen, um über das zu reden, was in diesem Land an Lebensmittelskandalen läuft. Der Anlass ist ja ganz aktuell, nämlich die Angelegenheit mit den Herbiziden. Wegen der schwarzen Schafe, die nicht erlaubte Pflanzenschutzmittel verkaufen, und denen, die sie einsetzen, geht es um den Ruf der baden-württembergischen Landwirte und ihrer Produkte, und es geht um die Gesundheit der Verbraucher aufgrund der Tatsache, dass diese Praxis bekannt wird, aber nicht oder zu selten aufgedeckt wird. Wo gekauft wird, wird auch angewendet.

Die Greenpeacemethoden sind bekannt. Sie sind auch wirksam, zumindest öffentlichkeitswirksam. Aber der Vorwurf an die Landesregierung lautet: Erstens sei sie nicht kooperativ, und zweitens gebe es zu wenig Kontrollen. Wir wollen und müssen auf die Forderungen von Greenpeace nach intensiveren Kontrollen, wirksameren Strafen beim Verkauf, Entzug von Handelserlaubnissen, Veröffentlichungen von Daten, Offenlegung von Mengen an Wirkstoffen, von Gruppen, Produktnamen und Regionen sowie nach einer Offenlegung der Anwender vom Herrn Minister eine Antwort hören.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Das sind die Richtigen!)

Diese Forderungen sind nicht unberechtigt, aber sie sind nicht neu. Greenpeace hat nichts Neues gemacht. Der Sachverständigenrat der Bundesregierung hat 2004 davor gewarnt: Es fehlen wirksame Kontrollen zur Einhaltung der Anwendungsvorschriften, und es besteht Personalmangel. Nichts Neues von Greenpeace.

Einige Probleme, meine Damen und Herren, sind hier auch hausgemacht. Zuständig für den Verbraucherschutz sind die Länder. Das Bundesamt für Verbraucherschutz in Berlin ist sozusagen beratend, koordinierend tätig. Damit sind wir mitten in einem Zuständigkeitskonflikt: Das Land hat seine Zuständigkeit auf die Landkreise übertragen. Wir wissen, dass im Ergebnis eine Atomisierung der Zuständigkeiten erfolgte. Die Zersplitterung hat zur Folge, dass bei jedem Skandal permanent Konflikte zwischen Bund und Land in diesen Fragen wieder auf den Tisch kommen. Seehofer gegen Ministerpräsident und Ministerpräsident gegen Seehofer, immer und immer wieder, vorher schon und jetzt wieder, ohne dass sich etwas ändert. Das ist ein Teil der Skandale.

Europäischen Märkten kann man nicht die Landratsämter gegenüberstellen, deren Zuständigkeit an den Landkreisgrenzen aufhört. Das ist einfach völlig daneben, denn eine Pommes-frites-Bude muss nun einmal anders behandelt werden als ein aseptischer Hightechkonzern in der Lebensmittelbranche. Das sind zwei verschiedene Welten für die Lebensmittelüberwachung.

Trotz der regelmäßigen Lebensmittelskandale – ich meine nicht nur Gammelfleisch und mangelnde Hygiene, sondern ich meine herbizidbelastetes Gemüse, ich meine Futtermittelskandale, ich meine gentechnische Veränderungen – pochen die Länder immer noch auf ihre eigenen Zuständigkeiten, obwohl die Probleme schon längst länderübergreifend, ja sogar europäisch sind. Dabei war Deutschland früher einmal das Land für gesunde Lebensmittel, mit dem besten Ruf, mit der besten Überwachung. Wir sind weit weg davon. Wir sind das Land mit den meisten Skandalen.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Was?)

Es geht um die Zusammenfassung von Kompetenzen und um die Verbesserung der Qualität der Untersuchungen. Es geht nicht nur um die Anzahl der Untersuchungen, sondern es geht um die Qualität der Untersuchungen. Wir bräuchten Spezialisten. Wir bräuchten Fachleute, Kontrolleure, die bundesweit agieren wie z. B. in der Arzneimittelüberwachung. Da wird bundesweit agiert. Es ginge auch gar nicht anders. Warum lässt sich das nicht systematisch auf Lebensmittel übertragen?

Wie gesagt: Es ist nichts Neues daran. Ich erinnere an den Einsatz von verbotenen Spritzmitteln in der Obstbauregion Bodensee. Die Spritzmittel wurden legal in Italien eingekauft. Dort werden diese Spritzmittel legal angewendet. Obst mit diesem Spritzmittel kommt legal in deutsche Läden und auf deutsche Tische. Es ist nicht verwunderlich, dass ein Unrechtsbewusstsein bei Landwirten fehlt, die es hier nicht anwenden dürfen, aber überall hier vorfinden. Das ist auch ein Dilemma, wie es sich in der Vergangenheit dargestellt hat.

(Alfred Winkler)

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Genau das ist es! – Zurufe von den Grünen)

Ich kenne die Berichte über Untersuchungen, über einschlägige Tests und Rückstände. Ich habe in Obstbauernversammlungen sehr wohl darüber diskutiert, warum bei den Rückstandskontrollen Rückstände auftauchen, die gar nicht drin sein dürfen. Das hängt auch mit unserer kleinräumigen Struktur zusammen, in der Abdrift, Nachbarbeeinflussungen von Obst erfolgen, wie man es gar nicht haben will, wie man es auch nicht braucht.

Meine Damen und Herren, in der zweiten Runde mehr und Näheres dazu. Der BLHV hat im Januar 2006 eine Veröffentlichung herausgebracht, die sehr aktuell ist und sich von der von Greenpeace überhaupt nicht unterscheidet. Darauf komme ich nachher nochmals zu sprechen.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Chef.

**Abg. Monika Chef FDP/DVP:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! „Feinkostladen Baden-Württemberg“ – als ich diesen Antrag aus Ihrer Mitte, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, gelesen habe, war ich mir nicht ganz sicher, wie ich ihn einzuordnen habe.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Dann ist das schon einmal gut gewesen!)

Ich habe mir das überlegt, und ich habe es positiv genommen.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Danke!)

Ich habe das als positives Signal dafür gedeutet, dass wir in einem Land, in einer Republik leben, in der tatsächlich ein Feinkostladen existiert,

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

nämlich dank der hier gut funktionierenden Kontrollen und unserer sehr guten Politik sowie deren Umsetzung durch unsere Landesregierung.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Nachdem ich die bisherigen Beiträge gehört habe, ist mir ein Spruch von Philip Rosenthal eingefallen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: „Dalli Dalli“!)

Er hat nämlich gesagt:

*Das Leben ist eine Bergwiese, voll von schönen Blumen und von Kuhfladen. Glück oder Unglück ist nur die Frage, was man mehr anschaut.*

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich denke, es liegt einfach daran, dass Sie sich mehr das Unglück in unserem Land anschauen als das Glück. Bleiben wir doch bitte bei den Fakten. Ich möchte nur drei Punkte

anführen, die zum Teil von Frau Brunner schon angeführt worden sind.

Der erste Punkt sind die Rückstände nicht zugelassener Pestizide in Lebensmitteln. Die Fakten sprechen hier für sich. Im Jahr 2006 sind in Deutschland 710 Stichproben im konventionellen Anbau gemacht worden. Es sind dabei 48 Proben mit Höchstmengenüberschreitungen gefunden worden – das sind 6,7 % –, davon vier Proben, also 0,6 %, mit in Deutschland nicht zugelassenen Stoffen. Die Höchstmengen bei diesen Stoffen liegen sehr niedrig, nämlich in der Regel in der Größenordnung von 0,01 bis 0,05 mg/kg. In Deutschland sind 20 Proben mit Rückständen nicht zugelassener Mittel gefunden worden. Das sind immerhin nur 2,8 %. In keinem Falle wurden konkret gesundheits-schädigende Mengen dieser Stoffe festgestellt.

Der zweite Punkt wäre dann der Handel mit nicht zugelassenen Pflanzenschutzmitteln. Der Vorwurf von Greenpeace, der auch bereits zitiert worden ist, betraf deutschlandweit insgesamt elf Firmen. Dabei bitte ich auch wieder zu berücksichtigen, dass lediglich zwei dieser elf Firmen ihren Sitz in Baden-Württemberg haben.

Das Ministerium mit Minister Hauk an der Spitze hat Greenpeace und das ZDF gebeten, konkrete Sachverhalte mitzuteilen. Bis heute ist meines Wissens aber keine entsprechende Information an das Ministerium ergangen.

Deshalb drängt sich mir auch hier die Frage auf, ob Greenpeace, wie in der Vergangenheit üblich, nur wieder eine öffentliche Show aufzieht

(Zuruf: Christkind!)

– genau, das passt wieder zu Weihnachten – und es Greenpeace letztlich nicht darum geht,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Was haben Sie gegen Greenpeace?)

die Verbraucher aufzurütteln bzw. aufzuklären, sondern wieder mit irgendwelchen diffusen Ängsten zu agieren.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Greenpeace hat doch Skandale aufgedeckt, den illegalen Verkauf von Pestiziden!)

– Das ist nicht wahr. Schauen Sie sich einmal die Fakten an.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Nicht kooperationsbereit!)

Zum Thema Genmais: Ist Ihnen bekannt, dass das Saatgut zu gewerblichen Zwecken nur in Verkehr gebracht werden kann, wenn es amtlich zertifiziert ist? Die für diese Zertifizierung zuständige Behörde ist das Bundessortenamt, und dieses Bundessortenamt ist dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz nachgeordnet. Dieses Ministerium wurde von 1998 bis 2001 von Karl-Heinz Funke (SPD)

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Hört, hört!)

und von 2001 bis 2005 von Frau Renate Künast (Bündnis 90/Die Grünen) geführt.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Ah!)

(Monika Chef)

Es lag also allein in ihrer Zuständigkeit und Verantwortung, die Standorte für die Wertprüfungen mit gentechnisch veränderten Maissorten veröffentlichen zu lassen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Diese Diskussion jetzt plötzlich dem Land überzustülpen, halte ich für höchst fragwürdig.

Ich möchte am Ende meiner Rede nur noch anführen, dass in unserem Land viele Kontrollen durchgeführt werden, und zwar nicht erst bei den Lebensmitteln, sondern schon viel früher, nämlich beim Lager, beim Landhandel und bei den Genossenschaften, bei den Spritzbrühen und bei den Pflanzenschutzgeräten, die zum Einsatz kommen, bei den Pflanzenschutzmitteln in Oberflächengewässern und im Grundwasser, bei der Vorernte. Dann kommen die Rückstände in Lebensmitteln und zum Schluss sogar noch einige Sonderproben wie in Sanierungs- oder Wasserschutzgebieten.

Fazit für mich ist: Die Landwirte in Baden-Württemberg halten sich an die gesetzlichen Vorgaben und wirtschaften ordnungsgemäß. Wir alle in diesem Gremium sollten schleunigst dafür sorgen, dass die deutschen Richtwerte EU-weit gelten. Ich denke, dann hätten wir in Zukunft dieses Problem nicht mehr auf dem Tisch.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Das Wort erhält der zuständige Minister, Herr Hauk.

**Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Pix, es ist natürlich Aufgabe der Opposition, vermeintliches Fehlverhalten einer Regierung im Parlament zu thematisieren.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Besser als im Untersuchungsausschuss!)

– So ist es. – Das zum einen.

Aber ich sage Ihnen klar: Der Spaß hört dann auf – und deshalb weise ich das, was Sie gesagt haben, in aller Form zurück –, wenn Sie die Produkte der baden-württembergischen Landwirte und Ernährungswirtschaft und auch die Erzeuger und die Ernährungswirtschaft generell in Misskredit bringen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, das läuft unserem Bemühen – bei dem wir gemeinsam ja ziemlich erfolgreich sind –, uns nicht nur als das Land der Hightechinnovationen zu präsentieren und darzustellen, sondern auch als Genießerland, und damit die Wertschöpfung, gerade in ländlichen Räumen, aus Naturschutz, Landwirtschaft und Tourismus zu heben, geradezu diametral entgegen.

(Abg. Dr. Klaus Schüle und Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Lieber Kollege Pix, wenn man so antritt, wie Sie vorhin angetreten sind, muss man sich schon den Vorwurf gefallen lassen, dass man eine ganze Branche in Misskredit bringt. Denn, meine Damen und Herren, die Untersuchungsergebnisse in Baden-Württemberg, auch im Vergleich mit anderen Ländern, sprechen eine ganz andere Sprache. Wenn Sie einmal die harten Fakten vergleichen, stellen Sie fest, dass es fast nirgendwo eine so geringe Zahl von Überschreitungen der Rückstandshöchstmengen gibt und dass fast nirgendwo in Deutschland Kontrolltätigkeiten so risikoorientiert erfolgen wie bei uns.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Richtig!)

Wir waren und sind in diesem Bereich sogar Vorreiter.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wieso haben Sie dann mehr Kontrolleure gefordert? Wenn alles so perfekt ist, brauchen Sie doch nicht mehr Personal!)

– Lieber Herr Kollege Palmer, weil sich vor anderthalb Jahren Vorschriften geändert haben. Nun kann man darüber streiten, ob diese Änderungen richtig waren. Wenn ich verpflichtet bin, beim Getränkeshändler um die Ecke alle drei Jahre zu kontrollieren, ob seine Flaschen gut gekennzeichnet und die Verschlüsse dicht sind und dergleichen, werden Sie mir vielleicht beipflichten, dass es schon fraglich ist, ob das Sinn macht. Aber das müssten wir nach dieser Vorschrift tun. Das kann man füglich in Zweifel ziehen. Aber sei es drum.

Nirgendwo ist die Risikoorientierung der Kontrolle, nicht nur bei den Lebensmitteln, sondern genauso auch im Bereich des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln, so stark ausgeprägt wie bei uns im Land.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es kommt noch ein Weiteres hinzu. Jetzt haben wir die gute Situation, dass wir im Bereich der Sterneköche im Land gut aufgestellt sind; und wir haben die hervorragende Situation, dass das die Leuchttürme sind, aber dass auch die Breite gegeben ist. Egal, wo Sie hinfahren, ob auf die Alb, in den Schwäbisch-Fränkischen Wald, an den Kaiserstuhl, Sie werden überall ein breites Angebot an guter Gastronomie finden. Und wir haben die Situation, dass wie in wohl keinem anderen Land das Thema Regionalität der Produkte,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

nämlich, dass das, was von der Landwirtschaft erzeugt wird, dann auch in der heimischen Gastronomie auf den Tisch kommt, so große Bedeutung hat wie in Baden-Württemberg. Ich behaupte zudem – das kann man nur als Zwischenergebnis sehen –, dass dieses Konzept nirgendwo sonst mit einem solchen Erfolg betrieben wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wenn Sie jetzt die Produkte durch die Bank weg schlechtreden –

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: So ist es!)

ich akzeptiere, wenn Sie die Regierung kritisieren; das ist Ihr gutes Recht und wohl auch Ihre Pflicht –, wenn Sie Pro-

(Minister Peter Hauk)

dukte und Erzeuger pauschal schlechtreden, gefährden Sie auch den Standort Baden-Württemberg in diesem Bereich, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Ja!)

Sie haben die Themen Gentechnik und Pestizidrückstände angesprochen. Lassen Sie mich dazu ein paar Anmerkungen machen.

Sie sprechen, Herr Kollege Pix, von Heimlichkeit bei den Gentechnikversuchen. Ich sage Ihnen ganz offen: Die Landesregierung von Baden-Württemberg hat überhaupt nichts verheimlicht. Für diese gentechnischen Versuche im Zeitraum von 1998 bis 2004 war das Bundessortenamt, eine Dienststelle des Bundeslandwirtschaftsministeriums, zuständig.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Das Land hat hier keine Zuständigkeit. Zuerst war Herr Funke Bundesminister und seit dem Jahr 2001 Frau Künast.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Die Grünen sind halt von der Rolle!)

Entschuldigung, daran gibt es auch gar nichts heranzukritikeln. Die Verantwortung für die Versuche, und zwar auch für die Auswahl der Standorte bis hin zum Versuchswesen und zur Frage der Ergebnisse und ihrer Veröffentlichung, lag für keinen Bereich bei der Landesregierung. Wir waren, wenn man es so will, als Dienstleister in dem einen oder anderen Fall – dort, wo landeseigene Flächen betroffen waren, wie beispielsweise in Aulendorf – mit tätig; keine Frage.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Haben Sie das veröffentlicht?)

Aber das Bundessortenamt hat in vielen Fällen direkt mit Pächtern oder mit Landwirten verhandelt. Dort sind diese gentechnischen Versuche durchgeführt worden. Sie können sich, wenn Sie das wollen, gern an Ihre heutige Fraktionsvorsitzende im Bundestag wenden.

(Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE – Gegenruf des Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Zuhören!)

Sie hatte damals hierfür die Verantwortung. Das Bundessortenamt war hierfür zuständig. Das waren die Versuche des Bundes. Wenn wir als Dienstleister in dem einen oder anderen Fall mit dabei waren, dann bekenne ich mich ausdrücklich dazu.

Lieber Herr Kollege Pix, ein Weiteres kommt hinzu. Die Freisetzungsrichtlinien der EU gibt es seit 2001. Es lag nicht an der Union und auch nicht an der Landesregierung von Baden-Württemberg, dass das Gentechnikgesetz erst im Jahr 2005 in Kraft getreten ist. Hätten wir schon früher ein Gentechnikgesetz gehabt

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das stimmt so nicht! Im Bundesrat habt ihr blockiert! Das hat doch alles verzögert! – Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE – Abg. Alfred Winkler SPD: Das ist doch nicht richtig! Sie haben das doch im Bund verhindert!)

– Entschuldigung, das ist immer ein Kompromiss, Herr Kollege Walter –, hätten wir auch früher das Standardmelderegister gehabt. Dann hätte auch das Bundessortenamt seine Versuche veröffentlichen müssen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Wenn hier jemand Heimlichtuerei betrieben hat, dann das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft und seine nachgeordnete Behörde in der Zeit von 1998 bis 2004,

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: So ein Blödsinn! – Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

um das klipp und klar darzustellen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Wer war da Minister?)

– Ich habe es vorhin erwähnt: Funke und Künast.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aufpassen, Herr Kübler!)

Es ist schon heuchlerisch: Der Kollege Sckerl schreibt mir einen Brief und lädt mich nach Ladenburg ein; ich solle mich da verantworten und dergleichen mehr. Lieber Herr Sckerl, ich kann Ihnen nur sagen, dass Sie natürlich auch eine Antwort von mir erhalten. Laden Sie bitte Frau Künast ein. Sie war die zuständige Ministerin. Es war ihr Amt, das die Sortenprüfung zu verantworten hatte. Ich freue mich auf die Diskussion vor Ort, die Sie dann mit Ihrer Fraktionsvorsitzenden führen; denn sie hatte die politische und auch die tatsächliche Verantwortung hierfür.

Meine Damen und Herren, der zweite Punkt ist das Thema Pestizide. Es ist ernst zu nehmen, dass es in der Tat – „kriminell“ darf man nicht sagen, weil das Pflanzenschutzgesetz dies nur als Ordnungswidrigkeit bewertet – ernste Vergehen gab. Ich bewerte das nicht als Kavaliersdelikt. Tatsache ist aber: Baden-Württemberg stand allein deshalb im Fokus von Greenpeace, weil wir es abgelehnt haben, bei den Ermittlungen gemeinsam mit Greenpeace fernsehge-rechte und medienwirksame Shows zu machen. Das war der einzige Grund.

Das Ministerium hat erstmals Ende Oktober insofern Kenntnis erhalten, als angefragt wurde, ob wir Verbindungsstellen zum Zoll nennen könnten. Wir haben damals bereits angemahnt, wenn konkrete Verdachtsmomente vorlägen, diese dem Ministerium zu melden. Passiert ist nichts. Mitte November kam ein weiteres Schreiben von Greenpeace, in dem eine Kooperation zur Durchführung gemeinsamer Ermittlungen angestrebt wurde. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Ermittlungen führt der Staat durch und nicht private Organisationen, und dies vor allem auch nicht vor laufenden Fernsehkameras.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Ja!)

So weit ist es in Baden-Württemberg noch nicht gekommen. Ich halte das auch vom Staatsverständnis her für absurd,

(Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

(Minister Peter Hauk)

für nicht gerechtfertigt. Wenn Verdachtsmomente vorliegen, ist die Einschaltung der Polizei, der Staatsanwaltschaft, des zuständigen Pflanzenschutzdienstes der richtige Weg. Wir ermitteln nach Recht und Gesetz, aber wir führen keine Kontrollen vor laufenden Kameras durch.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Birgit Kipfer SPD – Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

Auf solche Shows mag Greenpeace angewiesen sein; das ist wohl wahr.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Die brauchen ja Geld!)

Wenn man bundesweit einen Stamm von nur 2 000 ehrenamtlichen Mitarbeitern hat, dann ist es wohl so, dass man Sponsoring braucht und hierzu medienwirksame Aktionen durchführt. Aber ich sage Ihnen ganz klar: Das ist mit der Landesregierung von Baden-Württemberg nicht zu machen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Jochen Karl Kübler und Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Auch da sprechen im Übrigen die Fakten für sich. Wir führen ja kontinuierlich risikoorientierte Kontrollen in zwei Bereichen durch: einerseits bei den Landwirten selbst, was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln angeht, und andererseits bei den Landhändlern. Natürlich, Kontrollen sind immer nur Momentaufnahmen; das ist keine Frage. Daneben prüfen wir die Dokumentation.

Ein Zweites kommt hinzu – das ist, glaube ich, das beste Indiz hierfür –, und zwar sind das die Rückstandskontrollen bei Lebensmitteln. Seit Jahr und Tag sind immer wieder Rückstände feststellbar, auch von Pflanzenschutzmitteln, die in Deutschland nicht mehr zugelassen sind. Das stimmt. Die Größenordnung belief sich im letzten Jahr – aufgelaufener Stand – auf 2,8 %. Alle festgestellten Rückstände waren ungefährlich, weil sie deutlich unter den Höchstmengen liegen, die bei den in Deutschland nicht zugelassenen Pflanzenschutzmitteln zudem besonders streng festgelegt werden.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Drei Komma! – Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

– Langsam! – Es ist wohl wahr: Solche Rückstände sind festzustellen. Also werden die entsprechenden Pflanzenschutzmittel auch irgendwo ausgebracht.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Ja!)

Jetzt gibt es hierfür mehrere Gründe – der Kollege Winkler hat zu Recht darauf hingewiesen –: Der erste Grund ist das Aufbrauchen von vorhandenen Mitteln in einer kleinstrukturierten Landwirtschaft, der zweite Grund ist die Abdrift – das kommt in der Tat hin und wieder vor –, und der dritte Grund ist, dass Pflanzenschutzmittel zum Einsatz kommen, die beispielsweise bei Kirschen zugelassen sind, aber bei Stachelbeeren nicht. Solche ganz unterschiedlichen Gründe sind hierfür zu finden.

Wir führen jetzt zum zweiten Mal im Winter Aufklärungsveranstaltungen durch. Die Großmärkte haben genauso wie

die Lebensmittelhändler ihre Vorgaben hinsichtlich der Höchstmengen noch einmal verschärft. Zudem führen wir verstärkt in diesen Bereichen auch Schwerpunktkontrollen durch.

Man kann natürlich sagen: Ein Anteil von 2,8 % an den Proben, bei dem Rückstände festzustellen sind, ist zu hoch. Kein Thema! Daran arbeiten wir. Aber in keinem einzigen Fall wurde eine gesundheitsgefährdende Dosis festgestellt. Alle Proben waren nicht gesundheitsgefährdend. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist doch eigentlich die gute Botschaft im Land:

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Bei den 710 Proben, bei denen Rückstände von Pflanzenschutzmitteln festgestellt wurden, lag in keinem einzigen Fall eine gesundheitsgefährdende Wirkung vor.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: So ist es!)

Ich bin dafür, negative Botschaften nicht zu verdecken. Aber auch positive Botschaften dürfen nach außen gebracht werden. Da darf man die Menschen, die Verbraucher nicht verunsichern, sondern muss sie darin bestärken, dass regionale Produkte, die kontrolliert und integriert in Baden-Württemberg hergestellt wurden, die besseren sind, und zwar nicht nur ökologisch, weil sie kurze Wege haben, sondern weil sie grundsätzlich besser sind.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie uns auf diesem Weg weiter begleiten würden. Nur dann gelingt es nämlich tatsächlich, die Wertschöpfungskette, die wir ja stärken wollen,

(Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

im Land selbst, und zwar aus der Urproduktion heraus, über den Naturschutz und über die Landbewirtschaftung bis hin zur Ernährungswirtschaft und zur Gastronomie zu verstärken.

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Mit Pestiziden umgehen!)

Da hilft nur eines: klare, konzentrierte, risikoorientierte Kontrollen durchführen und denen, die versagen, konsequent auf die Finger schlagen.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Jawohl!)

Dazu hilft das Thema „Europäisierung und Harmonisierung des Pflanzenschutzrechts“. Das ist das Einzige, was überhaupt zieht. Herr Kollege Winkler hat völlig recht: Der Verbraucher ist total verunsichert, wenn Obst vom Bodensee aus den Regalen genommen werden muss, wie es vor drei Jahren geschehen ist, aber das Obst aus Südtirol, das genau gleich behandelt wurde, in den Regalen bleibt. Das heißt, das geht nur über den Weg der Harmonisierung. Es hilft aber vor allem auch, wenn wir auch einmal ein paar positive Botschaften nach außen tragen und nicht alles nur mies- und schlechtreden.

Vielen Dank, meine Damen und Herren. Ich bin gespannt, was in der zweiten Runde folgt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Das Wort erteile ich jetzt Herrn Abg. Dr. Murschel für die Fraktion GRÜNE.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

**Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte ist durchaus interessant und zeigt jetzt eine Grundhaltung von Ihnen, Herr Hauk, die ich eigentlich auch so erwartet habe. Auf ein paar Punkte darf ich eingehen.

Ich fange einfach einmal hinten mit dem Thema Pestizide an. Man kann das aber eigentlich über das Thema Pestizide hinaus auch für die Themen Gentechnik und Kontrollen so sagen. Das, was von Ihnen herüberkommt, heißt: „Was wollt ihr denn eigentlich? Es ist alles in Ordnung. In Baden-Württemberg sind wir sowieso Spitze.“

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das sagt niemand!)

– Doch. Genau so kommt das herüber.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das hat niemand gesagt! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ein Quatsch!)

Sie gehen hin und sagen – das ist auch in den Beiträgen meiner Kolleginnen und Kollegen so herübergekommen –: „Greenpeace macht ja hier nur eine große Show.“ Sie sagen: „Die machen das, weil sie Sponsoring brauchen.“

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Der Eindruck kann schon entstehen!)

Sie sprechen von einer Medienkampagne usw. usf.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Wir haben uns noch sehr zurückgehalten!)

Ich würde einmal Folgendes sagen: Jeder Fall von Pestizidrückständen ist ein Fall zu viel. Wir brauchen das nicht. Wir brauchen keine Pestizide in Lebensmitteln. Das ist genau das, was wir hier nicht haben wollen.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Es ist auch falsch, wenn Sie sagen, wir würden mit unserer Kritik jetzt die Ernährungswirtschaft oder die Landwirtschaft in Misskredit bringen wollen. Genau das Gegenteil ist richtig. Wir wollen eine Qualitätsoffensive mit der Landwirtschaft, mit der Ernährungswirtschaft. Was Sie machen, ist, das zu konterkarieren. Sie gehen nämlich her und führen eine Industrialisierungsform ein und erzwingen die Industrialisierung der Landwirtschaft, die diese Auswüchse mit sich bringt,

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Jetzt einmal zur Sache! Konkret! Keine Worthülsen! – Gegenruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Sie müssen zuhören!)

anstatt dass Sie auf biologische Anbauformen und eine natürliche Landwirtschaft eingehen und diese fördern.

(Beifall bei den Grünen)

Ich nenne Ihnen ein Beispiel. Ich bin selbst CC-Berater, Cross-Compliance-Berater. Sie wissen das. Seit es Cross Compliance gibt, höre ich permanent die Aussage: „Wir führen risikoorientierte Kontrollen durch.“ Sie haben bisher noch nirgendwo gesagt, was das eigentlich ganz genau ist. Welche Betriebe wählen Sie denn eigentlich aus? Wo sind die denn eigentlich? Welche Indikatoren sind denn da, damit man diese Betriebe auch findet? Denn das System – so, wie Sie es haben – funktioniert ja nicht.

Oder gehen Sie einmal ins Internet und schlagen Sie unter [www.agrarministerkonferenz.de](http://www.agrarministerkonferenz.de) nach. Da wird deutlich, dass Herr Hauk sich dafür einsetzt, dass nicht noch mehr Kontrollen kommen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Hört, hört! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Aha!)

Im September ist dort ein Beschluss gefasst worden: Wir brauchen nicht noch mehr Kontrollen. In diesem Punkt gebe ich Ihnen sogar recht. Aber wir brauchen das, von dem Sie immer nur reden: Wir brauchen risikoorientierte Kontrollen, die hinterher auch die treffen, die man treffen will, nämlich die schwarzen Schafe.

Ich will der Landwirtschaft nicht noch mehr Kontrollen überstülpen. Vielmehr will ich das System optimieren.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist in Ordnung!)

Meine restliche Redezeit will ich dazu verwenden, auf das Thema Gentechnik einzugehen.

Sie sagen – das habe ich auch nicht anders erwartet –, schuld seien die Grünen gewesen; Frau Künast hätte das alles machen müssen

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Richtig!)

und hätte es veröffentlichen sollen usw. Sie sagen: „Von unserer Seite ist nichts verheimlicht worden. Es handelt sich nur um Sortenprüfungen, Wertprüfungen.“ Sie haben gesagt: „Wir waren Dienstleister an ein paar Standorten in Baden-Württemberg.“ Zumindest da, wo Sie Dienstleister waren, z. B. in Aulendorf, hätten Sie sagen können: „Liebes Landwirtschaftsamt, wir machen hier Kontrollen.“ Aber das haben Sie auch nicht gemacht. Sie haben im Grunde alles getan, damit das unter dem Teppich bleibt.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Was denn?)

Von eigenen Mitarbeitern ist in der Zeitung zu lesen: „Wir wollten nicht, dass Tottrampler die Versuche kaputtmachen.“

(Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Das zeugt von der entsprechenden Geisteshaltung.

Ein letzter Punkt dazu. Auch jetzt sind Sie mit keinem einzigen Wort darauf eingegangen, dass es neben den Sortenprüfungen auch sogenannte experimentelle Freisetzungen gibt.

(Zuruf von den Grünen: Genau!)

(Dr. Bernd Murschel)

Zehn experimentelle Freisetzen in Baden-Württemberg – von Monsanto, von Hoechst und von zwei Landeseinrichtungen. Darüber verlieren Sie kein Wort. Das bedeutet im Fazit: Wir brauchen Greenpeace und natürlich auch die Grünen, damit Sie unter Druck geraten, scheinbar bestimmte Dinge zuzugeben. Daran werden wir garantiert weiterarbeiten.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die CDU-Fraktion erhält Frau Abg. Brunner das Wort.

**Abg. Elke Brunner** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte das Thema Lebensmittelkontrolle jetzt nicht aufgreifen. Wir werden uns darüber heute Nachmittag bei Tagesordnungspunkt 7 ausführlich unterhalten. Deswegen nutze ich meine Redezeit jetzt dafür, noch auf einige Ihrer Ausführungen einzugehen.

Zu den gentechnisch veränderten Pflanzen hat Minister Hauk die Fakten klar und deutlich auf den Tisch gelegt. Ich möchte sie jetzt nicht wiederholen. Aber, liebe Kollegen von der Fraktion GRÜNE, Sie wollen einfach nicht wahrhaben und nicht hören, was hier an Fakten vorliegt. Sie wollen auch nicht hören, welche Chancen die Gentechnik für Arbeitsplätze und Innovationen bietet.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das ist doch der größte Blödsinn! Das kann doch nicht wahr sein! Sargnagel für unsere Landwirtschaft! Haben Sie denn gar keine Ahnung? Das gibt es doch gar nicht! Das glaubt doch kein Mensch mehr! Was für eine Landwirtschaft wollen Sie denn in Baden-Württemberg?)

Sie wollen auch nicht, dass wir forschen. Nur eine intensive Forschung kann uns Chancen und Risiken der Gentechnik aufzeigen. Sie wollen nichts anderes – das sieht man auch jetzt wieder, nachdem Sie sich so aufregen –, als Gefahren heraufzubeschwören.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Deshalb von meiner Seite aus nur noch eines: Die Bevölkerung in Baden-Württemberg weiß, wie man seriöse Politik von Angstmache

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ach!)

und gespielter Entrüstung unterscheidet.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Die Bevölkerung im Land – ich habe es vorhin schon gesagt – weiß klar zu unterscheiden zwischen den Cassandrarufen der Grünen

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

und der seriösen, rechtsstaatlichen, glasklaren Politik unseres Ministers Peter Hauk.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von den Grünen: Märchenstunde! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erhält Herr Abg. Winkler das Wort.

**Abg. Alfred Winkler** SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Minister, Ihr Schlusswort lautete: „Die gute Botschaft: Die zulässigen Grenzwerte an Rückständen in Lebensmitteln sind nicht überschritten. Es besteht keine Gesundheitsgefährdung.“ Das ist richtig so.

(Abg. Andreas Hoffmann und Abg. Jochen Karl Kübler CDU zu den Grünen: Schon ist es vorbei!)

Ich will dazu nur noch eine Bemerkung machen. Was bei Untersuchungen und bei vielen Tests festgestellt wird, ist: Lebensmittel weisen Rückstände auf, die dort überhaupt nichts zu suchen haben. Bei ihnen geht es nicht nur um Grenzwertüberschreitungen. Diese Rückstände haben dort nichts verloren! Es werden Mittel eingesetzt, die grundlegend verboten sind. Das müssen wir in den Griff bekommen. Das ist nicht in Ordnung, unabhängig davon, ob es sich bei den Rückständen um gesundheitsgefährdende Mengen handelt oder nicht.

Zweiter Teil: Das Problem, über das wir in der Presse gelesen haben, ist nicht erst seit den Untersuchungen durch Greenpeace bekannt. Ich zitiere aus der Presse vom 14. Januar 2006 – deswegen wundert es mich, dass die Landesregierung nicht zu dem gleichen Ergebnis kommt wie Greenpeace –:

*Bei systematischen Kontrollen von knapp 3 400 Betrieben wurden in mehr als einem Viertel der Fälle Beanstandungen festgestellt. Häufige Mängel waren der Verkauf von Mitteln, deren Zulassung abgelaufen ist, das Lagern von Pestiziden, die seit längerem nicht mehr zugelassen sind oder nicht hätten importiert werden dürfen, sowie falsche Kennzeichnungen. In 95 Anlasskontrollen nach Hinweisen und Verdachtsmomenten stieg die Beanstandungsquote auf 46 %.*

Jeder zweite Betrieb ist beanstandet worden! Das haben wir schon vor Greenpeace gewusst. Da muss doch mehr möglich sein, als auf Greenpeace zu warten, damit sie den Nachweis nochmals führen. Das ist ein Versäumnis der Kontrollen –

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

unserer wie anderer. Das Dilemma liegt im Kompetenzwirrwarr und im Zuständigkeitswirrwarr.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Eindeutig!)

Das führt dazu, dass diese Kontrollen nicht durchgehend sind. Wir haben ganz deutliche Hinweise auf Verstöße.

Wie sehen jetzt die Konsequenzen aus? Herr Minister: „Augen zu und durch“ – das kann es ja wohl nicht sein. Wir können den Greenpeacebericht nicht einfach abhaken. Wo liegt die Verantwortlichkeit bei den Kontrollstrukturen? Wo liegt die Verantwortung bei den Behörden? Diese Fragen stellen sich doch automatisch. Wer kontrolliert? Wer kontrolliert wo? Staatsanwalt oder Polizei? Dabei kommt doch ein ganzer Berufsstand in Verruf.

(Alfred Winkler)

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Das ist TOP 7! –  
Abg. Elke Brunnemer CDU: TOP 7, Herr Wink-  
ler!)

Das Wichtigste bei diesem Vorgehen, das Greenpeace be-  
schrieben hat, sind die gesundheitlichen Folgen für die Ver-  
braucher. Der Verkauf von verbotenen Pflanzenschutz-  
mitteln durch Firmen wird behandelt wie Falschparken: Es  
ist eine Ordnungswidrigkeit. Was ist das denn für ein Sys-  
tem?

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Herr Präsident,  
das ist TOP 7! – Zuruf von der CDU: Dann setzen  
wir TOP 7 ab!)

Lebensmittel werden vergiftet, und das wird wie Falschpar-  
ken behandelt. Das kann doch nicht sein! Es ist Ihre Aufga-  
be, mehr zu tun, Herr Minister. Ein solcher Bericht kann  
nicht jährlich abgeholt und vorgelesen werden – und die  
Beanstandungsquote liegt immer noch bei 46%! Wir er-  
warten, dass Sie uns Konsequenzen aufzeigen – aber nicht  
so, wie es Mark Twain einmal sagte: „Kaum verloren wir  
das Ziel aus den Augen, verdoppelten wir unsere Anstren-  
gungen.“

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion der  
FDP/DVP erhält Frau Abg. Chef das Wort.

**Abg. Monika Chef FDP/DVP:** Ich möchte die Debatte  
jetzt nicht unnötig verlängern,

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Sehr gut!)

meine aber, dass wir in Anbetracht der Adventszeit viel-  
leicht wieder zu einer netteren Stimmung hier im Saal kom-  
men sollten. Ich denke, wir alle sind uns einig, dass wir ge-  
meinsam dafür sorgen sollten, dass die restriktiveren deut-  
schen Richtlinien EU-weit durchgesetzt und harmonisiert  
werden und dass im Übrigen die Kontrollen – über die wir  
sicherlich heute Nachmittag noch einmal sprechen werden –  
den örtlich zuständigen Behörden, nämlich den jetzt zustän-  
digen Landratsämtern überlassen werden. Sie, liebe Kolle-  
ginnen und Kollegen von den Grünen, sind bestimmt mit  
mir darin einig, dass die kommunale Selbstverwaltung si-  
cherlich am besten funktioniert. Wir vertrauen darauf, dass  
die richtigen Kontrollen an den richtigen Stellen durchge-  
führt werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der  
CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Damit ist die Aktuel-  
le Debatte unter Punkt 3 der Tagesordnung beendet.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

**Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregie-  
rung – Gesetz über Einmalzahlungen in den Jahren  
2006 und 2007 an Beamte, Richter und Versorgungsempfänger – Drucksache 14/551**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die  
Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Ich darf Herrn Finanzminister Stratthaus das Wort erteilen.

**Finanzminister Gerhard Stratthaus:** Herr Präsident, mei-  
ne sehr geehrten Damen und Herren! Der Tarifabschluss für  
den öffentlichen Dienst sieht für die Angestellten und Ar-  
beiter in den Jahren 2006 und 2007 Einmalzahlungen vor.  
Beamte und Richter bekommen diese Zahlungen aus dem  
Tarifvertrag logischerweise nicht. Die Landesregierung legt  
nun großen Wert darauf, dass Beamte und Richter genauso  
behandelt werden wie die Bediensteten im Tarifbereich.  
Deswegen sind wir, nachdem wir aufgrund der Föderalis-  
musreform für Besoldung und Versorgung zuständig sind,  
der Ansicht, dass wir die Einmalzahlungen für Beamte und  
Richter durch ein entsprechendes Gesetz regeln sollten. Ich  
bringe Ihnen deswegen heute das Gesetz ein und fordere  
Sie zur Ersten Beratung auf.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen  
und Kollegen, ich bitte um Ruhe.

**Finanzminister Gerhard Stratthaus:** Die Überschrift des  
Gesetzes lautet: „Gesetz über Einmalzahlungen in den Jah-  
ren 2006 und 2007 an Beamte, Richter und Versorgungsempfänger“. Der Gesetzentwurf, meine Damen und Herren,  
sieht Einmalzahlungen in Höhe von 300 € im Jahr 2006 und  
von 200 € im Jahr 2007 vor. Darüber hinaus sieht der Ge-  
setzentwurf vor, dass die Versorgungsempfänger des Lan-  
des und auch der Kommunen solche Einmalzahlungen be-  
kommen sollen, aber nicht etwa ebenfalls in der Höhe von  
200 bzw. 300 €, sondern in einer Höhe, die sich nach dem  
Ruhegehaltssatz und den Anteilsätzen des Witwen- und  
Waisengelds berechnet.

Wir haben keine Staffelung der Einmalzahlungen nach Be-  
soldungsgruppen vorgesehen. Die tariflichen Regelungen,  
meine Damen und Herren, sehen für die Einmalzahlungen  
an die Arbeitnehmer des Landes, nach Entgeltgruppen ge-  
staffelt, unterschiedlich hohe Beträge vor. Die Angestellten  
und Arbeiter in den unteren Entgeltgruppen erhalten höhere  
Einmalbeträge. Im Jahr 2006 beträgt die Spanne 50 bis  
150 € und im Jahr 2007 160 bis 760 €. Wir haben uns ganz  
bewusst anders entschieden. Wir wollen die Leistungskom-  
ponente stärker betonen und haben uns deswegen dafür ent-  
schieden, für alle Besoldungsgruppen denselben Einmalbe-  
trag zu zahlen.

Dieser einheitliche Betrag ist ein Kompromiss. Auf der ei-  
nen Seite erwarten die Beamten und Richter zu Recht, an  
der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Entwick-  
lung teilzuhaben. Andererseits wurden auch soziale Erwä-  
gungen für eine angemessene Einmalzahlung, insbesondere  
zugunsten der mittleren und der unteren Besoldungsgrup-  
pen, berücksichtigt.

Diese Zahlungen wirken sich natürlich auf den Haushalt  
aus. Im Jahr 2006 sind das Mehrkosten von 62 Millionen €,  
im Jahr 2007 von 42 Millionen €. Die Mehrkosten für 2006  
sind durch die Haushaltsansätze gedeckt und die für 2007  
im Entwurf des Doppelhaushalts 2007/08 veranschlagt.

Darüber hinaus haben wir beschlossen, die Besoldung und  
Versorgung im Jahr 2008 stufenweise linear um 2,9 % zu  
erhöhen. Dieses Vorhaben wird natürlich Gegenstand eines  
späteren Gesetzes und eines entsprechenden Gesetzge-  
bungsverfahrens sein.

(Minister Gerhard Stratthaus)

Insgesamt, glauben wir, erreichen wir mit diesen Maßnahmen, dass Beamte und Versorgungsempfänger nicht von der allgemeinen Lohnentwicklung abgekoppelt werden. Ich bitte daher um Beratung des vorliegenden Gesetzentwurfs und um Zustimmung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die CDU-Fraktion erhält Herr Abg. Herrmann das Wort.

**Abg. Klaus Herrmann CDU:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Finanzminister hat bei der Einbringung des Gesetzentwurfs soeben darauf hingewiesen, dass wir als Land nach der Föderalismusreform ohne bundesrechtliche Vorgaben zuständig für die Besoldung und Versorgung der Beamten sind. Von dieser Befugnis wird jetzt Gebrauch gemacht. Bei dem vorliegenden Gesetzentwurf über die Einmalzahlungen in den Jahren 2006 und 2007 können wir erstmals in voller selbstständiger Befugnis entscheiden.

Der Finanzausschuss hat bereits im September dieses Jahres über das Vorhaben der Landesregierung eingehend diskutiert. Als Ergebnis kann ich festhalten: Die Einmalzahlung für die Beamten in den Jahren 2006 und 2007 ist berechtigt. Die Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten sind letztmals zum 1. August 2004 erhöht worden.

Bei der Bemessung der Einmalzahlung, die jetzt erfolgt, haben wir zwei Dinge zu berücksichtigen, nämlich erstens die Haushaltslage des Landes, zweitens aber auch die berechtigten Erwartungen der Beamten, an der allgemeinen Lohnentwicklung teilzuhaben. Wir berücksichtigen durchaus auch, dass wir in den vergangenen Jahren erhebliche Einschränkungen bei den Beamten hinsichtlich der Sonderzahlungen, durch Nullrunden und Arbeitszeitverlängerung vorgenommen haben.

Das alles sind Dinge, die richtig und notwendig waren. Damit ist es aber auch sinnvoll und angemessen, in den Jahren 2006 und 2007 diese Einmalzahlungen, wie vorgeschlagen, zu leisten.

Nun war ein Thema im Finanzausschuss, dass der Gesetzentwurf keine gestaffelten Einmalzahlungen vorsieht. Wir unterstützen den Vorschlag der Landesregierung, für jede Besoldungsgruppe gleich hohe Einmalzahlungen vorzunehmen. Ich kann mich hier den Ausführungen des Finanzministers nur vollinhaltlich anschließen. Tarifregelungen mit überproportionalen Einmalzahlungen in den unteren Entgeltgruppen berücksichtigen den Leistungsgedanken nicht. Wir sind hier gegen Gleichmacherei. Wir sind dafür, dass in den entsprechenden Leistungsgruppen keine überproportional hohen Zahlungen geleistet werden. Die jetzt gefundene Regelung ist ein ausgewogener Kompromiss zwischen dem Leistungsgedanken und sozialen Erwägungen mit Blick auch auf die unteren und mittleren Besoldungsgruppen.

Wir halten es auch für richtig, dass mit den Bezügen für September dieses Jahres bereits ein Abschlag auf die Einmalzahlung 2006 geleistet wurde. Da war das Jahr ja bereits zu drei Vierteln vorbei. Dass das im Vorgriff auf die parlamentarische Beratung erfolgt ist, halten wir für richtig.

Die CDU-Landtagsfraktion wird diesem Gesetzentwurf der Landesregierung zustimmen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Abg. Rudolf das Wort.

**Abg. Christine Rudolf SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich gönne jedem Menschen jeden Euro, den er rechtmäßig in die Tasche bekommen hat.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Das wäre ja auch noch schöner!)

Dies vorweg.

Wir haben gestern bei Ihrer Haushaltsrede, Herr Finanzminister Stratthaus, ein Lob an die Beamten und Beamtinnen, an die Richter und Richterinnen hier im Land für die Ausübung ihres Dienstes gehört. Ich möchte mich namens der SPD-Fraktion diesem Lob, das Sie ausgesprochen haben, ausdrücklich anschließen. Sie haben die Einsatzbereitschaft und die Arbeit gelobt, die von diesen Menschen für das Land Baden-Württemberg geleistet worden ist. Diese Menschen geben sich Mühe.

Herr Finanzminister Stratthaus, ich hätte mir von Ihnen und von Ihrem Haus gewünscht, dass Sie sich bei der Übertragung der Tarifabschlüsse auf die Beamten und Beamtinnen, auf die Richter und Richterinnen und auf die Versorgungsempfänger in unserem Land auch mehr Mühe gegeben hätten. Dass Sie hier zu Einmalzahlungen, die in keiner Weise gestaffelt sind, übergegangen sind, wird zwar dem gesetzlichen Anspruch auf Anpassung der Besoldung und Versorgung an die allgemeine Einkommensentwicklung gerecht. Aber dass das den Leistungsgedanken berücksichtigen würde, wie Sie und auch Sie, Herr Kollege Herrmann, ausgeführt haben, kann ich – mit Verlaub – in keiner Weise nachvollziehen. Dass Menschen, die in niedrigeren Leistungsgruppen arbeiten, weniger Leistung für das Land Baden-Württemberg erbringen als Leute, die in höheren Leistungsgruppen besoldet werden,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Aber umgekehrt eben auch nicht!)

erschließt sich mir und meiner Fraktion in keiner Weise.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Das habe ich doch gesagt! – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Es soll jeder das Gleiche bekommen!)

Jeder arbeitet an seinem Platz, kann dort Leistung erbringen, und dann ist diese einzeln zu bewerten.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Die Tarifregelung ist gerade umgekehrt! Das ist auch nicht besser!)

Aber da einen Vergleich zwischen den Einkommensgruppen, den unterschiedlichen Diensten herzustellen, das erschließt sich mir und meiner Fraktion in keiner Weise.

In den letzten Jahren wurde in Baden-Württemberg die wöchentliche Arbeitszeit der Beamten und Beamtinnen auf 41 Stunden erhöht, wurde das Urlaubsgeld gestrichen und wur-

(Christine Rudolf)

den die Sonderzahlungen gekürzt. Deswegen kann ich, wenn jetzt das Land zum ersten Mal allein dafür verantwortlich ist, diese Tarifvereinbarung auf den Beamtenbereich zu übertragen, nur noch einmal betonen: Ich hätte mir mehr Mühe vonseiten des Finanzministers und seines Hauses gewünscht. Ich hätte die Forderung aufgestellt, die Tarifregelungen für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen wirkungsgleich auf die Beamten und Beamtinnen im Land zu übertragen.

Sie begünstigen – das sei noch einmal ganz deutlich gesagt – mit dem Gesetzentwurf, den Sie uns heute in diesem Hause vorgelegt haben, Beamte und Beamtinnen im höheren Dienst und benachteiligen damit automatisch die Beamten und Beamtinnen des einfachen, des mittleren und des gehobenen Dienstes.

Angesichts der fortdauernden Nullrunden bei den Renten erschließt sich uns auch nicht, dass Sie die Einmalzahlungen auf die Pensionäre übertragen. Die letzte Rentenanpassung erfolgte im Jahr 2003, und wenn es zwischen Menschen, die Renten empfangen, und Menschen, die Pensionen beziehen, in diesem Land einen Gleichklang geben soll, hätten Sie hier ein bisschen sparen können. Dann wäre der Haushaltsansatz an dieser Stelle auch ein anderer gewesen.

Die SPD-Fraktion wird diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Meine Damen und Herren, unter den Gästen auf der Zuhörertribüne gilt mein besonderer Gruß dem neuen Generalkonsul der Republik Bulgarien, Herrn Atanas Krastin.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Herr Generalkonsul Krastin hat sein Amt Ende September dieses Jahres angetreten. Er hat seinen Sitz in München und ist für Baden-Württemberg und Bayern zuständig. Heute stattet er dem Landtag seinen ersten offiziellen Besuch ab.

Herr Generalkonsul, ich darf Sie im Namen aller Abgeordneten im Landtag von Baden-Württemberg herzlich willkommen heißen. Ich wünsche Ihnen eine erfolgreiche Amtszeit, und Ihrem Land und Ihren Bürgerinnen und Bürgern wünsche ich am 1. Januar 2007 einen erfolgreichen Start in die Europäische Union.

Herzlich willkommen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Noch eine Bemerkung, Herr Generalkonsul: Baden-Württemberg liegt eher in der Mitte der EU als Bayern. Wenn man das Generalkonsulat zentraler machen könnte, wäre das kein schlechter Vorschlag.

(Heiterkeit und Beifall bei allen Fraktionen)

Wir fahren in der Aussprache zu Punkt 4 fort. Das Wort für die Fraktion GRÜNE erhält Herr Abg. Kretschmann.

**Abg. Winfried Kretschmann** GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zu dem vorliegenden Gesetzentwurf der Landesregierung nehmen wir eine differenzierte

Position ein. Während wir der vorgesehenen Regelung für die aktiven Beamtinnen und Beamten ausdrücklich zustimmen, halten wir die Einmalzahlung für Versorgungsempfänger für problematisch.

Mit der vorgesehenen Regelung für die aktiven Beamtinnen und Beamten werden für die Jahre 2006 und 2007 für den Bereich der Beamtenbesoldung die von den Tarifparteien vereinbarten Regelungen nachvollzogen. Das ist in Ordnung. Auch die gleiche Einmalzahlung für alle Besoldungsgruppen mit der darin enthaltenen sozialen Komponente unterstützen wir.

Ich möchte aber darauf hinweisen, Herr Minister, dass unser Haushalt diese Zahlungen eigentlich nicht hergibt. Wir sind doch hoch verschuldet. Wir müssen sie aus Gleichheits- und Gerechtigkeitsgründen leisten. Deswegen möchte ich Sie daran erinnern, dass dies wieder ein Beispiel dafür ist, dass wir den Haushalt allein mit Wachstum nicht sanieren können. Am Wachstum wollen zu Recht alle teilhaben. Deswegen lautet die Ansage: Den Haushalt können wir nur sanieren, wenn wir an die Strukturen des Haushalts gehen. Nur auf Wachstum und Mehreinnahmen zu hoffen wird den Haushalt nicht sanieren. Jedenfalls ist diese Einmalzahlung für die aktiven Beamten in Ordnung.

Bei der Einmalzahlung für die Pensionsempfänger können wir Ihnen nicht folgen. Der Bundestag hat am 6. April 2006 das Gesetz über die Weitergeltung der aktuellen Rentenwerte ab 1. Juli 2006 verabschiedet. Wesentlicher Inhalt dieses Gesetzes ist der Verzicht auf eine Rentenanpassung im Jahr 2006. Dies bedeutet, dass die Renten in der gesetzlichen Rentenversicherung nicht angepasst werden, sondern eine Nullrunde erfolgt. Vor diesem Hintergrund halten wir es für nicht vertretbar, die früheren Staatsdiener besserzustellen als alle anderen Ruheständler in diesem Land. Deswegen werden wir diesem Begehren nicht zustimmen.

Ich möchte an dieser Stelle einfach noch einmal sagen: Durch die Föderalismusreform ist es uns jetzt möglich, die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums weiterzuentwickeln. Wir können das Alimentationsprinzip nicht mehr so anwenden, wie Sie es tun. Dies führt zu Ungerechtigkeiten, aber es führt auch dazu, dass wir nicht zu einer nachhaltigen Finanzpolitik kommen können.

Ich darf noch einmal darauf hinweisen: Wir werden, um eine grobe Größenordnung zu nennen, bis 2030 jedes Jahr 200 Millionen € Pensionskosten zusätzlich bekommen. Wenn wir dieses Alimentationsprinzip nicht ändern und wenn wir nicht im Sinne der Nachhaltigkeit dazu kommen, auch die Pensionen den gesellschaftlichen Erfordernissen, der demografischen Entwicklung und der Pensionslawine, die auf uns zukommt, anzupassen, werden wir unsere Haushalte nicht sanieren können. Sie müssen sich vorstellen, was es bedeutet, wenn jedes Jahr 200 Millionen € neuer Kosten auf den Landeshaushalt zukommen. Wenn wir da Ihrem Alimentationsprinzip folgen, ist es völlig ausgeschlossen, mit der Pensionslawine fertig zu werden.

Deswegen müssen wir das, was Sie hier vorschlagen, ablehnen. Es ist uns dabei klar, dass das für die Pensionäre schwer zu schlucken sein wird. Wir bekommen dazu auch entsprechende Proteste. Das ist klar. Aber wir müssen die

(Winfried Kretschmann)

Pensionäre davon überzeugen: Nur wenn wir unsere Finanzen nachhaltig anlegen – und das kann nur heißen, dass wir die Pensionäre nicht besserstellen können als die übrigen Rentenempfänger –, sind wir in der Lage, überhaupt einen Nachhaltigkeitspfad im Haushalt anzulegen, und sonst nicht. Das müssen wir ihnen erklären, so schwer es auch sein mag.

Herr Minister Stratthaus, Sie haben gestern gesagt, Symbolpolitik bringe uns bei dem Thema „Sanierung der Landesfinanzen“ nicht weiter, hier sei Handeln angesagt. Wir wollen hier handeln, aber anders als die Landesregierung. Wir wollen einen konkreten, wohl erwogenen und begründeten Schritt zur Nachhaltigkeit tun. Deswegen lehnen wir die Einmalzahlung für Pensionsempfänger ab.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die FDP/DVP-Fraktion erhält Frau Abg. Berroth das Wort.

**Abg. Heiderose Berroth** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der heute zu beratende Gesetzentwurf über Einmalzahlungen in den Jahren 2006 und 2007 sowie Artikel 4 des gestern eingebrachten Entwurfs des Haushaltsstrukturgesetzes 2007 und die darin enthaltene Zusage der Landesregierung, die Dienst- und Versorgungsbezüge der Beamtinnen und Beamten im Jahr 2008 schrittweise um 2,9 % anzuheben, stellen insgesamt eine Einheit dar. Das, Herr Kollege Kretschmann, ist auch meine Antwort auf Ihre Vorwürfe bezüglich solider Finanzpolitik. Das muss man insgesamt sehen, und dann sieht das Bild ganz anders aus.

In allen Bereichen des öffentlichen Dienstes erhalten die Bediensteten für die Jahre 2006 und 2007 anstelle einer linearen Gehaltserhöhung eine Einmalzahlung. Im Tarifbereich erhalten die Beschäftigten des Bundes und der Kommunen eine Einmalzahlung von jährlich 300 €, während für die Tarifbeschäftigten der Länder drei gestaffelte Einmalzahlungen vereinbart wurden, die in der Summe zwischen 210 €, also auf ein Jahr bezogen 105 €, für die höchsten Entgeltgruppen und 910 €, also auf ein Jahr bezogen 455 €, für die niedrigsten Entgeltgruppen ausmachen.

Kollegin Rudolf, wenn Sie jetzt sagen, Sie würden nicht sehen, dass Leistungsunterschiede zwischen oberen und unteren Tarifgruppen existierten, dann dürfte diese Differenzierung aber genauso wenig stattfinden.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Das ist eine soziale Differenzierung!)

Diese zu unserem Bedauern – das sage ich ausdrücklich – für die Länder vereinbarte tarifvertragliche Regelung wollen wir im Gegensatz zum Votum des Deutschen Gewerkschaftsbunds und der Kollegin Rudolf, die das ausdrücklich fordern, für den Beamtenbereich nicht übernehmen, weil sie aus unserer Sicht dem Leistungsprinzip widerspricht. Den geltend gemachten sozialen Erwägungen wird nämlich durch betragsmäßig einheitliche Einmalzahlungen bereits ausreichend Rechnung getragen, da diese in den unteren Besoldungsgruppen zu prozentual deutlich höheren Steigerungen des Gehalts führen als in den oberen Besoldungsgruppen.

Im Jahr 2008 werden dann die im Tarifvertrag vereinbarten Gehaltserhöhungen auch für die Beamtinnen und Beamten übernommen, in der ersten Stufe zum 1. Februar 2008 in Höhe von 1,5 %, in einer zweiten Stufe, und zwar für den einfachen und den mittleren Dienst zum 1. August, für den gehobenen und den höheren Dienst zum 1. November, um weitere 1,4 %.

Das heißt, es ist insgesamt eine Erhöhung um 2,9 %, die dann auch die erhöhte Basis für künftige Entwicklungen ergibt. Dies ist auch Bestandteil der Verständigung der Landesregierung mit den Verbänden und Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, deren weitere Komponenten, nämlich die Festsetzung der aufs Jahr bezogenen Sonderzahlungen für Versorgungsempfänger ab 1. April 2007 auf 30 % eines Monatsbezugs und für Aktive ab 1. Januar 2008 auf 50 %, wir dann mit dem Haushaltsstrukturgesetz 2007 umsetzen werden.

Des Weiteren hat die Landesregierung zugesichert, dass es darüber hinaus bis 2011 keine weiteren Eingriffe im Besoldungs- und Versorgungsbereich geben wird und dass eigene Eingriffe des Landes in die Beihilfe- und Heilfürsorgeregelungen sowie eine weitere Anhebung der Wochenarbeitszeit nicht vorgesehen sind. Die FDP/DVP-Fraktion steht voll und gern hinter diesen Zusagen.

Wir sind froh, dass damit eine Gratwanderung gelungen ist, die den haushaltspolitischen Zwängen und Notwendigkeiten ebenso Rechnung trägt wie der Notwendigkeit, die Besoldung im Land attraktiv und leistungsgerecht zu erhalten. Denn gut motivierte und leistungsbereite Beamtinnen und Beamte sind eine wichtige Voraussetzung für eine gute und effiziente Landesverwaltung und für ein weiterhin erfolgreiches Baden-Württemberg. Deshalb gilt unser Dank allen im öffentlichen Dienst Tätigen für ihre gute Arbeit.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf zur weiteren Beratung an den Finanzausschuss zu überweisen. – Dem wird nicht widersprochen.

Punkt 4 der Tagesordnung ist abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Justizministeriums – Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Fachkommission Zwangsheirat – Drucksache 14/309**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Lösch das Wort.

**Abg. Brigitte Lösch** GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zwangsheirat ist keine private oder kulturelle Angelegenheit, sondern eine schwere Menschenrechtsverletzung,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

(Brigitte Lösch)

die auch entsprechend geächtet und geahndet werden muss. Mit dem Bericht der Fachkommission Zwangsheirat der Landesregierung liegen erstmals Zahlen über im Land lebende, von Zwangsheirat betroffene oder bedrohte Frauen vor. Allein zwischen Januar und Oktober 2005 haben 215 von Zwangsheirat Betroffene bei Beratungs- oder Hilfseinrichtungen nach Hilfe gefragt. Knapp 55 % der Betroffenen waren minderjährig. Das zeigt, welche Dimension dieses Thema auch in Baden-Württemberg hat.

Ich möchte in diesem Zusammenhang ausdrücklich bemerken, dass wir die Initiative des Justizministeriums – das leider gerade nicht vertreten ist – ausdrücklich loben und unterstützen, dass Baden-Württemberg als eines der ersten Bundesländer eine Fachkommission eingerichtet hat, die Daten erhoben und auch konkrete Empfehlungen und Handlungsvorschläge in den Bereichen Opferschutz, Opferrechte, Prävention, Betreuung und Aufklärung erarbeitet hat. Das ist ein erster guter Schritt, und nun muss der zweite folgen, damit die Handlungsempfehlungen nicht im Aktenordner verstauben.

Die Handlungsempfehlungen wurden im März vorgestellt, und wir erwarten von der Landesregierung, dass sie nun ein Gesamtkonzept, einen Aktionsplan gegen Zwangsheirat erstellt, in dem ganz klar beschrieben wird, wann welche Maßnahme umgesetzt wird.

Von zentraler Bedeutung sind dabei vor allem Änderungen im Ausländer- und im Zivilrecht. Wir erwarten, dass sich die Landesregierung auch auf Bundesebene dafür einsetzt, diese ausländer- und zivilrechtlichen Änderungen auf den Weg zu bringen.

An dem Thema sind verschiedene Ministerien beteiligt: zum einen das Sozialministerium, zum Zweiten das Innenministerium und zum Dritten das Justizministerium. Ich finde es in Anbetracht der Wichtigkeit des Themas eigentlich eine Schande, dass keine Vertreter der Ministerien anwesend sind.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Priorität im Bereich der ausländerrechtlichen Regelungen hat vor allem eine Verlängerung des Rechts zur Rückkehr nach Deutschland. Um Frauen, die im Ausland zwangsverheiratet wurden, eine Rückkehr zu ermöglichen, fordern wir genauso wie die Fachkommission Zwangsheirat, die Frist für den Verfall des Aufenthaltstitels von sechs Monaten auf drei Jahre zu verlängern.

Der zweite Punkt ist, dass Frauen ein eigenständiges Aufenthaltsrecht brauchen. Das muss in § 31 des Aufenthaltsgesetzes bei Vorliegen einer Zwangsheirat gesetzlich verankert werden. Gerade in den Fällen von Zwangsheirat – bei den sogenannten Importbräuten – ist die Rückkehr in den Heimatort nach einer Scheidung undenkbar. Dies wäre für die Frauen mit gravierender Diskriminierung und Gefährdung verbunden. Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie sich auch in diesen Punkten, die eine Änderung des Aufenthaltsgesetzes erfordern, auf Bundesebene entsprechend einsetzt.

Dies setzt natürlich auch voraus, dass sich die Fachressorts in diesen Punkten einigen. Es gibt einen Dissens zwischen

Innenministerium, Justizministerium und Sozialministerium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Diesen Dissens konnten Sie in dem Abschlussbericht der Fachkommission ja auch gut verfolgen. Man konnte mehrmals in der Fußnote lesen: Justizministerium dafür, Innenministerium dagegen, und das Sozialministerium hat sich der Stimme enthalten. Und hierüber erhoffe ich mir heute Klarheit.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Vielleicht haben die gerade eine Besprechung!)

– Ich weiß es nicht. Vielleicht diskutieren sie das jetzt aus, um zukünftig mit einer Zunge zu sprechen. – Also, ich erhoffe mir heute Klarheit.

Ich bin gespannt, ob denn die angekündigten Ressortgespräche nun abgeschlossen sind und ob auch vonseiten der Landesregierung eine klare Positionierung zu diesen Forderungen der Fachkommission vorliegt. In einem Punkt – das kann man in der Stellungnahme zu unserem Antrag nachlesen – haben sich das Justizministerium und das Innenministerium geeinigt. Das Justizministerium hat sich hinsichtlich der Anhebung des Ehegattennachzugsalters auf 18 Jahre durchgesetzt. Das begrüßen wir sehr. Auch wir sprechen uns für ein Nachzugsalter von 18 Jahren aus. Mit 18 Jahren sind Nachziehende auch nach deutschem Recht heiratsfähig.

Neben dem rechtlichen Änderungsbedarf auf Bundesebene besteht natürlich auch auf Landesebene Handlungsbedarf.

(Minister Dr. Ulrich Goll betritt den Saal.)

– Schön, dass der Justizminister kommt.

(Minister Dr. Ulrich Goll: Der Verlauf ist etwas überraschend!)

– Man muss einfach immer ein Ohr an der Plenardebatte haben.

(Heiterkeit – Beifall bei den Grünen – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wenn er das nicht gehabt hätte, wäre er noch nicht da!)

– Na ja, er ist wahrscheinlich nicht der Schnellste.

(Heiterkeit bei den Grünen – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Was für ein Niveau!)

– Okay, Spaß beiseite, Kollege Schüle.

Neben dem rechtlichen Änderungsbedarf auf Bundesebene besteht natürlich auch auf Landesebene Handlungsbedarf. Im Bereich der Verbesserung der Opferschutzmaßnahmen sind bedarfsgerechte Zufluchtsmöglichkeiten, eine fachspezifische Opferberatung, Vernetzung und präventive Maßnahmen notwendig.

Die bestehenden Angebote in Baden-Württemberg sind nicht ausreichend. Wir haben zu wenige Notunterkünfte für Zwangsverheiratete oder von Zwangsheirat bedrohte junge Frauen.

Das sind alles Forderungen der Fachkommission. Es sind übrigens 27 Handlungsempfehlungen, die diese Fachkommission beschlossen hat. Ich bin gespannt, wie im Rahmen

(Brigitte Lösch)

des Maßnahmenkonzepts, auf das in der Stellungnahme zu unserem Antrag verwiesen wird, diese 27 Handlungsempfehlungen konkret umgesetzt werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die CDU-Fraktion erhält Herr Abg. Dr. Schüle das Wort.

**Abg. Dr. Klaus Schüle** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Thema „Zwangsheirat und ihre Bekämpfung“ ist über Jahre hinweg unterschätzt worden. Viel zu lange ist dieser krasse Missstand unter dem falsch verstandenen Grundansatz einer hundertprozentigen Respektierung anderer Kulturen übersehen und verdrängt worden, oder man hat einfach weggeschaut. Zu Unrecht! Denn Zwangsheirat – das muss noch einmal deutlich festgestellt werden – ist eine elementare Grundrechtsverletzung und damit auch ein zentrales gesellschaftspolitisches Thema. Die Durchsetzung der Menschenrechte für junge muslimische Frauen, die bei uns leben oder zu uns kommen, gerade in ihrer familiären Alltagswirklichkeit ist ein Kernelement unserer werteorientierten Demokratie. Wenn wir das nicht durchsetzen können, dann haben der Rechtsstaat und unsere Gesellschaft an einer empfindlichen Stelle versagt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Rainer Stichelberger SPD)

Als erstes Bundesland ist Baden-Württemberg schon im Jahr 2003 – immerhin – aktiv geworden. Der Bericht der Fachkommission Zwangsheirat ist, wie ich finde, eine sehr gute zusammenfassende Darstellung der oft sehr brutalen Lebenswirklichkeit junger muslimischer Frauen und zeigt konkrete Handlungsoptionen auf. Die Landesregierung hat in ihrer Stellungnahme zu dem Antrag der Grünen den Kernbereich noch einmal gut zusammengefasst und herausgearbeitet.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wenig!)

Bundsratsinitiativen sind eingebracht und liegen jetzt dem Bundestag vor. Drei konkrete Beispiele:

Erstens: der neue Straftatbestand Zwangsheirat. Es ist und bleibt eine Kernforderung bei der Bekämpfung der Zwangsheirat, einen eigenen Straftatbestand Zwangsheirat einzuführen, damit ein für alle Mal damit Schluss ist, dass in einigen Milieus immer noch der Eindruck besteht, das sei unter kulturellen oder religiösen Gesichtspunkten eine zu tolerierende Praxis. Die Große Koalition hat in ihrer Koalitionsvereinbarung das Thema „Zwangsheirat und deren Bekämpfung“ grundsätzlich aufgegriffen. Die Bundsratsinitiative Baden-Württembergs ist im Bundestag eingebracht. Wir sollten gemeinsam dafür eintreten, dass die Schritte, die insbesondere im Hinblick auf das Strafgesetzbuch, aber auch in anderen Bereichen notwendig sind, auf Berliner Ebene so rasch wie möglich umgesetzt werden.

(Beifall der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

Das zweite konkrete Beispiel – es ist von der Kollegin Lösch angesprochen worden – ist die Anhebung des Ehegattennachzugsalters auf 18 Jahre. Dies kann einen gewis-

sen Schutz im Bereich der Zwangsheirat gewähren, weil die Realität nun einmal darin besteht, dass rund 55 % der zwangsverheirateten jungen Frauen minderjährig sind und teilweise schon siebenjährige Mädchen zwangsverheiratet werden.

Das dritte konkrete Beispiel – es sei stellvertretend genannt – ist, dass das Vorliegen von Deutschkenntnissen bereits vor dem Nachzug nach Deutschland erwartet wird. Das ist eine alte Forderung, die jetzt endlich auch in den Referentenentwurf der Bundesregierung zur zweiten Änderung des Aufenthaltsgesetzes eingeflossen ist.

Letzter Punkt, meine Damen und Herren: All die gesetzlichen Maßnahmen, die notwendig sind und für die wir uns parteiübergreifend einsetzen müssen, reichen alleine nicht aus. Vielmehr hat die Fachkommission zu Recht darauf hingewiesen – und das wird gerade auch von den muslimischen Frauen, die sich in diesem Bereich engagieren, betont –: Wir brauchen auch eine öffentliche Ächtung der Zwangsheirat und eine klare und deutliche Sprache.

Es ist angesprochen worden, dass in den Schulen Aufklärung geleistet werden muss, weil diese oft Anlaufstelle für Betroffene sind, und dass bei Behörden und in vielen anderen Bereichen die Sensibilität erhöht werden muss. Darüber hinaus werden wir das Problem nur dann an seiner Wurzel lösen können, wenn die muslimischen Religionsgemeinschaften und deren Vertretungen auf Bundesebene und Landesebene noch klarer als bisher Stellung zu diesem Thema beziehen.

Klar ist: Es ist nicht nur die muslimische Religion betroffen. Es gibt Einzelfälle, in denen auch andere religiöse Milieus betroffen sind. Dennoch müssen wir mehr Klarheit von den muslimischen Verbänden einfordern. Wer beklagt, wie es manche muslimische Verbände tun, dass es in der deutschen Bevölkerung Vorbehalte gegen den Islam gebe, und gleichzeitig mehr Toleranz in der deutschen Bevölkerung und mehr staatliche Maßnahmen zur Integration fordert, aber selbst keinen entscheidenden Beitrag dazu leistet, dass diese Missstände klar und deutlich genannt und bekämpft werden, der braucht sich über diese Entwicklung nicht zu wundern und hilft vor allem auch nicht den betroffenen Frauen in ihrer konkreten Situation.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Zwangsheirat hat nichts mit dem Islam zu tun!)

– Ich habe ja gesagt, dass es alle Milieus betrifft. Aber zu 95 %, Herr Kollege Kretschmann – das sind die Fakten –, betrifft es den muslimischen Bereich. Ich habe ausdrücklich darauf hingewiesen, dass das nicht ausschließlich diesen Bereich betrifft. Es hat aber zu 95 % mit diesem Kreis zu tun.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das hat etwas mit der Kultur Anatoliens, aber nichts mit dem Islam zu tun!)

– Es wird übrigens von vielen bestritten, dass sich das darauf beschränkt.

So wird z. B. auf der Homepage des deutschen Zentralrats der Muslime mit Links für Buchversandhäuser geworben,

(Dr. Klaus Schüle)

die wiederum für das Buch „Erlaubtes und Verbotenes im Islam“ von Scheich Al-Qaradawi werben. In diesem Werk steht, unter welchen Bedingungen und Voraussetzungen man Frauen schlagen darf. Solange solche Sachverhalte existieren, sollte man hier mehr Klarheit einfordern, und zwar auch von den Vertretern des Islam und den Imamen in unserem Land. Ich glaube, dass diese Forderung von uns gemeinsam getragen werden sollte, denn da geht es um unsere Grundwerte und unsere Haltung, wie bei diesem Thema zu verfahren ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, ich glaube, das Wichtigste, was von dieser Debatte ausgehen sollte, ist: Es gibt keine Zeit zu verlieren. Das Thema muss von allen Seiten – von der Landesregierung, aber auch von der Bundesebene – vorangetrieben werden. Das ist der entscheidende Punkt. Bitte helfen Sie alle mit.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie der Abg. Christine Rudolf SPD und Winfried Kretschmann GRÜNE)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erhält Frau Abg. Wonnay das Wort.

**Abg. Marianne Wonnay SPD:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich, dass wir heute bei einem wichtigen Thema der Frauen- und Gleichstellungspolitik eine große Einigkeit hier im Parlament haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Zwangsheirat stellt eine schwere Menschenrechtsverletzung dar. Es war die UN-Weltfrauenkonferenz in Peking im Jahr 2000, die das erste Mal international darauf aufmerksam gemacht hat, dass Zwangsheirat eine Menschenrechtsverletzung darstellt und diese Form der Gewalt gegen Frauen zu verurteilen ist.

Wir haben insbesondere die Pflicht, junge Migrantinnen vor diesem Schicksal zu schützen. Zwangsheirat ist eine strafbare Nötigung. Schon die rot-grüne Bundesregierung hat das Nötige dazu getan, um diesen Straftatbestand zu verschärfen. Das ist in der letzten Legislaturperiode erfolgt. Im Moment wird – auch aufgrund der Initiative aus Baden-Württemberg, die ausdrücklich zu loben ist – geprüft, ob ein entsprechender besonderer Tatbestand in das Strafbuch aufgenommen werden kann.

Sie wissen, dass dazu Anhörungen durchgeführt wurden. Es laufen dazu Verhandlungen zwischen den Innen-, den Rechts- und den Frauenpolitikerinnen. Ich würde mich freuen, wenn wir aus Baden-Württemberg fraktionsübergreifend die notwendigen Signale in unsere Fraktionen im Bundestag schicken, dass wir eine solche ergänzende, verstärkende Regelung in der Bundesgesetzgebung für notwendig halten. Es freut mich, wenn wir dieses Signal heute in großer Gemeinsamkeit in Richtung Berlin schicken.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir uns die Empfehlungen der Fachkommission Zwangsheirat anschauen, dann erkennen wir, dass in diesem Bericht sehr deutlich wird, dass das Strafrecht allein nicht ausreicht. Da kommt dann die besondere Handlungsverantwortung des Landes zur Geltung, nämlich dort, wo es um die Hilfs- und Beratungsangebote geht.

Der Bericht der Fachkommission benennt die formaljuristische Verbesserung als den ersten Schritt, dieser Menschenrechtsverletzung zu begegnen. Anschließend müssen sich jedoch eine verstärkte Aufklärung über Rechte der jungen Migrantinnen und Migranten – es handelt sich zum Teil auch um ein Problem junger Männer – sowie entsprechende Hilfsangebote. Denn wer sein Recht nicht kennt, kann es auch nicht durchsetzen.

Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass es in der Fläche des Landes Beratungs- und Hilfsangebote gibt und dass das Kooperationskonzept, das im Bereich des Menschenhandels ausgestaltet wurde, auch im Bereich der Zwangsheirat entsprechend ausgestaltet wird. Das heißt, die Tätigkeit unterschiedlicher Behörden, Organisationen, Beratungsstellen, Lehrkräfte muss koordiniert und miteinander vernetzt werden.

Wir wissen, dass die Strukturen und Hilfsmöglichkeiten regional bisher sehr unterschiedlich ausgestaltet sind. Deshalb fordert die Fachkommission Zwangsheirat zu Recht eine zentrale Koordinierungsstelle zum Thema Zwangsheirat und eine besondere Telefonnummer, unter der nachgefragt werden kann, welche Hilfsangebote wo zur Verfügung stehen.

Die Maßnahmen, die Frau Kollegin Lösch und zum Teil auch Herr Kollege Schüle skizziert haben, halten auch wir für die richtigen. Ich sage Ihnen für die SPD-Fraktion zu: Unsere Innenpolitiker, unsere Rechtspolitiker und auch unsere Frauenpolitiker werden alles tun, um dafür zu sorgen, dass die rechtliche Seite weiter präzisiert und weiterentwickelt wird. Aber um in Berlin auch einen nachhaltigen Eindruck zu erzeugen, ist es erforderlich, dass Sie es nicht auf die lange Bank schieben, das koordinierte Paket an Maßnahmen vorzulegen, das Sie im März als Konsequenz aus diesem Bericht der Experten angekündigt haben. Vielmehr muss deutlich werden, dass in der gleichen Konsequenz auch Baden-Württemberg seine Hausaufgaben macht. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn wir auch im Doppelhaushalt feststellen könnten, dass im Bereich der Hilfeinrichtungen, nämlich der Frauenhäuser, nicht wie in den letzten Jahren immer mehr gekürzt wird, sondern auch dort entsprechende Zeichen gesetzt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Tun wir in Richtung Berlin das Notwendige, aber machen wir vor allem in unserem ureigenen Gestaltungsbereich, nämlich im Land, unsere Hausaufgaben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion der FDP/DVP erhält Frau Abg. Dr. Arnold das Wort.

**Abg. Dr. Birgit Arnold** FDP/DVP: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zwangsheirat: Was bedeutet das für die Betroffenen, was haben wir bisher dagegen unternommen, und was ist noch zu tun? Diesen drei Fragen will ich mich zuwenden.

Von Frau Wonnay ist zu Recht betont worden: In diesem Haus besteht ein großer Konsens, dass wir bei dem angesprochenen Thema einen immensen Handlungsbedarf haben. Denn, meine Damen und Herren, Zwangsheirat geht uns alle an. Man kann es gar nicht oft genug sagen – deshalb möchte ich es noch einmal mit allem Nachdruck betonen –: Zwangsheirat ist weit mehr als eine kulturelle, private oder religiöse Angelegenheit. Zwangsheirat ist eine Menschenrechtsverletzung und damit eindeutig rechtswidrig.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der Grünen)

Sie verletzt das Recht der Betroffenen auf eine selbstbestimmte Heirat. Sie verletzt ihre persönliche Freiheit, ihre Menschenwürde und auch ihre körperliche Unversehrtheit. Sie verstößt gegen das Grundgesetz und gegen die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte. Frau Wonnay hat es schon angesprochen: Die UNO ist sogar noch einen Schritt weiter gegangen und hat die Zwangsheirat als die moderne Form der Sklaverei bezeichnet.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Eine moderne Form!)

Meine Damen und Herren, 80 % der Frauen und Mädchen, die z. B. in einer Berliner Einrichtung Schutz vor Zwangsheirat gesucht haben, sind misshandelt oder missbraucht worden. Zwei Drittel dieser Opfer waren minderjährig. Das ist erst die Spitze eines uns in seiner Größe noch völlig unbekanntes Eisbergs. Damit erfüllen Zwangsverheiratungen oft nicht nur die Tatbestände der Nötigung, der Freiheitsberaubung, der Körperverletzung und der Vergewaltigung, sondern auch des Kindesmissbrauchs.

Die Folgen einer Zwangsheirat sind drastisch. In der Regel entsteht eine absolute Abhängigkeit vom Ehemann; es folgen Einschränkungen im Lebensstil, der Abbruch einer Ausbildung, Überwachung. Psychische und physische Gewalt sind oft an der Tagesordnung. Und das, meine Damen und Herren, passiert mitten in Deutschland, in unserer Nachbarschaft. Deshalb geht Zwangsheirat uns alle an.

Was ist bisher unternommen worden? Sie haben es dankenswerterweise schon angesprochen. Die Landesregierung ist hier sehr aktiv geworden. Ich möchte dem noch hinzufügen, dass bei diesen Aktivitäten auch die Landesvereinigung Liberale Frauen Baden-Württemberg eine große Rolle gespielt hat. Sie hat das Thema seinerzeit als Erste aufgegriffen. Dankenswerterweise haben sowohl Frau Werwigh-Hertneck als Justizministerin als auch Herr Professor Goll diese Initiative aufgegriffen. Sie kennen den weiteren Verlauf. Das mündete zum einen in eine Bundesratsinitiative der Landesregierung zur Bekämpfung der Zwangsheirat, das sogenannte Zwangsheiratsbekämpfungsgesetz, das im Februar 2006 vom Bundesrat verabschiedet worden ist, und zum anderen in die Einsetzung der schon angesprochenen Fachkommission. Die Ergebnisse der Kommission liegen

vor und werden zurzeit in den Ministerien zur Erstellung des von Ihnen völlig zu Recht geforderten Gesamtkonzepts beraten.

Ich sage es noch einmal mit großem Nachdruck: Das ist wieder einmal einzigartig in Deutschland. Baden-Württemberg ist das erste Bundesland, das sich dieser Problematik mit so viel Nachdruck stellt.

Vieles ist schon angesprochen worden. Was ist noch zu tun? Jede Menge, meine Damen und Herren. Wir brauchen eine Stärkung der Opferrechte, vor allem im Ausländer- und Sozialrecht. Die Maßnahmen, die Sie, Frau Löscher und Frau Wonnay, angesprochen haben, finden unsere volle Unterstützung. Ich denke, darauf wird Herr Professor Goll noch näher eingehen.

Wir brauchen – auch das ist richtig – einen größeren Schutz für die Opfer durch die Ausweitung der Betreuungs- und Hilfsangebote. Eine Frau, die sich einer Zwangsheirat widersetzt, „beschmutzt die Ehre der Familie“. Das bedeutet in den meisten Fällen den Verlust des gesamten sozialen und familiären Umfelds. Im schlimmsten Fall – das mussten wir schon wahrnehmen – schwebt eine solche Frau in akuter Lebensgefahr.

Wir brauchen noch viel mehr Information und Aufklärung in der Schule und in der Öffentlichkeit. Völlig zu Recht wurde darauf hingewiesen, dass gerade die Schule der Raum ist, in dem sich junge Mädchen noch am ehesten gegen dieses Vorgehen wehren können, weil sie sich hier ein Stück weit der Beobachtung und dem Druck der Familie entziehen können.

Auch ich möchte ganz herzlich darum bitten, dass wir uns dieses Problems alle gemeinsam weiter annehmen. Heute Vormittag hatten wir ein Treffen der Frauen im Landtag, wo wichtige Impulse gesetzt worden sind. Ich nehme gern auf, was Sie gesagt haben, Frau Wonnay. Meine persönliche Unterstützung sowie sicher auch die Unterstützung unserer Fraktion haben Sie, haben wir bei diesem Thema.

Arbeiten wir weiter daran mit, dass der Bundesgesetzgeber seine Hausaufgaben macht. Sorgen wir dafür, dass auch unsere Ministerien im Land noch aktiver werden. Tragen wir dazu bei, dass dieses Thema weiter auf der Tagesordnung in der Öffentlichkeit bleibt. Ich sage es noch einmal: Zwangsheirat ist ein Problem, das uns alle angeht.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Justizminister Dr. Goll das Wort.

**Justizminister Dr. Ulrich Goll:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist bei diesem ersten Thema ja bereits eine erfreuliche Einigkeit zum Ausdruck gekommen. Deswegen bedanke ich mich zunächst einmal bei allen, die vor mir geredet haben, für das, was sie gesagt haben, und für das grundsätzliche Bekenntnis zu dem Aktionsplan gegen die Zwangsheirat, den wir entworfen und entwickelt haben.

(Minister Dr. Ulrich Goll)

Zwangsheirat ist etwas, was wir nicht hinnehmen können, weder auf dem Boden der Landesverfassung noch auf dem Boden des Grundgesetzes.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Und auch nicht der Menschenwürde!)

Es ist aber etwas, was ganz offensichtlich trotzdem passiert. Wir haben – das ist in dieser Form bundesweit erstmalig geschehen – durch eine Befragung von Beratungsstellen versucht, dem Geschehen näherzukommen und in Erfahrung zu bringen, wie oft Zwangsheirat bei uns eigentlich vorkommt. Die ermittelten Zahlen geben natürlich schon Anlass zum Handeln: Von Januar bis Oktober 2005, also in einem Zeitraum von nicht einmal einem Jahr, haben in Baden-Württemberg 213 Frauen und zwei Männer um Hilfe wegen drohender oder bereits erfolgter Zwangsheirat nachgesucht. 105 Betroffene waren bereits zwangsverheiratet worden, 110 Betroffene waren von Zwangsheirat bedroht. 40 % der Betroffenen waren zum Zeitpunkt der Zwangsheirat minderjährig – das ist eine Zahl, die uns vielleicht noch beschäftigen wird. Das sind schon besorgniserregende Ergebnisse. Wir können die Tatsachen nicht ignorieren oder dulden; wir müssen handeln.

Wir haben deswegen in der Tat als erste Landesregierung eine Bundesratsinitiative ergriffen, um ins Strafgesetzbuch ganz klar hineinzuschreiben, dass wir Zwangsheirat in all ihren Formen – ob es sozusagen die „Ferienverheiratung“ ist oder ob man sich eine Braut, die oft noch minderjährig ist, aus dem Ausland holt – ausdrücklich unter Strafe stellen wollen.

Ich habe mich gefreut, dass hier, insbesondere durch Frau Wonnay, zum Ausdruck kam, dass man diese Verdeutlichung im Strafgesetzbuch für richtig hält. Wir verkennen nicht, dass schon zuvor etwas passiert ist und dass man es schon unter dem Tatbestand der Nötigung untergebracht hatte. Das war jedoch an reichlich versteckter Stelle. Wenn man – natürlich in Zusammenhang mit anderen Maßnahmen – ein deutliches Signal setzen will, dann muss man dies ganz dick ins Strafgesetzbuch hineinschreiben. Ebendiesen Vorschlag haben wir, wie gesagt, gemacht.

Ich habe mich anschließend gefreut, dass der Bundesrat dem Gesetzentwurf mit großer Mehrheit zugestimmt hat und dass dieses Thema dann auch Eingang in die Koalitionsvereinbarung in Berlin gefunden hat. Da steht es im rechtspolitischen Teil ganz am Anfang. Ich kann mir an dieser Stelle trotz des ernststen Themas allerdings die Bemerkung nicht verkneifen, dass es nicht einer gewissen Ironie entbehrt, dass die Große Koalition in Berlin als ersten Punkt für die Umsetzung und als wichtiges Ziel das Thema Zwangsheirat nennt. Vielleicht erinnert sie dieses Thema ein bisschen an ihre eigene Lage.

(Heiterkeit – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das ist aber nicht strafbar!)

– Es ist nicht strafbar; da haben Sie recht, Herr Kollege.

Dabei ist klar, dass das Strafrecht nur ein Aspekt der Angelegenheit sein kann; das muss man deutlich sagen. Wir wollen sozusagen die rote Linie da ziehen, wo die Strafbarkeit beginnt, damit auch ein Umdenken in den Köpfen stattfin-

den kann. Aber wir sagen ganz klar: Daneben sind natürlich Maßnahmen der sozialen Betreuung, der Prävention, der Sensibilisierung und der Information notwendig.

Ebendas war der Grund, weshalb der Ministerrat im September 2004 neben dem Gesetzesvorschlag zur Zwangsheirat auch die Einsetzung der Fachkommission Zwangsheirat beschlossen hat. Man hat gesehen, dass das Strafrecht allein nicht ausreicht, und hat dann mit der Fachkommission Zwangsheirat ein Instrument geschaffen, mithilfe dessen man zunächst einmal feststellen kann: Welche Erscheinungsformen gibt es, und welche Erkenntnisse und Erfahrungen haben wir auf diesem Gebiet? Gerade mit der Fachkommission konnten wir natürlich näher an das faktische Geschehen herankommen, um anschließend adäquate Lösungsstrategien entwickeln zu können. Außerdem hatte die Fachkommission den expliziten Auftrag, darüber nachzudenken, ob neben dem Strafrecht auch andere rechtliche Maßnahmen, insbesondere im Ausländerrecht, angezeigt sind. Auch das war ein Auftrag für die Kommission.

Mittlerweile liegt der Kommissionsbericht vor, und wir haben ihn der Öffentlichkeit vorgestellt. Viele von Ihnen haben ihn gelesen. Er wurde im März 2006 im Ministerrat erörtert. Wir haben ihn dann an die fachlich zuständigen Ressorts mit Frist zum 1. Dezember gegeben mit der Bitte, zu beurteilen, welche der von der Kommission vorgeschlagenen, unstreitigen Handlungsempfehlungen geeignet und erfolgversprechend sind und was im jeweiligen Zuständigkeitsbereich umgesetzt werden kann.

Die Rückmeldungen der Ressorts werden jetzt in einem Maßnahmenkonzept zusammengefasst. Wir werden dieses Konzept im ersten Vierteljahr des kommenden Jahres vorlegen. Das eine oder andere davon zeichnet sich natürlich schon ab. Über den einen oder anderen Punkt wird man noch intern miteinander reden müssen – was ich allerdings für einen normalen Vorgang halte.

Gleichzeitig haben wir schon mit der Umsetzung von Handlungsempfehlungen begonnen, vor allem im Bereich der Aufklärung an Schulen. Wir haben das Thema Zwangsheirat Ende November auf den Server für schulische Arbeit mit Medien (SESAM) für Lehrkräfte freigeschaltet. Das ist ein wichtiger Weg, um an die Lehrerschaft heranzukommen. Für uns ist die Schule ein sehr wichtiger Ort, wo wir potenzielle Opfer erreichen können. Manchmal hat man übrigens den Eindruck, dass Schulen auch der einzige Ort sind, wo sich potenzielle Opfer sicher fühlen können, wo sie auch einmal aus sich herausgehen können, wo man mit ihnen ins Gespräch kommt.

Wir werden sicher trotz der bekannt schwierigen Haushaltslage versuchen, auch andere Empfehlungen möglichst bald umzusetzen. Das sind Dinge, die zum Teil nicht so viel Geld kosten. Wir werden eine mehrsprachige Internetseite entwickeln, auf der Hilfesuchende Rat und Kontaktadressen finden werden. Frau Lösch hat zu Recht angesprochen, dass es wichtig ist, dass jede Betroffene schnell einen Ansprechpartner findet. Dafür brauchen wir natürlich Partner: Religionsvertreter, Elternvertreter, Migrantenorganisationen. Wir sind in Kontakt mit den entsprechenden Personen und Einrichtungen und werden das Thema Zwangsheirat auch zu einem wichtigen Bestandteil der künftigen Zusammenarbeit

(Minister Dr. Ulrich Goll)

in unseren Integrationsprogrammen machen. Im Zusammenhang mit Integration – davon wird ja heute noch die Rede sein – haben wir ein vielfältiges Netzwerk, und dieses Netzwerk soll auch zur Bewusstmachung dieses Unrechts und zur Bekämpfung der Zwangsheirat eingesetzt werden.

Einzelne Empfehlungen der Fachkommission zu Änderungen im Ausländerrecht, z. B. die Anhebung des Ehegattennachzugsalters auf 18 Jahre und der Nachweis von Deutschkenntnissen, wurden schon im Rahmen der Beratungen zur nächsten Änderung des Aufenthaltsgesetzes auf Bundesebene aufgegriffen und von uns natürlich unterstützt. Dieser Punkt wird schon bei der Novellierung des Aufenthaltsgesetzes berücksichtigt.

Die Fachkommission hat auch ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für Zwangsheiratopfer empfohlen, also eine Verbesserung – ich drücke es einmal so aus, ohne in Details zu gehen – des eigenständigen Aufenthaltsrechts. Auch darüber sind wir mit dem Innenministerium wie beim ersten Punkt völlig einig.

Dann gibt es den einen oder anderen Punkt, bei dem wir auch intern noch Abstimmungsbedarf haben, bis das Maßnahmenkonzept fertig ist. Das sind die Punkte, die die Fachkommission zur Verlängerung des Aufenthaltstitels gefordert hat. Er soll länger erhalten bleiben, bis er erlischt. Das jetzige halbe Jahr ist reichlich kurz. Wenn jemand ein Mädchen ins Ausland verschleppt, erlischt das Aufenthaltsrecht unter Umständen innerhalb eines halben Jahres. Diese Frist ist sehr kurz. Die Fachkommission hat eine Verlängerung auf drei Jahre vorgeschlagen. Man muss überlegen, wie man dafür eine gemeinsame Lösung findet, um die Stellung der Frau auch in diesem Bereich zu verbessern, auch beim Recht der Wiederkehr.

Generell muss man aber sagen: Wir sind mit unserem Gesetzentwurf schon sehr weit gegangen. Das bitte ich anzuerkennen. Wir haben beispielsweise alle Auslandsstaaten einbezogen. Wir haben gesagt: Es ist uns nicht egal, wenn die Zwangsheirat im Ausland passiert. Natürlich können wir nur etwas machen, wenn die Täter wieder hier sind. Wenn sie im Ausland bleiben, wird es schwieriger. Aber wir sind schon sehr weit gegangen. Ich bin sicher, dass wir auch im Ausländerrecht auf jeden Fall Veränderungen erreichen werden, auch in Berlin, gerade beim eigenständigen Aufenthaltsrecht. Im Übrigen – dafür bitte ich um Verständnis – ist unser Maßnahmenkonzept, sind unsere Vorschläge noch nicht fertig, können noch nicht fertig sein, weil wir im Moment noch über die einzelnen Rückläufe mit den Kolleginnen und Kollegen in den anderen Häusern Kontakt haben. Darum kann ich das Ende nicht an dieser Stelle schon vorwegnehmen.

Auf jeden Fall darf ich noch einmal festhalten: Wir waren und sind die erste Landesregierung, die mit dem Gesetzentwurf, mit der Fachkommission und jetzt dem Maßnahmenprogramm in dieser Entschiedenheit gegen das Phänomen Zwangsheirat vorgegangen ist und vorgehen wird. Ich freue mich, dass dieses Vorgehen eine so breite Unterstützung in diesem Haus findet, und bedanke mich dafür.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜNE erhält Frau Abg. Lösch das Wort.

**Abg. Brigitte Lösch GRÜNE:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin froh, dass das Thema Zwangsheirat von allen als wichtiges Problemfeld erkannt worden ist und dass auch über alle Fraktionsgrenzen hinweg über die Verbesserung von Opferschutz und Opferrecht nachgedacht wird. Aber Nachdenken allein – das möchte ich einfach noch einmal sagen – reicht nicht aus, und die Erstellung von Handlungsempfehlungen allein reicht auch nicht aus. Da hätte ich es einfach gern ein wenig konkreter.

Kollege Schüle sagt zwar: Es gibt keine Zeit zu verlieren. Aber, Herr Kollege Schüle, Sie haben nichts dazu gesagt, wie Sie zur Verlängerung des Rechts zur Rückkehr nach Deutschland stehen, ob die CDU bereit ist, die Verlängerung von sechs Monaten auf drei Jahre mitzutragen, und Sie haben auch nichts über das eigenständige Aufenthaltsrecht gesagt.

Kollegin Wonnay hat eine interfraktionelle Initiative zum Thema „Änderungen im Strafrecht“ angesprochen. Ich würde gern weiter gehen. Ich will nicht nur eine interfraktionelle Initiative zur Änderung im Bereich des Strafrechts, sondern auch im Bereich des Aufenthaltsrechts und des Zivilrechts. Wenn wir eine gemeinsame Initiative zu Änderungen im Strafrecht, Ausländerrecht und Zivilrecht hinbekämen, bekäme Baden-Württemberg ein starkes Gewicht. Ich bin gespannt, ob wir das hinbekommen. Ich bin gern bereit, daran konstruktiv mitzuarbeiten, und beziehe mich dabei auf die Handlungsempfehlungen der Fachkommission. Das ist das eine.

Das andere ist: Was kann man auf Landesebene tun? Eine Bundesratsinitiative zu starten ist okay, aber es besteht auch großer Handlungsbedarf auf Landesebene. Für mich sind die folgenden drei Punkte wichtig: Aufbau einer fachspezifischen Beratungsstelle, Zufluchtsmöglichkeiten und Schutzeinrichtungen für junge Frauen sowie Aufbau einer Koordinierungsstelle. Ich glaube, dies ist der Bereich, den man am unkompliziertesten und am schnellsten umsetzen könnte. Wir brauchen eine Koordinierungsstelle, weil die Organisationen langfristig damit überfordert sind, diese Treffen einzuberufen. Es gibt einen Koordinationsbedarf, und daher wäre meine große Bitte an das Justizministerium, das Justizministerium möge als verantwortliches Fachressort diese Koordinierungsarbeit leisten, um diesen Diskussionsprozess zur Umsetzung zu leiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Antrag hat einen Beschlussteil. In Anbetracht der Diskussion und der großen verbalen Übereinstimmung werde ich darauf verzichten, über diesen Beschlussteil heute hier abstimmen zu lassen. Ich werde unseren Antrag an den Ausschuss überweisen lassen mit der Bitte und auch mit der Hoffnung,

(Zuruf von der CDU: Das ist sinnvoll!)

dass wir ein gemeinsames Vorgehen zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen erreichen, und zwar nicht zum Sankt-Nimmerleins-Tag, sondern, wie es der Herr Justizminister angekündigt hat,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Guter Mann!)

(Brigitte Lösch)

im ersten Quartal 2007. Ich habe Ihre Worte in meinen Ohren.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Und im Herzen!)

– Nein, im Herzen noch nicht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Dort soll es bleiben!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Es wurde der Antrag gestellt, den gesamten Antrag mit Beschlussteil zur weiteren Beratung an den Sozialausschuss zu überweisen. – Es gibt keine Gegenstimmen. Somit ist es beschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Ich berufe den Landtag für die Nachmittags-sitzung auf 13:30 Uhr wieder in den Plenarsaal ein.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:19 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 13:30 Uhr)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Ich eröffne die Nachmittags-sitzung.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

#### **Fragestunde – Drucksache 14/576**

Wir kommen zunächst zur Mündlichen Anfrage unter Ziffer 1:

Mündliche Anfrage des Abg. Ernst Behringer CDU – Zukunft der Landespolizeidirektionen und der Polizeidirektionen im Land

Herr Abg. Behringer, ich darf Sie bitten, Ihre Mündliche Anfrage an die Regierung zu richten.

**Abg. Ernst Behringer** CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Wie bewertet die Landesregierung die in einem Pressebericht in der „Heilbronner Stimme“ vom 28. Oktober 2006 erhobene Forderung, die Landespolizeidirektionen als „künstliche Zwischenstellen“ aufzulösen und die Polizeidirektionen zu Einheiten mit mindestens 1 000 Beschäftigten zusammenzulegen?
- b) Gibt es bereits entsprechende Erwägungen der Landesregierung?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Das Wort zur Beantwortung der Fragen erhält der Herr Innenminister.

**Innenminister Heribert Rech:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung darf ich die Fragen des Kollegen Behringer wie folgt beantworten, und zwar zusammengefasst zu a und b:

Mit der zum 1. Januar 2005 realisierten Verwaltungsstrukturreform wurden im Bereich der Polizei zahlreiche organisatorische Veränderungen im Hinblick auf die Landespoli-

zeidirektionen vorgenommen. Die bisher eigenständigen Landespolizeidirektionen wurden in die Regierungspräsidien als neue Abteilung VI – Landespolizeidirektion – integriert. Die ehemalige Landespolizeidirektion Stuttgart II, zuständig für den Bereich der Landeshauptstadt, wurde in ein Polizeipräsidium Stuttgart umgewandelt und dem Innenministerium unmittelbar nachgeordnet.

Mit der Integration der Landespolizeidirektionen in die Regierungspräsidien wurde gleichzeitig deren Aufbauorganisation durch verschiedene Maßnahmen weiter optimiert. So wurden beispielsweise die Stabsreferate und die Führungs- und Lagezentren personell gestrafft. Die Aufgabenwahrnehmung der Kriminaltechnischen Untersuchungsstelle wurde im Verbund mit dem Kriminaltechnischen Institut des Landeskriminalamts verbessert.

Des Weiteren wurden die gemeinsamen Finanzermittlungsgruppen Polizei und Zoll bei den Landespolizeidirektionen Karlsruhe und Freiburg aufgelöst, und beim Landeskriminalamt wurde eine zentrale Finanzermittlungseinheit als landesweit zuständige Stelle zur Vorklärung und Sachbearbeitung von Geldwäschdelikten und zur Durchführung verfahrensunabhängiger Finanzermittlungen eingerichtet.

Als neue Aufgabe haben die Landespolizeidirektionen im Zuge der Auflösung der bisher auf der Ebene der Regierungsbezirke bestehenden drei Autobahnpolizeidirektionen die kreisübergreifende Koordinierung und Steuerung der Aufgaben der Autobahnpolizei übernommen. Zudem wurde der Landespolizeidirektion im Regierungspräsidium Karlsruhe im Rahmen der Auflösung der Wasserschutzpolizeidirektion die landesweite Fachaufsicht über die Wasserschutzpolizei und die überregionale Koordinierung und Steuerung der wasserschutzpolizeilichen Aufgabenwahrnehmung übertragen.

In diesem Zusammenhang möchte ich anmerken, dass ich die Landespolizeidirektionen keineswegs als „künstliche Zwischenstellen“ in der Struktur der Landespolizei ansehe. Die Landespolizei mit den Landespolizeidirektionen in den vier Regierungspräsidien und den insgesamt 37 Polizeipräsidien und Polizeidirektionen auf Kreisebene ist mit knapp 21 700 Stellen für Polizeivollzugsbeamte und weiteren rund 3 900 Stellen für Verwaltungsbeamte und Tarifbeschäftigte für die unmittelbare Betreuung der Bevölkerung in allen polizeirelevanten Sicherheitsfragen zuständig.

Baden-Württemberg ist ein großes Bundesland mit knapp 36 000 km<sup>2</sup> Fläche und über 10,7 Millionen Einwohnern. Die polizeilichen Strukturen müssen diesen Rahmenbedingungen gerecht werden. Die Landespolizeidirektionen in den Regierungspräsidien leisten im Rahmen ihrer Koordinations- und Steuerungsfunktion einen sehr wertvollen Beitrag zur landeseinheitlichen strategischen und operativen Ausrichtung der Polizei und in Fragen der personellen und sächlichen Ausstattung der Polizeidienststellen. Darüber hinaus unterstützen sie die Polizeipräsidien und Polizeidirektionen in deren täglicher Aufgabenwahrnehmung.

Für mich stellt sich aktuell die Frage einer Auflösung der Landespolizeidirektionen nicht. Wir werden und wir müssen im Jahr 2007 vorrangig die Evaluation der Verwaltungsreform angehen, nicht mehr und nicht weniger. Dies

(Minister Heribert Rech)

wird eine große Aufgabe sein, die uns alle fordert. Deswegen will ich es dabei belassen, noch einmal zu betonen: Für mich stellt sich aktuell die Frage einer Auflösung der Landespolizeidirektionen nicht.

(Abg. Ernst Behringer CDU: Danke schön!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Keine Zusatzfrage, Herr Abgeordneter?

(Abg. Ernst Behringer CDU: Danke, nein!)

– Dann ist diese Mündliche Anfrage erledigt.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 2 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Martin Rivoir SPD – Sperrung der B 10/B 28 im Stadtgebiet Ulm für Lkw über 12 t

Herr Abg. Rivoir, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Mündlichen Anfrage.

**Abg. Martin Rivoir** SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Welche Gründe sprechen dagegen, die B 10/B 28 im Stadtgebiet Ulm für den Durchgangsverkehr für Lkw über 12 t Gesamtgewicht, ähnlich wie im Großraum Stuttgart bereits umgesetzt, zu sperren?
- b) Trifft es zu, dass zwar westlich und östlich dieser Durchgangsstraße eine Umweltzone zur Feinstaubbekämpfung ausgewiesen werden soll, mitten durch diese Umweltzone aber, auf der B 10/B 28, weiterhin ungehindert Schwerlastverkehr fahren darf?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Staatssekretär Köberle.

**Staatssekretär Rudolf Köberle:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ihre Mündliche Anfrage, lieber Kollege Rivoir, beantworte ich wie folgt:

Zu a: Fahrverbote für den Lkw-Durchgangsverkehr ab 12 t zulässiges Gesamtgewicht können angeordnet werden, wenn durch Mautausweichverkehr erhebliche – ich betone: erhebliche – Auswirkungen auf die Verkehrsverhältnisse vorliegen. Auf dem Streckenabschnitt B 10/B 28 zwischen der Anschlussstelle Ulm-West (A 8) und dem Hittistetter Dreieck (A 7) wurde nach der Einführung der Lkw-Maut auf den Bundesautobahnen kein erheblicher Mautausweichverkehr festgestellt. Auf diesem Streckenabschnitt wurde ein mautbedingter Lkw-Zuwachs von weniger als 50 Lkw über 12 t zulässiges Gesamtgewicht pro Tag ermittelt.

Erhebliche Auswirkungen von durch Mautausweichverkehr veränderten Verkehrsverhältnissen liegen nach der neuen Rechtslage, nämlich nach der 15. Verordnung zur Änderung der Straßenverkehrsordnung und dem Einführungsbeschluss des Innenministeriums, dann vor, wenn die Ergebnisse der Modellberechnung des Bundes, die in einer Karte farblich dargestellt veröffentlicht sind, Strecken mit einem Zuwachs von mehr als 150 Lkw ab 12 t zulässigem Gesamtgewicht pro Tag ausweisen.

Alternativ können die erheblichen Auswirkungen durch eine punktuelle Betrachtung anhand der vom Ministerium veröffentlichten Ergebnisse der Auswertung automatischer oder manueller Zählstellen nachgewiesen werden, wenn der Lkw-Anteil um mehr als zwei Prozentpunkte angewachsen ist und der durchschnittliche tägliche Verkehr mehr als 10 000 Fahrzeuge beträgt. Diese Voraussetzungen sind auch nicht erfüllt. Daher können auf diesem Streckenabschnitt B 10/B 28 keine verkehrsrechtlichen Maßnahmen ergriffen werden, die mit der Beseitigung oder Milderung der Auswirkungen der durch den Mautausweichverkehr veränderten Verkehrsverhältnisse begründet sind.

Übrigens haben wir in der Antwort auf eine Kleine Anfrage von Ihrer Seite im Sommer dieses Jahres den Sachverhalt ausführlich dargestellt.

Zum zweiten Teil Ihrer Frage: Der vom Regierungspräsidium Tübingen erarbeitete Entwurf des Luftreinhalteplans der Stadt Ulm enthält zahlreiche Maßnahmen, unter anderem eine ursprünglich von der Stadt Ulm in Abstimmung mit der Stadt Neu-Ulm vorgeschlagene Umweltzone, die die B 10/B 28 ausspart. Im Anschluss an die öffentliche Auslegung dieses Entwurfs werden die einzelnen Maßnahmen unter Berücksichtigung aller eingegangenen Bedenken und Anregungen fachtechnisch geprüft.

Bei der Abwägung von verkehrsbeschränkenden Maßnahmen, die die B 10/B 28 im Stadtgebiet Ulm betreffen, sind eine Vielzahl von Aspekten zu berücksichtigen. Gegen eine Sperrung spricht unter anderem die große Bedeutung der B 10/B 28 auch im Zusammenhang mit den Verkehrsbeziehungen zur B 311 und zur B 30.

Der Fachbereichsausschuss Stadtentwicklung, Bau und Umwelt des Gemeinderats der Stadt Ulm hat in seiner Sitzung am 24. Oktober 2006 dem Entwurf des Luftreinhalte- und Aktionsplans nur mit der Maßgabe zugestimmt, dass die Umweltzone auf die westlichen Stadtteile Ulms einschließlich der B 10/B 28 ausgedehnt wird.

Das Regierungspräsidium Tübingen prüft derzeit eine mögliche Umsetzung und deren mögliche Konsequenzen. Die hierzu erforderlichen Abstimmungsprozesse sind komplex, da zum Beispiel sowohl für Ulm als auch auf bayerischer Seite für Neu-Ulm Luftreinhalte- und Aktionspläne erarbeitet werden und gerade verkehrsbeschränkende Maßnahmen einer engen Abstimmung bedürfen.

Die Ulmer Wirtschaft, vor allem vertreten durch die IHK Ulm, lehnt im Gegensatz zur Beschlussfassung des Fachbereichsausschusses verkehrsbeschränkende Maßnahmen weitgehend ab.

Ich finde es richtig, dass Sie in Ihrer Fragestellung eine Zweiteilung vorgenommen haben. Das eine ist die Frage nach dem Mautausweichverkehr und den Reaktionsmöglichkeiten darauf. Das andere ist eine umweltpolitische Frage, die sich momentan – wie dargestellt – mitten in der Prüfung befindet.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Es liegen keine Zusatzfragen vor. Vielen Dank, Herr Staatssekretär.

Diese Mündliche Anfrage ist erledigt.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 3 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD – Dem Land Baden-Württemberg entstandene Kosten bei dem Besuch von NATO-Generälen in Freiburg und in der Region sowie angefallene Mehrarbeitsstunden

Bitte, Herr Abg. Haas.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Gustav gegen den Rest der Welt!)

**Abg. Gustav-Adolf Haas** SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Wurden die vom Innenministerium in der Landtagsdrucksache 14/518 angeführten Personal- und Sachkosten in Höhe von 119 430 €, die bei dem Polizeieinsatz bei dem Besuch von fünf NATO-Generälen in Freiburg und in der Region entstanden sind, dem Bundesminister für Verteidigung zwischenzeitlich mit der Bitte um Erstattung in Rechnung gestellt?
- b) Wie hoch war der Anteil der Mehrarbeitsstunden für Polizeibeamte des Landes Baden-Württemberg bei diesem Einsatz, und wie werden diese Stunden vergütet?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Das Wort erhält Herr Innenminister Rech.

**Innenminister Heribert Rech:** Herr Präsident, meine Damen und Herren Kollegen! Namens der Landesregierung beantworte ich die Anfrage des Kollegen Haas wie folgt:

Zu a: Die angeführten Personal- und Sachkosten in Höhe von 119 430 € wurden dem Bundesminister für Verteidigung nicht in Rechnung gestellt. Die Polizei wurde im Rahmen ihrer öffentlichen Aufgabe der Gefahrenabwehr tätig. Eine Kostentragungspflicht des Bundes für den Polizeieinsatz besteht deshalb nicht.

Zu b: Die Polizeibeamten des Landes haben während dieses Einsatzes von Freitag, dem 27. Oktober bis Sonntag, dem 29. Oktober 2006 insgesamt 1 400 Mehrarbeitsstunden geleistet, wobei die Einsatzzeiten am Wochenende ausschließlich Mehrarbeitsstunden waren. Die geleisteten Mehrarbeitsstunden werden im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten durch Freizeit ausgeglichen.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Zusatzfrage? – Herr Abg. Haas, bitte.

**Abg. Gustav-Adolf Haas** SPD: Herr Minister, hat es noch mehrere solcher Städtetourismusveranstaltungen der Generalität in Baden-Württemberg im Jahr 2006 gegeben?

(Heiterkeit bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Haben Sie etwas gegen Generäle?)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Innenminister.

**Innenminister Heribert Rech:** Ob es mehrere Veranstaltungen der Generalität gegeben hat, weiß ich nicht. Aber bestimmt hat es keine mit städtetouristischem Charakter gegeben.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr gut! Friedensfördernd!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Keine Zusatzfragen. Vielen Dank, Herr Innenminister.

Die Mündliche Anfrage unter Ziffer 3 ist damit beendet.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 4 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP – Datenübermittlung im SWIFT-Verfahren in die USA

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Was es nicht alles gibt! – Gegenruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Vielleicht sind Sie selbst betroffen! Also genau zuhören!)

Bitte, Herr Abg. Kluck.

**Abg. Hagen Kluck** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Welche Schritte hat die Landesregierung nach Beschluss der obersten Aufsichtsbehörden für den Datenschutz im nicht öffentlichen Bereich vom 8./9. November 2006 in die Wege geleitet, damit durch die im Land ansässigen Banken entweder eine Übermittlung von Daten in die USA unterbunden werden kann oder aber zumindest die übermittelten Datensätze hinreichend gesichert werden, damit der bislang mögliche Zugriff der US-amerikanischen Sicherheitsbehörden künftig ausgeschlossen ist?
- b) Ist sichergestellt, dass die im Land ansässigen Banken gemäß § 4 Abs. 3 des Bundesdatenschutzgesetzes ihre Kundinnen und Kunden darüber informieren, dass im Falle der Weiterleitung von grenzüberschreitenden Zahlungsaufträgen die Datensätze auch an ein in den USA ansässiges SWIFT Operating Center übermittelt werden?

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Gute Frage! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Schön ausgedrückt! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Und was heißt das auf Deutsch?)

– Frag doch die Regierung.

(Vereinzelt Heiterkeit)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Das Wort zur Beantwortung erhält Herr Staatssekretär Köberle.

**Staatssekretär Rudolf Köberle:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ihre Mündliche Anfrage, Herr Kollege Kluck, beantworte ich im Namen der Landesregierung wie folgt:

Zu a: Der über den Zentralen Kreditausschuss und die Bankenverbände an die Banken verteilte oder noch zu verteilende einstimmig gefasste Beschluss der obersten Auf-

(Staatssekretär Rudolf Köberle)

sichtsbehörden für den Datenschutz im nicht öffentlichen Bereich sieht vor, dass die Banken selbst unverzüglich Maßnahmen zur Beseitigung des derzeitigen rechtswidrigen Zustands vorschlagen. Die deutschen Banken sind aus Gründen des Wettbewerbs an einer europaweit einheitlichen Lösung interessiert. Dazu könnte der mit dem vorgenannten Beschluss übereinstimmende Beschluss der sogenannten Artikel-29-Datenschutzgruppe der EU beitragen. Jetzt sind die Banken am Zug. Eine Lösung des Problems auf Landesebene scheidet deshalb aus.

Zum zweiten Teil Ihrer Frage: Es muss zunächst den Bankenverbänden bzw. Banken Gelegenheit gegeben werden, sich darüber schlüssig zu werden bzw. abzustimmen, wie die Banken ihrer Informationspflicht gegenüber ihren Kundinnen und Kunden genügen wollen. Anschließend bedarf es der Umsetzung. Die Aufsichtsbehörde für den Datenschutz im nicht öffentlichen Bereich wird sich alsbald durch Stichproben bei Banken von der Umsetzung überzeugen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Danke schön!)

– Bitte schön.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Keine Zusatzfragen.

Damit ist die Anfrage unter Ziffer 4 erledigt.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 5 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Christoph Palmer CDU – Restitutionsansprüche

Bitte, Herr Abg. Dr. Palmer.

**Abg. Dr. Christoph Palmer** CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich frage die Landesregierung:

- a) Wie bewertet sie – zumindest vorläufig – die Restitutionsansprüche auf Bilder und Kunstgegenstände in baden-württembergischen Museen?
- b) Auf welche konkreten Kunstwerke in baden-württembergischen Museen werden derzeit Eigentumsansprüche geltend gemacht, und ist mit weiteren Ansprüchen – wenn ja, welchen – zu rechnen?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Das Wort für die Landesregierung erhält Herr Staatssekretär Dr. Birk.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ist die Antwort von der FAZ gegengeprüft? – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herr Oberbürgermeister, hören Sie zu!)

**Staatssekretär Dr. Dietrich Birk:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Anfrage des Abg. Dr. Palmer wie folgt:

Restitutionsansprüche werden auf der Grundlage der Washingtoner Erklärung von 1998 und der dazu ergangenen Gemeinsamen Erklärung von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden gestellt. Bei diesen Erklärungen handelt es sich um Appelle an die Unterzeichnerstaaten,

verfolgungsbedingt entzogenes Kulturgut ehemaliger jüdischer Eigentümer an diese Eigentümer bzw. deren Nachfahren zurückzugeben.

Von den staatlichen Museen sind bisher die Staatsgalerie Stuttgart und die Staatliche Kunsthalle Karlsruhe durch Restitutionsansprüche berührt. In je einem Fall der Staatlichen Kunsthalle Karlsruhe und der Staatsgalerie Stuttgart kam es zu Rückgaben an die Erben der ursprünglichen Eigentümer. In beiden Fällen handelte es sich um eindeutige Fälle im Sinne der Washingtoner Erklärung und der Gemeinsamen Erklärung von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden, da die Gemälde aus Sammlungen stammten, die von den Nationalsozialisten beschlagnahmt wurden.

In zwei weiteren Fällen, die auch die Staatsgalerie Stuttgart betrafen, konnte auf dem Verhandlungswege ein Verbleib der Gemälde bei der Staatsgalerie erreicht werden.

Diese Herausgabeansprüche sind grundsätzlich rechtlich unproblematisch. Sie können nicht eingeklagt werden. Die Washingtoner Erklärung und auch die Gemeinsame Erklärung des Bundes, der Länder und der kommunalen Spitzenverbände stellen eine Art Selbstverpflichtung dar, die aber nur dann greift, wenn die Fallgestaltung eindeutig im Sinne dieser Erklärungen ist. Eine abschließende Entscheidung liegt im Ermessen des Landes.

Ist eine Einigung mit den Anspruchstellern nicht möglich, kann – wenn beide Seiten damit einverstanden sind – die Anrufung der Beratenden Kommission, die unter anderem durch Mitglieder wie Bundespräsident a. D. Dr. von Weizsäcker, Professorin Dr. Jutta Limbach und Professorin Dr. Rita Süssmuth besetzt ist, auf der Grundlage der entsprechenden Absprachen zwischen Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden in Betracht gezogen werden.

Die aktuellen Fälle der Staatsgalerie zeichnen sich dadurch aus, dass sie nicht von vornherein als einschlägig im Sinne der Washingtoner Erklärung und der Gemeinsamen Erklärung anzusehen sind, da nicht eindeutig gesagt werden kann, dass diese Werke verfolgungsbedingt entzogen wurden.

Die Gemälde „Die kleinen blauen Pferde“ von Franz Marc und „Barfüßerkirche in Erfurt“ von Lyonel Feininger stammen aus der Sammlung des Erfurter Schuhfabrikanten Alfred Hess. Die Provenienzrecherche ist in beiden Fällen noch nicht abgeschlossen. Die Recherchen in diesen beiden Fällen sind zeitaufwendig, da es nur sehr wenige verlässliche Unterlagen gibt.

Zur zweiten Frage: Neben den schon genannten Gemälden von Franz Marc und Lyonel Feininger ist noch ein weiterer Fall bei der Staatsgalerie Stuttgart anhängig, bei dem es um eine Skulptur von Ernst Barlach geht.

Grundsätzlich stellen wir uns darauf ein, dass mit weiteren Ansprüchen zu rechnen ist. Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst appelliert regelmäßig an die staatlichen Museen, die Inventare auf Ankäufe insbesondere aus den Jahren ab 1935 kritisch durchzusehen, um gegebenenfalls auch vonseiten der Museen aus initiativ zu werden.

(Staatssekretär Dr. Dietrich Birk)

Im Land war auch schon eine Reihe völlig unbegründeter Herausgabeverlangen internationaler Anwaltskanzleien zu verzeichnen, die rasch abgewehrt werden konnten. Es gibt inzwischen Kanzleien, die sich auf dieses Betätigungsfeld spezialisiert haben und eigenständig Provenienzrecherchen anstellen. Danach werden etwaige Erben ausfindig gemacht und deren Restitutionsansprüche gegen ein entsprechendes Honorar vertreten.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Zusatzfrage, bitte, Herr Abg. Dr. Palmer.

**Abg. Dr. Christoph Palmer** CDU: Herr Staatssekretär, herzlichen Dank für die ausführliche Beantwortung der Anfrage. Nun ist ja aus Presseberichten bekannt, dass der Bund in diesen Wochen eine einheitliche Position der Bundesrepublik Deutschland zu dieser sehr diffizilen und sensiblen Rechtsmaterie koordiniert. Sind die deutschen Länder und ist das Land Baden-Württemberg in diesen Prozess einbezogen?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Dr. Dietrich Birk:** Herr Kollege Dr. Palmer, es ist richtig, dass Herr Bundeskulturstaatsminister Neumann im Rahmen einer Auftaktveranstaltung verschiedene Direktoren von Museen, aber auch von Einrichtungen des Bundes und der Länder, u. a. der Bundeskulturstiftung und der Kulturstiftung der Länder, eingeladen hat, um diese Materie und diesen Themenkomplex aufzuarbeiten. Hintergrund und Anlass war die Herausgabe eines Gemäldes von Kirchner durch den Berliner Senat an entsprechende Anspruchsteller.

Nach diesem Treffen wurde dann eine Arbeitsgruppe eingerichtet. Die Länder sind an dieser Arbeitsgruppe bislang nicht beteiligt. Das Land Baden-Württemberg und die Landesregierung werden aber an den Bundeskulturstaatsminister herantreten in der Frage, wie die Länder mit ihrem Sachverstand und auch mit ihren Fällen in das weitere Verfahren mit eingebunden sind. Dies wird auf den Weg gebracht. Wir erwarten deshalb auch, dass die Länder in einer solchen Arbeitsgruppe adäquat beteiligt werden. Wir sind bereits jetzt über die Kulturstiftung der Länder mittelbar beteiligt. Aber es liegt natürlich auch im Interesse des Landes Baden-Württemberg, dass sich der Bund und das Land in diesen Fragen sehr schnell und sehr eng miteinander abstimmen.

(Abg. Dr. Christoph Palmer CDU: Danke schön!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Vielen Dank, Herr Staatssekretär.

Diese Mündliche Anfrage ist damit erledigt.

Wir kommen zur Mündlichen Anfrage unter Ziffer 6:

Mündliche Anfrage des Abg. Reinhold Pix GRÜNE – Umsetzung der Einsparpläne aufgrund der Kürzung der Regionalisierungsmittel bezogen auf den ländlichen Raum

Bitte, Herr Abg. Pix.

**Abg. Reinhold Pix** GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Nach welchen Gesichtspunkten sollen Einsparungen aufgrund der Kürzungen der Regionalisierungsmittel im strukturschwachen ländlichen Raum mit seinen strukturbedingt zwangsläufig niedrigen Fahrgastzahlen vorgenommen werden?
- b) Inwieweit sind nach den Plänen der Landesregierung künftig die Region Hochschwarzwald und konkret die Bahnlinien Freiburg–Donauschingen und Titisee–Seebriegg (Dreiseenbahn) von Streckenausdünnungen oder -streichungen betroffen?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erhält Herr Staatssekretär Köberle das Wort.

(Abg. Ernst Behringer CDU: Dauerredner!)

**Staatssekretär Rudolf Köberle:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Kollege Pix, Ihre Mündliche Anfrage beantworte ich im Namen der Landesregierung wie folgt:

Zu Buchstabe a: Die anstehende Angebotsreduzierung ist nicht mit den Maßnahmen aufgrund des SPNV-Controllings zu vergleichen, die zum Fahrplanwechsel im Dezember 2004 umgesetzt wurden. Damals wurden gezielt nur solche Züge abbestellt, die nur wenige Fahrgäste hatten. Deshalb betrafen die Kürzungen überwiegend den ländlichen Raum.

Die Controllingaktion bezweckte die Durchforstung des bestehenden Verkehrsangebots. Sie diente nicht in erster Linie der Einsparung von Mitteln, sondern dem effektiven Einsatz von Regionalisierungsmitteln. Übrigens hat Baden-Württemberg als einziges Land eine kritische Überprüfung des Einsatzes der Regionalisierungsmittel vorgenommen und entsprechende Konsequenzen gezogen mit der Folge, dass wir jetzt im Land weitgehend nur gut ausgelastete Züge haben, sei es im städtischen oder sei es im ländlichen Bereich.

Hier geht es in erster Linie um die Einsparung von Zuschussmitteln für den SPNV im Zusammenhang mit der bekannten Kürzung der Regionalisierungsmittel durch den Bund. Die Angebotskürzungen sind daher in erster Linie auf größtmögliche Einsparung von Ressourcen im Fahrzeugbereich und im Personalbereich bei den betroffenen Verkehrsunternehmen ausgerichtet. Die Auslastung der Züge spielt daneben eine kleinere Rolle. Die Angebotsreduzierungen stellen einen Kompromiss dar zwischen dem Wunsch der DB Regio AG, Kosten zu sparen, und den Interessen des Landes, weiterhin ein landesweit möglichst gutes Angebot zu gewährleisten.

Die DB AG hatte die Landesregierung zunächst mit Stilllegungsabsichten und Plänen für drastische Angebotskürzungen für eine Vielzahl von Strecken konfrontiert. Wir haben es aber geschafft, uns mit der Bahn auf ein einigermaßen verträgliches Kürzungskonzept zu einigen. Insbesondere werden die Kriterien des Integralen Taktfahrplans auf den betroffenen Strecken eingehalten.

Zu Buchstabe b Ihrer Mündlichen Anfrage: Eine Antwort auf Ihre Frage nach den konkreten Auswirkungen auf das

(Staatssekretär Rudolf Köberle)

Fahrplanangebot der Strecken Freiburg–Donauessingen und Titisee–Seebrugg ist gegenwärtig noch nicht möglich. Derzeit läuft die Abstimmung der notwendigen Maßnahmen zwischen der Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg und der DB Regio AG. Die Ergebnisse werden voraussichtlich Ende Januar feststehen und dann der Öffentlichkeit vorgestellt. Einen Kahlschlag – das lässt sich schon jetzt sagen – wird es auf beiden Strecken nicht geben.

Ich will diese Gelegenheit gern noch einmal wahrnehmen – ich habe es im Landtag aber schon gesagt –, um darauf hinzuweisen: Das Land Baden-Württemberg hat es seit seiner Zuständigkeit für den regionalen Schienenverkehr geschafft, das Angebot in den vergangenen zehn Jahren um 50 % aufzustocken. Jetzt, nach der Umsetzung der Kürzung der Regionalisierungsmittel, müssen wir das Angebot im Land um knapp 3 % reduzieren. Das ist also weit weg von Abbau oder Rückzug des ÖPNV aus dem ländlichen Raum.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Die Mündliche Anfrage ist damit erledigt. Vielen Dank, Herr Staatssekretär.

Somit ist Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – Lebensmittelkontrollen in Baden-Württemberg – Drucksache 14/378**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung des Antrags fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort für die SPD-Fraktion darf ich Frau Abg. Kipfer erteilen.

**Abg. Birgit Kipfer SPD:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Minister ist noch nicht anwesend. Ich bin – –

(Zurufe: Doch! – Zuruf von der CDU: Er sitzt beim Volk! – Minister Peter Hauk: Ich höre Sie!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Minister Hauk sitzt bei den Abgeordneten der CDU-Fraktion und fühlt sich dort offensichtlich wohl.

(Minister Peter Hauk zu Abg. Birgit Kipfer SPD: Ich gehe jetzt selbstverständlich zur Regierungsbank! Ich wollte Sie nur besser sehen!)

**Abg. Birgit Kipfer SPD:** Wir können uns alle noch gut daran erinnern – –

(Minister Peter Hauk begibt sich zur Regierungsbank. – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der Minister ist extra wegen Ihnen gekommen, Frau Kipfer!)

– Das ist nett von Ihnen. Ich weiß das sehr zu schätzen.

(Minister Peter Hauk: Ich wollte Sie mehr von vorn sehen, nicht nur im Profil!)

– Aber das ist besser. Setzen Sie sich hier vorn in die erste Reihe, dann kann ich Sie direkt ansprechen.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist ein grüner Minister, aber kein Grüner!)

– Das geht alles von meiner Redezeit ab.

(Zuruf von der CDU: Deswegen machen wir es ja!)

Wir alle können uns noch an den Lebensmittelskandal im Herbst 2005 erinnern. Das Stichwort „Gammelfleisch“ hat die ganze Nation in Aufregung versetzt. Es hätte fast zum Wort des Jahres gereicht. Obwohl uns immer der Eindruck vermittelt wird, in Baden-Württemberg sei alles wunderschön, waren auch wir tangiert, und es setzte eine hektische Betriebsamkeit ein, denn es wurde offenbar, dass unser Land, was die Kontrolldichte anbelangt, im Ländervergleich am unteren Ende liegt.

Qualitätssicherungssysteme und das „Schwerpunktprogramm Fleisch“ wurden aufgelegt. Die Lebensmittelüberwachung wurde intensiviert: 1 Million € wurden zusätzlich in die Lebensmittelüberwachung gesteckt. Das konnte aber nicht verhindern, dass im Herbst dieses Jahres wiederum von Gammelfleisch die Rede war.

Dann haben sich die Verbraucherschutzminister zusammengesetzt und einen Maßnahmenkatalog entwickelt, zu dem ich jetzt nichts sagen will – wenn Zeit bleibt, vielleicht in der zweiten Runde.

Wie steht es um die Kontrolldichte in Baden-Württemberg? Wir hatten in unserem Antrag gefragt, wie sich die Zahlen der durchgeführten Kontrollen bezogen auf die Gesamtheit der entsprechenden Betriebe seit dem Jahr 2004 entwickelt haben – aufgeschlüsselt nach Stadt- und Landkreisen. Gemeint war natürlich, wie viele der vorhandenen Betriebe kontrolliert worden sind. Das haben Sie aber nicht beantwortet, sondern eine kolossal stolze Liste aufgestellt, in der Sie die Zahl der Betriebe und die Zahl der Kontrollen auflisten. Nun wissen wir alle, dass nicht jeder Betrieb nur einmal pro Jahr kontrolliert wird, sondern dass es viele Betriebe gibt, die mehrfach – manche sogar täglich – kontrolliert werden, sodass diese Zahlen im Grunde nicht sehr aufschlussreich sind.

Als Beispiel nehme ich einmal die Stadt Stuttgart, die laut Auskunft der Landesregierung im Jahr 2005 bei 10 550 Betrieben 10 183 Kontrollen aufwies. Das suggeriert eine tolle Kontrollquote von über 90 %. Aber wir wissen, wie gesagt, dass das nicht zutrifft.

Die Stadt Stuttgart selbst hat in ihrer Drucksache 350 aus dem Jahr 2006 Folgendes geschrieben:

*Der Standard der Lebensmittelüberwachung in der Landeshauptstadt Stuttgart wurde im ersten Jahr nach der Verwaltungsreform gegenüber dem vom Wirtschaftskontrolldienst erreichten Standard gehalten und in einigen Bereichen leicht verbessert. Von 10 748 Betrieben*

– diese Zahl weicht schon einmal von der Zahl ab, die Sie uns nennen –

(Birgit Kipfer)

wurden 6 022 Betriebe kontrolliert (Kontrollquote von 56 %). Anzustreben wäre eine Kontrollquote von ca. 75 %, um im Bundesvergleich der Länder einen guten Mittelplatz zu belegen.

Das sagen nicht wir, sondern das sagt Bürgermeister Dr. Schairer, der von der Polizei kommt und wohl sehr viel von Lebensmittelkontrolle versteht.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Kluger Mann! – Gegenruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das gibt es auch! Würdest du gar nicht annehmen, oder?)

– Ein kluger Mann.

Das wirft die Frage auf, Herr Minister Hauk, was Sie eigentlich unter Kontrollen verstehen und wie die Kontroll-dichte in unserem Land tatsächlich ist. Was streben Sie eigentlich an? Streben Sie eine Kontrollquote von 56 % der Betriebe im Jahr an oder gar eine Quote von 75 %, wie sie Herr Bürgermeister Dr. Schairer für sinnvoll hält?

Insgesamt – das haben einige andere Stichproben von mir ergeben – stimmen Ihre Zahlen nicht. Die Zahlen in der Stellungnahme weichen von dem ab, was die Landratsämter auf die Frage antworten, wie viele Betriebe sie zu kontrollieren haben. Das wirft ein bezeichnendes Licht auf Ihre gesamte Stellungnahme und auf diese Statistik.

Aber jetzt zu einem anderen Thema, nämlich zu der Zahl der Betriebe, die ein einzelner Kontrolleur in unserem Land statistisch gesehen durchschnittlich zu kontrollieren hat. Auch das kann man ja in der Stellungnahme nachlesen. Da wird ganz deutlich, dass seit 2004 die Zahl der zu kontrollierenden Betriebe pro Kontrolleur deutlich angestiegen ist, obwohl Sie ja mehr Personal eingesetzt haben. Aber zu diesem Thema komme ich gleich noch.

In den städtischen Bereichen hat ein einzelner Kontrolleur etwa, wie im Kreis Baden-Baden, 390 oder, wie im Kreis Heilbronn, 900 Betriebe zu kontrollieren. Aber in 13 Landkreisen, meist im ländlichen Raum, hat jeder Einzelne der Kontrolleure über 1 000 Betriebe zu überwachen. Im Kreis Biberach, im Main-Tauber-Kreis und im Kreis Freudenstadt sind es sogar über 2 000 Betriebe.

Da fragt man sich schon, was für einen Maßstab Sie da eigentlich anlegen, woher diese ungleiche Verteilung kommt und welche Anzahl von Betrieben pro Kontrolleur Sie eigentlich haben wollen. Es kann ja nicht angehen, dass in unserem Land so unterschiedliche Ausgangslagen bestehen.

Hinzu kommt – das haben Sie ja selbst verkündet –, dass ab dem 1. Januar 2007 zu den insgesamt zu überwachenden 240 000 Betrieben in Baden-Württemberg noch 60 000 zusätzlich hinzukommen. Wie wollen Sie diese zusätzlichen Aufgaben bewältigen? Was ist dabei Ihr Maßstab? Ist es die Belastung für den jeweiligen Mitarbeiter, ist es die Fläche eines Landkreises, oder ist es die Anzahl der Betriebe insgesamt?

Infolge des Gammelfleischskandals 2006 wurde von der Landesregierung ein Kooperationsmodell zwischen den Landratsämtern und der Polizei organisiert. Von den ursprünglich angebotenen 76 zusätzlichen Polizeibeamten

des ehemaligen Wirtschaftskontrolldienstes wurden dann tatsächlich 61 Beamte in die Landratsämter ausgeliehen. Wo sind die eigentlich geblieben?

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das fragen wir uns auch!)

Wo ist deren Zukunft? Es war übrigens zu lesen, dass diese während der Fußballweltmeisterschaft abgezogen wurden, um ganz andere polizeiliche Aufgaben zu erledigen.

(Minister Peter Hauk CDU: Das nennt man Prioritätensetzung!)

Der Landkreistag schilderte im Juli 2006 in einem Brief an den Ministerpräsidenten die missliche Situation. Ich zitiere:

*Als Fazit ist daher festzuhalten: Das „Kooperationsmodell“ hat gezeigt, dass bei den Landratsämtern grundsätzlich ein erheblicher Bedarf an zusätzlichen Lebensmittelkontrolleuren besteht. Dies wird auch durch die Bedarfsanalyse des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum von Dezember 2005 bestätigt.*

*Die Modalitäten des „Kooperationsmodells“ sind jedoch nicht geeignet, diesem Bedarf gerecht zu werden. Daher ist ein nachhaltiges Modell mit dauerhaften Abordnungen der ehemaligen WKD-Beamten entsprechend den Regelungen des VRG erforderlich.*

*Parallel dazu bedarf es einer Verlängerung der Abordnungszeiten der bereits seit der Verwaltungsreform für die unteren Lebensmittelüberwachungsbehörden tätigen Polizeibeamten, da nur so dem bestehenden Personalbedarf langfristig Rechnung getragen werden kann.*

In den „Stuttgarter Nachrichten“ vom 5. Juli 2006 konnte man einen Artikel unter dem Titel lesen: „Hauk will mehr Lebensmittelkontrolleure“, Untertitel „Oettinger gegen zusätzliche Stellen“.

(Oh-Rufe von der SPD – Zuruf von der SPD: Hört, hört! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das geht ja drunter und drüber bei denen!)

Was ist, Herr Hauk, aus dieser Diskussion mit dem Ministerpräsidenten herausgekommen?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie werden es nachher hören!)

Ein Zitat aus Ihrer Koalitionsvereinbarung stimmt ja sehr hoffnungsvoll. Dort steht auf Seite 55 unter dem Titel „Gesundheitlicher Verbraucherschutz“ neben anderen Punkten – zwei davon will ich zitieren – zu lesen – übrigens sind Sie ja jetzt Vorsitzender der Länder-AG Gesundheitlicher Verbraucherschutz; herzlichen Glückwunsch –:

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist sinnvoll und richtig! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Auch noch! – Gegenruf des Abg. Jochen Karl Kübler CDU: So weit haben Sie es nicht gebracht, Herr Drexler! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Den Bock zum Gärtner gemacht!)

(Birgit Kipfer)

*Zur Förderung des Verbraucherschutzes werden wir dafür eintreten, dass ... die staatliche Lebensmittelkontrolle und die Lebensmittelüberwachung weiterhin eine schlagkräftige und effiziente Einheit bleibt; die Personalausstattung ergibt sich aus der Erfüllung der Aufgabe; ...*

Daraus ziehe ich den Schluss, dass Sie wesentlich mehr Lebensmittelkontrolleure einstellen müssten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Außerdem steht da als letzter Punkt, die Koalition werde dafür eintreten, dass die Maßnahmen zur Verbesserung der Tiergesundheit und Verhinderung von Tierseuchen intensiviert würden. Auch das hat wohl mehr Personal zur Folge.

Was können nun die Landkreise erwarten? Herr Minister, ich erhoffe mir darauf eine Antwort. Wenn Sie wirklich, wie Sie heute Morgen gesagt haben, dieses Land zum Gesundheitsland entwickeln wollen,

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Und Kinderland!)

müssen Sie eine stringente Politik in der Lebensmittelkontrolle machen. Wir wollen Sie darin unterstützen. Aber wenn Sie dies nicht tun, dann bleiben Sie mit diesem Anspruch unglaubwürdig.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erhält Frau Abg. Brunner.

**Abg. Elke Brunner** CDU: Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach der lebhaften Debatte heute Morgen ist doch klar geworden: Gesunde Lebensmittel sind ein Thema, das uns allen sehr am Herzen liegt. Wir alle sind Verbraucher, und wir alle haben nach den Verunsicherungen der letzten Zeit eine sachliche und faire Diskussion dieses wichtigen Themas verdient.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Jawohl!)

Denn die Menschen erwarten zu Recht von den Lebensmittelherzeugern, von den Verarbeitern und genauso vom Handel ein ausgeprägtes Qualitätsbewusstsein. Völlig zu Recht erwarten wir von allen Verantwortlichen in der Lebensmittelwirtschaft und in staatlichen Überwachungsbehörden weiterhin höchste Anstrengungen, um vor Gesundheitsgefahren und vor Täuschungen geschützt zu werden.

Ich zitiere – nicht sehr gerne – hier die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, aber manchmal hat sie recht.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was? – Abg. Claus Schmiedel SPD: Was soll denn diese überhebliche Art?)

Und sie hat recht, wenn sie sagt: „Was draufsteht, muss auch drin sein.“

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Das hat sie von mir!)

Deshalb gilt: Billige Geschäftemacherei mit dem, was wir essen und trinken, darf es nicht geben, und im Genießerland

Baden-Württemberg schon gar nicht, meine Damen und Herren.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Sehr gut! – Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Zu diesem Ziel und Zweck haben wir ein System der Lebensmittelüberwachung geschaffen. Dieses System ist gut. Aber auch hier gilt wie so oft: Nichts ist so gut, als dass es nicht noch besser werden könnte.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Wohl wahr!)

Unser System der Lebensmittelüberwachung besteht aus zwei Elementen:

(Abg. Alfred Winkler SPD: Aus Chaos und Durcheinander! – Heiterkeit bei den Grünen)

zum einen die Selbstkontrolle aller am Prozess Beteiligten vom Acker bis auf den Teller oder vom Stall bis auf den Teller. Diese Komponente ist sehr wichtig. Ich denke, niemand soll sich der Illusion hingeben, dass wir jeden, der Lebensmittel produziert, fortwährend staatlich überwachen können. Das kann kein Staat der Welt.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Das wollen wir auch nicht!)

– Richtig, Herr Kollege, das wollen wir auch gar nicht.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: So ist es!)

Was wir wollen und was wir auch haben, ist eine staatliche Lebensmittelkontrolle von höchster Kompetenz. Das sind die Untersuchungsämter mit Experten, und das sind Beamte, die vor Ort nach dem Rechten sehen und mit Maß und Ziel vorgehen

(Abg. Alfred Winkler SPD: Die haben Sie doch aufgelöst!)

– das ist doch gar nicht wahr – und die konsequent denen auf die Füße treten, die es nicht so ernst meinen mit dem Einhalten der Vorschriften. Es muss konsequent gegen Verstöße und gegen Schlamper im Lebensmittelbereich vorgegangen werden. Diese Schlamper müssen isoliert werden. Das schützt unsere Verbraucher, und das sind wir diesen auch schuldig.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Dazu braucht man genügend Personal! Sonst kann man nämlich die Schlamper gar nicht greifen! – Abg. Alfred Winkler SPD: Ab wann?)

Wenn wir uns zu Recht darüber aufregen, dass hin und wieder ein Lebensmittelskandal aufgedeckt wird, dann müssen wir uns doch auch darüber im Klaren sein, warum er aufgedeckt wird: weil wir so gute Kontrollen haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Bravo!)

Darum möchte ich Sie bitten: Beachten Sie drei wichtige Fakten, die Sie nachlesen können:

Erstens: Von allen Bundesländern hat Baden-Württemberg mit Abstand die höchste Aufklärungsquote.

(Elke Brunnemer)

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Gute Rede! –  
Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Beste Rede heute!)

Zweitens: Unsere Lebensmittelkontrolle in Baden-Württemberg hat ein beispielhaftes, risikoorientiertes Vorgehen zum gezielten Aufspüren von Missständen.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Richtig! – Glocke der Präsidentin)

Es ist klar, dass sensible Bereiche häufiger kontrolliert werden und ebenso schwarze Schafe, die schon einmal aufgefallen sind. Dazu gehört vor allem auch die Warengruppe Fleisch, Obst und Gemüse.

(Unruhe bei der SPD – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Winkler?

(Zuruf von der CDU: Nein!)

**Abg. Elke Brunnemer** CDU: Ich denke, Herr Winkler soll einmal abwarten, bis ich fertig bin und was der Herr Minister sagt. Damit lässt sich manche Frage beantworten.

(Beifall bei der CDU – Lachen und Unruhe bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig! Bravo!)

Ein Drittes möchte ich Ihnen noch mit auf den Weg geben: An der Spitze aller Bundesländer liegt Baden-Württemberg auch in Sachen Verbraucherschutz und Transparenz. Damit ist doch klar, meine Damen und Herren: Wir sind in Baden-Württemberg gut aufgestellt, und die Organisation und Durchführung ist bei unserem Verbraucherschutzminister Peter Hauk in guten Händen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Sehr gut!)

Frau Kipfer, Sie haben ihm vorhin herzlichen Glückwunsch gesagt. Ich sage auch herzlichen Glückwunsch.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Wo sie recht hat, hat sie recht!)

Peter Hauk ist ab Januar Vorsitzender der Verbraucherschutzkonferenz des Bundes und der Länder.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist gut so! – Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Das ist gut für das Land Baden-Württemberg!)

Ich denke, damit erweitert sich sein Aktionskreis. Wir werden in Baden-Württemberg weiterhin an vorderster Front sein und nach wie vor hervorragenden Verbraucherschutz leisten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erhält Herr Abg. Pix.

**Abg. Reinhold Pix** GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte gern an heute Morgen anknüpfen, als Frau Kollegin Chef gemeint hat, dass es bei allen Fraktionen unbestritten sei, dass wir inzwischen die beste Lebensmittelkontrolle bei den Landkreisen und bei unseren kreisfreien Städten angelagert haben. Das mag eine Wunschvorstellung sein, aber ich kann ihr zumindest für meine Fraktion versichern: Wir sind da gänzlich anderer Meinung.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Man kann auch anderer Meinung sein!)

Sie haben es vor zwei Jahren geschafft, eine sehr gut funktionierende Lebensmittelkontrolle, wie wir sie hier im Lande mit unserem alten, lieb gewonnenen Wirtschaftskontrolldienst vorgefunden haben, über diese Verwaltungsstrukturreform zu zerschlagen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Der war eben noch nie lieb!)

Damit haben Sie letztendlich Tür und Tor für Schlamperei und für Gammelfleisch geöffnet.

(Oh-Rufe von der CDU – Beifall bei der SPD)

Sie wissen genauso gut wie ich, und das ist auch unbestritten – das sagt zum Beispiel auch der neue Vorsitzende der Länderverbraucherministerkonferenz; das hat er auch bei seinen Kollegen am 22. September in Berlin gesagt –, dass Sie, wenn Sie heute eine funktionierende Lebensmittelkontrolle haben wollen, länderübergreifend arbeiten müssen. Dann brauchen Sie ganz neue Strukturen, über die wir noch gar nicht verfügen. Landkreise und Städte können überhaupt nicht, selbst wenn sie wollten, mit dem Personal und mit diesen Strukturen, die sie heute haben, eine funktionierende Lebensmittelkontrolle im Interesse aller Verbraucher schaffen. Sie sind deshalb wehr- und machtlos.

(Abg. Elke Brunnemer CDU: Das ist doch Ihr Konzept: Sie reden nur schlecht! Legen Sie doch ein Konzept vor und reden nicht dagegen! – Unruhe bei der CDU)

Da muss ich Ihnen, Herr Hauk, recht geben. Ich bin Ihnen übrigens sehr dankbar, und ich habe mit großer Aufmerksamkeit registriert – man muss ein bisschen mehr Ruhe schaffen –, dass Sie, Herr Hauk, zumindest Ihr Möglichstes in Berlin versucht haben,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir haben hervorragende Lebensmittel! Sie reden alles schlecht!)

bei Herrn Seehofer dafür zu sorgen, dass sein Verbraucherinformationsgesetz eben nicht so durchgeht, wie er es jetzt durchgepeitscht hat. Sie waren einer der wenigen, die probiert haben, mehr Transparenz zu schaffen. Genau diese Transparenz haben wir nicht, und das ist die Transparenz, die unsere Verbraucher sehnsüchtig erwarten. Da bitte ich doch darum –

(Glocke der Präsidentin – Zurufe von der CDU – Unruhe bei der CDU)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Bachmann?

**Abg. Reinhold Pix GRÜNE:** Da die CDU hier meine Redezeit dermaßen künstlich beeinflusst, bin ich gerade nicht in der Lage, noch mehr Redezeit abzutreten.

(Unruhe bei der CDU – Abg. Elke Brunner  
CDU: Das liegt an Ihnen!)

Ich bitte Sie darum, diese sicherlich wichtige Frage in der nächsten Runde zu stellen.

Wie Sie alle wissen, geht es der selbst ernannten Verbraucherschutzorganisation Greenpeace personell sehr schlecht. Ich kann Ihnen empfehlen, sie zu fragen, ob sie vielleicht als Unterabteilung Ihres Verbraucherschutzministeriums für Sie arbeiten will, weil sie ja viel besser arbeitet. Sie bringen ja diese Genmaisgeschichte zufällig. Während die Landesregierung hier versagt, wird von privaten Organisationen Aufklärung betrieben. Große Lebensmittelfirmen müssen sich selbst prüfen und nachschauen, ob ihre Produkte überhaupt in Ordnung sind, weil die Lebensmittelkontrolle hier versagt.

In einem Punkt ziehen wir, glaube ich, an einem Strang, und da hoffe ich auch, dass Sie, Herr Hauk, als neu gebackener, frischer Vorsitzender der Länderverbraucherministerkonferenz dafür sorgen, dass wir neue Instrumentarien in die Hand bekommen, dass wir auf Dauer eine effiziente Lebensmittelkontrolle bekommen und dass wir vor allem – das ist mir ganz wichtig – länderübergreifend arbeiten. In diesem Fall bin ich sehr für einen starken Staat. Wenn es um Lebensmittelkontrolle und Verbraucherschutz geht, bin ich sehr für einen starken Staat und setze mich gern für ihn ein.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist ja richtig!  
Aber Sie reden alles schlecht!)

– Es ist doch alles schlecht.

(Widerspruch bei der CDU und der FDP/DVP)

Schlechter kann es doch gar nicht mehr sein.

(Lebhafte Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, das Wort hat Herr Abg. Pix!

**Abg. Reinhold Pix GRÜNE:** Wenn Sie, Herr Minister, sich genauso dafür einsetzen, gehen wir gern mit Ihnen Hand in Hand, um nachhaltig und auf Dauer eine effiziente Lebensmittelkontrolle hinzubekommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Anhaltende Unruhe)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Frau Abg. Chef.

**Abg. Monika Chef FDP/DVP:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, heute ist es immer meine Aufgabe, für ein bisschen Ruhe zu sorgen.

(Zuruf von der FDP/DVP: Sehr gut!)

Der Antrag der Fraktion der SPD bezieht sich auf den Fleischskandal in Bayern. Festzustellen ist, dass wir in Baden-Württemberg mit solchen Vorkommnissen nicht konfrontiert waren.

(Abg. Ute Vogt SPD: Was? – Zuruf von der SPD:  
Das sagen Sie wider besseres Wissen!)

Im Gegenteil, der Skandal in Bayern hat seine Dimension erst dadurch erhalten, dass die Lebensmittelkontrolle in Mannheim die bayerischen Behörden entsprechend unterrichtet hat, ohne dass von dort aus etwas geschehen ist.

(Zuruf von der CDU: Aha!)

Meine Damen und Herren, wir können uns jetzt fragen, welche kriminellen Elemente es gibt, oder darüber nachdenken, ob vielleicht parteipolitischer Filz in Bayern die Grundlage dafür bietet, dass solche Skandale überhaupt möglich sind.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört! – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Abg. Monika Chef FDP/DVP:** Nein, im Moment nicht.

Ich will jetzt auch nicht näher auf den Bundeslandwirtschaftsminister Seehofer eingehen, der diese Angelegenheit offensichtlich verschlafen hat. Sein bereits im letzten Jahr vorgelegtes Zehnpunktesofortprogramm wurde nie umgesetzt. Dass die Agrarministerkonferenz am 7. September 2006 dann ein praktisch identisches Dreizehnpunkteprogramm vorgelegt hat, spricht nur dafür, dass die Bundesregierung offensichtlich auch auf diesem Feld nicht handlungsfähig ist.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Oh, das bezweifle ich!  
– Abg. Elke Brunner CDU: Das ist die Opposition in Berlin, die jetzt spricht!)

– Manchmal muss man auch die Wahrheit sagen.

(Zuruf von der SPD: Übertreiben Sie mal nicht!)

Die Frage ist, welche Konsequenzen wir aus den Erfahrungen der Bayern für Baden-Württemberg ziehen. Vorab möchte ich aber eines betonen: Dort, wo kriminelle Energien herrschen, wird auch die größtmögliche staatliche Vorsorge nicht dazu führen, dass entsprechende Straftaten verhindert werden.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Dann lassen wir es doch bleiben!)

Das gilt im Bereich der allgemeinen Straftaten ebenso wie bei Verstößen gegen die Lebensmittelgesetze.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Das ist jetzt praktisch!  
Wir lassen es einfach bleiben!)

Das Landwirtschaftsministerium hat in seiner Stellungnahme zum Antrag der SPD-Fraktion ausführlich über die getroffenen Maßnahmen berichtet. Sicherlich wird Herr Minister Hauk nachher nochmals darauf eingehen. Auffallend ist, dass die Zahl der überprüften Betriebe in den letzten

(Monika Chef)

Jahren deutlich gestiegen ist. Die Zahl der Beanstandungen hat sich in Grenzen gehalten. Die weit überwiegende Zahl der Betriebe in Baden-Württemberg hält sich also an die gesetzlichen Vorgaben.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Jawohl! Das muss man auch einmal sagen!)

Deshalb möchte ich nur feststellen: Die Lebensmittelüberwachung in Baden-Württemberg hat bewiesen, dass sie gut aufgestellt und schlagkräftig ist.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Winkler?

**Abg. Monika Chef FDP/DVP:** Nein, im Moment nicht.

(Unruhe)

Sie hat des Weiteren bewiesen, dass Kontrollen in Baden-Württemberg gut funktionieren und dass vor allem die Absicht der Verwaltungsreform, nämlich die Bündelung der Kompetenzen vor Ort, den richtigen Weg darstellt, eine effektive Verwaltung zu erhalten.

Meine Damen und Herren, die SPD verweist auf einzelne Landräte, die mehr Personal für die Lebensmittelüberwachung für erforderlich halten.

(Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Ich kann nur sagen: Es ist gerade der Vorteil der Verwaltungsreform, dass die Landräte ihr Personal so einsetzen können, wie sie es für richtig halten.

(Beifall des Abg. Michael Theurer FDP/DVP – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Sehr gut!)

Die Landräte können ihre Schwerpunkte nämlich dort setzen, wo sie es für erforderlich halten und vor allem wo sie auch die Unterstützung ihrer Kreistage haben.

Meine Damen und Herren, die Steuerung und Koordinierung der Lebensmittelüberwachung durch die Regierungspräsidien funktioniert in unserem Land.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig!)

Das möchte ich immer wieder betonen. Die Lebensmittelüberwachung in Baden-Württemberg ist sehr gut aufgestellt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Immer mehr gehen auch die Betriebe in unserem Land selbst dazu über, Qualitätsmanagementsysteme einzuführen. Dies führt vor allem zu der von Ihnen vorhin geforderten Transparenz.

Meine Damen und Herren, eines ist mir wichtig festzustellen: Wenn wir von Lebensmittelskandalen reden, dann ist die Landwirtschaft praktisch nie der Verursacher, aber fast immer der Leidtragende. Ob BSE oder Gammelfleisch, die

Landwirtschaft, speziell in Baden-Württemberg, produziert hochwertige Nahrungsmittel

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Da ist was dran!)

von bester Qualität, und zwar die konventionelle Landwirtschaft genauso wie die Biolandwirte.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Sehr gut!)

Deshalb haben wir, wie wir heute Morgen schon gehört haben, den „Feinkostladen Baden-Württemberg“.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Heute Morgen haben wir von Feinchemie geredet!)

Verbraucherschutz in der Marktwirtschaft verlangt aber auch einen mündigen und aufgeklärten Verbraucher.

Es kann nicht angehen, dass die Marktwirtschaft durch die vermeintlich gut gemeinte Überregulierung zum Schutz der Verbraucher gelähmt wird. Nur wenn die Rahmenbedingungen für beide Seiten funktionieren, kann die Volkswirtschaft in unserem Land weiterhin funktionieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erhält Herr Minister Hauk.

**Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk:** Geschätzte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das hat er zu mir nicht gesagt!)

– Lieber Herr Drexler, da dürfen ein paar Unterschiede sein.

(Heiterkeit – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Erklären Sie einmal den Unterschied zwischen „geschätzt“ und „lieb“! – Weitere Zurufe)

Ich würde auch, Herr Pix, nicht mit jedem Hand in Hand gehen, um das klar zu sagen. Auch da muss man differenzieren.

Liebe Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der heute auf der Tagesordnung stehende Antrag der SPD zur Lebensmittelkontrolle in Baden-Württemberg stellt die Bemühungen der Landesregierung um den Verbraucherschutz, liebe Frau Kipfer, infrage. Ich glaube, dazu muss man erst einmal ein paar Grundprinzipien verstehen.

(Abg. Ute Vogt SPD: Genau! – Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Viele verstehen es nicht!)

Das oberste Grundprinzip heißt: Der Staat kann nicht die Eigenverantwortlichkeit der Unternehmer ersetzen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

(Minister Peter Hauk)

Das wird nie funktionieren. Deshalb ist Verbraucherschutz und damit das Thema Lebensmittelsicherheit immer in erster Linie eine Angelegenheit der Produzenten, Aufgabe der Lebensmittelunternehmer. Das ist deren ureigenste Aufgabe, und die meisten wissen schon allein deshalb darum, weil ihnen klar ist, dass sie ansonsten am Markt erhebliche Verluste erleiden werden.

(Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Richtig!)

Liebe Kollegin Kipfer, wenn es uns gemeinsam gelänge – wenn Sie diesen Gedanken noch entsprechend transportieren würden –, den Verbraucherschutz von der Anklage wegzunehmen – dorthin schieben Sie ihn nämlich ständig, indem Sie sagen, Verbraucherschutz heiße, der Staat muss noch stärker eingreifen; und wenn etwas kritisch ist, dann heißt es, wir müssen noch stärker kontrollieren, noch intensiver kontrollieren, die Bürger noch mehr triezen, noch mehr strangulieren –, wenn Sie das einmal herausbringen und die Stärkung der Eigenkontrolle in das Kontrollsystem implementieren würden – das hätte ich als intelligente Lösung erwartet –,

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

dann wären wir in der Frage des Verbraucherschutzes auch als Qualitätsmerkmal für ein Hochlohnland wie Baden-Württemberg deutlich weiter. Denn jedem Unternehmen ist klar – und denen, denen es noch nicht klar ist, muss es klar werden –, dass der Verbraucherschutz, wenn man so will, ein Instrument der Qualitätssicherung ist, ohne das die Unternehmen bei uns gar nicht bestehen können. In einem Hochlohnland kann man mit Durchschnittsprodukten keinen Staat machen und kann sie nicht dauerhaft an den Markt bringen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Sehr gut!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Winkler?

**Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk:** Herr Kollege Winkler, bitte.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Bitte sehr, Herr Abg. Winkler.

(Abg. Georg Wacker CDU: Jetzt wird es Nacht!)

**Abg. Alfred Winkler SPD:** Herr Minister, Sie sagen zu Recht, dass gute Lebensmittel im eigenen Interesse der Betriebe sind, damit sie sich nicht schaden. Ist Ihnen bekannt, dass bei Tiefkühlwaren zwischen 2 und 5 % technisch unvermeidbares Fremdwasser zusätzlich zugegeben werden kann, ohne dass es von der Qualität beanstandet wird? Dadurch ist bei einer Gewinnmarge von manchmal unter einem Prozent eine Verfünffachung des Gewinns möglich. Halten Sie das für praktikabel?

**Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk:** Ihre mathematischen Rechnungen, lieber Kollege Winkler, kann ich nicht ganz nachvollziehen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das stimmt aber! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Der kriegt noch einen Rechenschieber! – Heiterkeit bei der SPD)

Ich würde einmal bei der Kollegin Vosschulte in anderer Funktion – –

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Minister, ich bin zuständig für Deutsch und Englisch.

(Anhaltende Heiterkeit)

**Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk:** Ich vermute, der Frau Präsidentin wird es so gehen wie mir. Man muss nicht jeden Schüler übernehmen.

(Heiterkeit)

Diese Gewinnrechnung im Verhältnis zur Zugabe kann ich nicht ganz nachvollziehen.

Lieber Kollege Winkler, ich bin kein ausgebildeter Lebensmittelkontrolleur, sondern ich habe das zu überwachen und zu organisieren. Darüber können wir uns gern in einem Fachseminar unterhalten. Das können wir mit Fachleuten diskutieren.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Ich komme noch einmal auf das Thema Lebensmittelkontrolle zurück. Lebensmittelkontrolle ist in erster Linie Aufgabe der Unternehmen. Der Staat hat sie darin zu unterstützen und zu begleiten, aber natürlich auch zu kontrollieren. Die amtliche Überwachung ist daher, wenn man so will, eine Kontrolle der Kontrolle. Das heißt, sie überwacht die Wirksamkeit dieser betrieblichen Eigenkontrollen. Nach diesem Grundsatz findet in Baden-Württemberg die Kontrolle der Lebensmittelsicherheit, aber auch für andere Bereiche wie Bedarfsgegenstände statt.

Unter diesem Aspekt, liebe Kollegin Kipfer, ist Ihre Aufzählung, wie viele Betriebe kontrolliert werden müssen etc., Augenwischerei. Eine zielorientierte Politik – das ist das, was ich an dem Kollegen Seehofer kritisiere – kann nicht heißen,

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Ich will ja nur Ihre Zielvorstellung wissen!)

dass man durch immer mehr Kontrolleure immer mehr Kontrollen durchführt. Vielmehr kann eine zielorientierte Politik nur heißen, auf ein effizienteres und besseres Managementsystem in der gesamten Lebensmittelkontrolle hinzuwirken, das zu besserer Qualität führt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Das ist der entscheidende Punkt, nicht die Frage der Kontrolle. Es ist nicht entscheidend, ob ich 60 000 oder 100 000 Proben nehme. Entscheidend ist, dass die Qualität der Produkte unterm Strich steigt.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Richtig! Ja! Und jetzt? – Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

(Minister Peter Hauk)

Das ist der Punkt. Das, lieber Kollege Winkler, ist allerdings so. Die Qualität der Produkte in Baden-Württemberg ist in der Tat besser. Auch das kann man im Bereich der Lebensmittelsicherheit schnell festlegen; ich komme noch auf ein weiteres Element zu sprechen. Also noch einmal: Wir brauchen Kontrolle der Eigenkontrolle.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Murschel?

**Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk:** Bitte.

**Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE:** Herr Hauk,

(Zuruf: Minister Hauk, bitte! – Heiterkeit)

Sie haben ja völlig recht, wenn Sie sagen, das Eigenkontrollsystem sei ein zentrales Element einer funktionierenden Lebensmittelkontrolle, auch einer Kontrolle in den landwirtschaftlichen Betrieben.

Aber ich frage Sie jetzt einmal ganz konkret: Wir haben in Baden-Württemberg dieses gesamtbetriebliche Qualitätssicherungssystem GQSBW, das von der Landesanstalt für Entwicklung der Landwirtschaft entwickelt wurde. Sie wissen, ich habe da auch einmal mitgewirkt. Deswegen muss ich schon sagen, dass das ein super System ist.

(Oh-Rufe von der CDU)

Meine Frage geht dahin – weil Sie das so sehr betonen, dass Sie ein super System haben –: Zur Fortführung dieses Systems, nämlich zur gesteigerten Variante unter Einbeziehung von Umweltgedanken,

(Zurufe: Frage!)

gibt es jetzt noch nicht einmal die Richtlinie, die es ermöglicht, dass die Betriebe im nächsten Jahr daran teilnehmen.

(Zurufe: Frage!)

Wollen Sie es – konkret die Frage – den Betrieben im nächsten Jahr ermöglichen und sie auch dabei unterstützen, dass sie in dieses erweiterte System überhaupt einsteigen können? Bisher können sie das gar nicht.

**Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk:** Lieber Kollege Murschel, wir haben in dem konkreten Fall das Ziel. Ich hoffe, dass wir es auch bei begrenzten Ressourcen in diesem Jahr erreichen können; zusagen kann ich es an dieser Stelle nicht.

(Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Sie sprechen erneut das Thema Qualitätssicherung an. Deshalb noch einmal, Kollegin Kipfer, etwas zur Zahl der Kontrollen: Der Kollege Seehofer und manche Kollegen aus den Reihen der Verbraucherschutzminister sagen, die Zahl der Kontrollen sei entscheidend. Ich will es einmal an dem Beispiel der Qualitätssicherung festmachen: Wir haben – das ist neu – seit dem 1. Januar 2005 unsere Betriebe in Baden-Württemberg in sechs Risikokategorien eingeteilt. Je

nach Risikokategorie wird entsprechend häufig und intensiv kontrolliert. Unsere Zielsetzung wäre, dass sich dort, wo eigenbetriebliche Qualitätssicherungssysteme, Zertifizierungen etc. – wie zum Beispiel ISO-Zertifizierungen, eGQSBW und dergleichen mehr – vorliegen, die Risikoeinstufung verändert und damit auch die Zahl der Kontrollen vermindert wird. Da liegen wir doch gleichauf.

(Abg. Elke Brunnemer CDU: Ja!)

Das ist die Zielsetzung. Da streiten sich aber noch die Beteiligten – das gebe ich offen zu –, da sind sich die Länder und vor allem die Beteiligten im Bund noch nicht einig, weil vielfach starre Kontrollen und die Zahl der Betriebe etc. im Vordergrund stehen.

Neben der Eigenkontrolle gibt es eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe – deswegen ist es ein Lebensmittelüberwachungssystem und ist die Betrachtung nicht nur auf die Zahl der Lebensmittelkontrolleure zu reduzieren –, die gemeinsam mit den unteren Verwaltungsbehörden gezielt Kontrollen der Eigenkontrolle und der Rückverfolgbarkeit in den Betrieben durchführt. In enger Zusammenarbeit mit der Stabsstelle Ernährungssicherheit beim Regierungspräsidium Tübingen – das ist, wenn man so will, unsere Taskforce; das ist überhaupt die einzige Stabsstelle, die es bundesweit in diesem Bereich gibt, eine mobile, schnelle Eingreiftruppe in diesem Bereich – werden die Erkenntnisse aus diesem Schwerpunktprogramm in das Qualitätsmanagementsystem übernommen. Damit wird auch eine nachhaltige Wirksamkeit sichergestellt.

Deshalb darf die Lebensmittelkontrolle in Baden-Württemberg nicht nur auf die Zahl der überprüften Betriebe und die Zahl der Lebensmittelkontrolleure reduziert werden. Vielmehr zählt zu dem System natürlich das gesamte Management, auch die EDV. Ferner zählen dazu auch die Chemischen und Veterinäruntersuchungsämter, vier an der Zahl mit rund 1 000 Beschäftigten. Im Übrigen – um das auch einmal zu sagen – gehören zwei dieser Chemischen und Veterinäruntersuchungsämter zu den europäischen Referenzlabors. So schlecht kann deren Arbeit also nicht sein.

(Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

– Auch das ist ein System der Lebensmittelkontrolle, weil andere Länder, Frau Kollegin Kipfer, sich dies gar nicht leisten. Wir wollen es uns aber leisten, weil wir technisch up to date sein wollen; darum geht es. Die Frage der Technik wird in den nächsten Jahren eine immer größere Rolle spielen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja! Wie kommt das Wasser raus? Das ist die Frage!)

Zu den Probenzahlen. Wenn Sie sich die Probenzahlen der letzten drei Jahre vor Augen führen, stellen Sie fest, dass die Probenzahlen nur geringfügig schwanken. Sie entsprechen im Wesentlichen den bisherigen und den zukünftigen Vorgaben. Deshalb versuchen wir auch, frühzeitig Untersuchungsschwerpunkte zu bilden, vor allem in kostenintensiven, aufwendigen Bereichen. Beispielsweise sind Untersuchungen auf Dioxine – das Referenzlabor befindet sich in Freiburg – und die Untersuchung auf gentechnisch veränderte Organismen sehr aufwendig und teuer. In Baden-

(Minister Peter Hauk)

Württemberg, liebe Kollegin Kipfer, haben nicht irgendwelche Dritte die Verstöße entdeckt, sondern die eigene Lebensmittelkontrolle. Das war so. Das war in Nordrhein-Westfalen anders. Baden-Württemberg hat parallel Untersuchungen durchgeführt.

(Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Als von anderen noch gar nichts in der Zeitung stand, haben wir beim Reis und in anderen Bereichen die Vorfälle entdeckt.

Das gilt genauso für andere Bereiche wie die aufwendige Untersuchung auf Bestrahlungen, Radioaktivität etc. Die Leistung Baden-Württembergs liegt dabei deutlich über dem Bundesdurchschnitt. In vielen Bereichen nehmen wir sogar Spitzenplätze mit entsprechender wissenschaftlicher Kompetenz ein.

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Im Bereich Pflanzenschutzmittelrückstände – wir haben es heute Vormittag schon angesprochen – gilt das Gleiche: Wir haben in Baden-Württemberg die höchste Aufdeckungsquote. Für die Lebensmittelkontrolle gilt Ähnliches. 30 % aller Lebensmittelkontrollen führen zu Beanstandungen. Einige Beanstandungen werden als Ordnungswidrigkeiten geahndet, bei wenigen davon kommt es sogar zur Strafverfolgung. Diese bundesweit höchste Beanstandungsquote von 30 % zeigt doch, dass wir eines richtig machen: Wir suchen dort, wo es etwas zu finden geben könnte, weil wir risikoorientiert an die Betriebe herangehen und nicht irgendwo, sage ich einmal, einen Durchschnitt herausgreifen, sondern eine Risikoeinschätzung vornehmen. Denn unsere Lebensmittelkontrolleure vor Ort kennen ihre Pappenheimer – das kommt ja noch dazu –,

(Abg. Alfred Winkler SPD: Anlasskontrollen!)

und dann gibt es neben den Stichproben auch noch Anlasskontrollen. Natürlich arbeiten wir, wie jede andere Polizei, auch mit Hinweisen aus der Bevölkerung. Das ist ganz normal. Das ist nicht nur nicht verwerflich, sondern es gehört zum täglichen Brot. Wir animieren natürlich auch die Leute, solche Hinweise zu geben.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Und was verbessert sich? Die Zahlen bleiben seit drei Jahren gleich!)

– Herr Kollege Winkler, noch einmal: Die Zahl der Beanstandungen bleibt gleich, aber die Produkte sind besser. Das ist doch der entscheidende Punkt. Wir wollen doch am Ende ein besseres Produkt in unseren Regalen haben, wenn es um Lebensmittel geht. Das ist doch das Ziel.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Deshalb sage ich noch einmal: Wir wählen die richtigen, nämlich die kritischen Betriebe aus. Unter diesem Aspekt kann man sagen: Klasse statt Masse.

Ich sage es noch einmal: Die Lebensmittelkontrolle arbeitet auch entsprechend risikoorientiert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich ist klar: Wir bleiben bei den guten Ergebnissen nicht stehen. Stutt-

gart, Kollege Föll, hat im Verhältnis zu anderen Stadt- und Landkreisen eine gute Ausstattung. Die ist bei der Verwaltungsreform so übergegangen. Warum ist das geschehen? Weil wir damals andere Parameter an die Ausstattung des WKD angelegt haben, als sie seit dem 1. Januar 2005 angelegt werden. Deshalb müssen diese Veränderungen, die zum 1. Januar 2005 in Kraft getreten sind, in die Evaluierung der Verwaltungsreform im nächsten halben Jahr bis Dreivierteljahr mit einbezogen werden.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Zwei Jahre schon?)

Denn auch ohne neuen Aufgabenzuwachs, allein schon durch die neuen Vorgaben der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift Rahmenüberwachung, hätte sich eine neue, letztendlich eine andere Verteilung ergeben.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Das haben Sie doch schon jetzt vorbereitet, oder nicht?)

– Ja, natürlich. Wir schlafen ja nicht. Natürlich bereiten wir das vor. Das ist doch logisch,

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Und wie sieht es aus?)

weil sich schon allein deshalb eine andere Verteilung ergeben hätte.

Jetzt haben wir im Verhältnis eher defizitäre Bereiche in manchen Landkreisen und eine eher bessere Ausstattung in den Städten. Wenn Herr Schairer sagt, er wolle 75 % der Betriebe kontrollieren, dann ist das okay. Ich will in jedem Jahr nur ein Drittel der Betriebe kontrollieren. Ein Drittel reicht mir. Aber diese Kontrollen sollen risikoorientiert erfolgen. Ich will das Personal gezielt für risikoorientierte Kontrollen einsetzen. Das reicht.

Wir müssen – das will ich anfügen; auch das hat sich seit dem 1. Januar 2005 geändert – bzw. sollten jeden Lebensmittelbetrieb alle drei Jahre mindestens einmal kontrollieren. Aber ich sage ganz offen: Das Risiko beim Getränkehändler um die Ecke halte ich für relativ bescheiden. Dass man da wirklich alle drei Jahre hinstiefeln muss, glaube ich nicht. Und dann wollte Seehofer auch noch das Vieraugenprinzip, aber diesen Zahn haben wir ihm in der letzten Woche gezogen.

Ein Weiteres kommt hinzu: Wir werden im Zuge der Verwaltungsreform, so sage ich einmal, natürlich auch die Kontrolle der unteren Verwaltungsbehörden noch stärker anziehen müssen. Das ist ganz klar. Das ist einerseits gelungen, indem wir unser Datensystem auf Vordermann gebracht haben. Zum Zweiten werden wir im nächsten Jahr auch ein Ranking im staatlichen Verwaltungsvollzug durchführen. Dies bedeutet eine Überprüfung der Effizienz der Kontrollen in den einzelnen Stadt- und Landkreisen. Auch das ist, glaube ich, notwendig, denn zu Recht kommt da die Frage auf, ob mehr Personal benötigt wird. Und ich sage objektiv: Möglicherweise können die Landratsämter im Zuge der Erbringung der Effizienzrendite Ressourcen für neue Aufgaben erwirtschaften. Das zu entscheiden ist aber nicht mein Bier. Das haben der Finanzminister und der gesamte Landtag zu entscheiden. Es ist keine Entscheidung des Ressortministers, ob das durch die Erbringung der Effizienzrendite

(Minister Peter Hauk)

von anderen Bereichen erwirtschaftet werden kann oder nicht. Darauf lasse ich mich auch gar nicht ein. Wir haben ja kein Personal mehr unten bei den Lebensmittelkontrollleuten.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das ist ja der Fehler!)

Das ist über das FAG geregelt. Punkt. Und dann ist das so oder so zu entscheiden.

Ich kann nur sagen: Die Aufgaben haben seit dem 1. Januar 2005 effektiv zugenommen. Das lässt sich auch in Personal- oder in Arbeitskapazitätsäquivalenten darstellen.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Und wer ist dann beim Ranking besser, die mit einer hohen Quote oder die mit einer niedrigeren Trefferquote?)

– Nein, Herr Kollege Winkler, darum geht es gar nicht. Es geht nicht um die Zahl der Beanstandungen. Es geht beispielsweise um folgende Fragen: Wie viele Betriebe kontrolliert ein Kontrolleur tatsächlich? Wie ist die Auslastung? Es ist auch die Frage, wie die Managementaufgaben hier gelöst werden.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Der schickt jetzt seine ehemaligen Beamten vom Wirtschaftskontrolldienst!)

Ich habe mich selbst einmal persönlich bei ein oder zwei Bereichen überzeugt. Das funktioniert, wenn man es gut macht, ganz gut.

Das Zweite, was wir im nächsten Jahr bis zur Evaluierung der Verwaltungsreform auch machen werden: Dort, wo Defizite auftreten – das wissen wir über die EDV –, führen wir das sogenannte Kooperationsmodell zwischen Landratsämtern und Polizeidirektionen weiter. Das heißt, die Landratsämter können dann, wenn sie Bedarf haben, ausgebildete Lebensmittelkontrollleure, nämlich ehemalige WKD-Beamte, heranziehen und sie zu Kontrollzwecken mit einsetzen.

(Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Das wird notwendig sein – davon bin ich überzeugt –, weil wir andernfalls die Rahmenvorgaben des Bundes wahrscheinlich nicht im erforderlichen Umfang erfüllen können.

(Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Das wird jetzt fortgeführt, liebe Kollegin Kipfer. Anders geht es gar nicht. Es gibt doch sonst kein Personal auf dem Markt. Wir haben keine ausgebildeten Lebensmittelkontrollleure. Die Ausbildung dauert – –

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Claus Schmiedel: Weil ihr die in alle Richtungen zersprengt habt!)

– Nein, auf dem Markt gibt es keine. Das ist aber gar kein Problem. Wenn Bedarf besteht – der Bedarf ist ganz unterschiedlich; deshalb gibt es keine pauschalen Lösungen –, werden sie von den Polizeidirektionen abgezogen.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Das Kooperationsmodell, die entsprechende Vereinbarung zwischen dem Innenminister und mir, ist in Vorbereitung. Das führen wir 2007 und 2008 entsprechend fort.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Letztes noch zum Thema „Verbraucherinformation und Transparenz in der Überwachung“. Ich glaube, kein Land ist so transparent, ...

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, die Unterhaltungen nach außerhalb des Plenarsaals zu verlegen.

**Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk:** ... was den Verbraucherschutz angeht, wie Baden-Württemberg. Baden-Württemberg ist das einzige Land, das überhaupt einen Verbraucherschutzbericht vorlegt. Sie erfahren Zusätzliches aus Pressemitteilungen und auf der Homepage der Untersuchungsämter. Meine Damen und Herren, das ist nicht selbstverständlich. Denn uns hat man auch vorgeworfen, wir hätten das Auftauchen von Genmais etc. nicht veröffentlicht. Auf der Homepage der Staatlichen Landwirtschaftlichen Untersuchungs- und Forschungsanstalt Augustenberg stand es schon tagelang.

Abschließend zum Thema Verbraucherinformationsgesetz. Wir haben diesem Gesetz trotz Bedenken – es schießt in einigen Teilen über das Ziel hinaus, und in einigen Teilen verfehlt es das Ziel – zugestimmt.

Eine Schwierigkeit, die ich in der Tat sehe – das will ich hier nicht verhehlen; da hätten wir gern eine andere Regelung –, ist die Frage der Namensnennung. Baden-Württemberg ist seit dem Birkel-Fall von anno dazumal ein „gebranntes Kind“ in der Frage der Haftung. Aber die Namensnennung ist im Verbraucherinformationsgesetz meines Erachtens in der Tat nicht ausreichend geregelt. Deshalb wird es innerhalb von zwei Jahren auch evaluiert und entsprechend auf Schwachpunkte überprüft.

Kollegin Kipfer, Sie haben den Dreizehnpunktecatalog zum Thema Lebensmittelsicherheit angesprochen, den die Verbraucherschutzminister gemeinsam mit dem Bund verabschiedet haben. Wahr ist: Baden-Württemberg hat nahezu alle diese Punkte umgesetzt. Im Augenblick liegt die Umsetzung noch am Bund. Das gilt z. B. für das Thema Meldepflicht. Ich erwähne es noch einmal, weil ich es für ein bedeutsames Thema halte. Wir müssen in der Lebensmittelkette alle in die Pflicht nehmen. Damit muss eben auch ein Gastronom in die Pflicht genommen werden, wenn ihm vergammeltes Fleisch angeboten wird, dies der Behörde anzuzeigen. Das halte ich für ein wirksames Instrument der Prophylaxe. Da ist der Bund am Zug. Seehofer hat das am vergangenen Freitag auch zugesagt. Es gibt noch zwei, drei weitere Bereiche, die ebenso zur Umsetzung anstehen.

Abschließend will ich eines noch einmal klarlegen: Baden-Württemberg ist in diesem Bereich nicht das Land der Skandale.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Wie bitte?)

(Minister Peter Hauk)

– Baden-Württemberg ist nicht das Land der Skandale. Die gab es anderswo. Wir hatten im Bereich Fleisch einen einzigen regional operierenden Händler, in Oberschwaben – einen einzigen!

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Die anderen habt ihr ja nicht kontrolliert, weil ihr keine Leute habt! – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

– Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist so. Insofern warne ich davor – das ist das gleiche Thema wie heute Vormittag –, unsere Produkte über alles hinweg einfach schlechtzureden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Alfred Winkler SPD: Aber heile Welt haben wir auch nicht!)

– Es geht nicht um heile Welt, Herr Kollege Winkler. Man muss den Finger immer genau dort in die Wunde legen – da haben Sie völlig recht –, wo Missstände vorhanden sind, und man muss diese abstellen. Aber es geht auch darum, dass man dort, wo man in der Summe gut dasteht, nicht einen ganzen Standort durch ständiges Wiederholen kaputtredet.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Dr. Klaus Schüle: Gute Rede!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Wir möchten den Antrag an den Ausschuss überweisen!)

– Sie beantragen eine Überweisung an den Ausschuss Ländlicher Raum und Landwirtschaft. – Sie stimmen dem zu. Es ist so beschlossen.

(Abg. Elke Brunnemer CDU zu Abg. Birgit Kipfer SPD: Darüber haben wir doch in der letzten Ausschusssitzung schon diskutiert! Es wird dadurch nicht besser!)

Damit ist Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Justizministeriums – Integrationskonzept für Baden-Württemberg – Drucksache 14/416**

Dazu rufe ich den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/670, auf.

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Herr Abg. Braun.

**Abg. Stephan Braun** SPD: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir heute in Deutschland über die Integration von Menschen mit Migrationshinter-

grund sprechen, dann sprechen wir über Versäumnisse der Vergangenheit, Herausforderungen der Gegenwart und eine Zukunftsaufgabe ersten Ranges. Das gilt übrigens in ganz besonderem Maße für Baden-Württemberg, denn unser schönes Bundesland ist ein Einwanderungsland par excellence,

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Weil die CDU regiert!)

ein Umstand, den Sie von der konservativen Seite über Jahrzehnte geleugnet haben. Dennoch sprechen die Zahlen des Statistischen Landesamts für sich.

In keinem anderen Flächenland in Deutschland leben so viele Menschen mit Migrationshintergrund wie in Baden-Württemberg: 2,7 Millionen. Jeder vierte Baden-Württemberger hat einen Migrationshintergrund; bei Minderjährigen sogar jeder dritte.

Diese Menschen gehören einfach dazu, haben vielfach einen deutschen Pass und bereichern unser Land kulturell, sozial und auch im wahrsten Sinne des Wortes – sie zahlen Steuern und Sozialabgaben, arbeiten als Facharbeiter, Erzieherin, Arzt oder Pflegekraft, als Entwicklungsingenieur oder Rechtsanwältin – und tragen so zum Bruttoinlandsprodukt bei. Viele mittelständische und große Unternehmen bauen auf ihre interkulturelle Kompetenz, und oftmals sind sie selbst als Unternehmer und Arbeitgeber tätig. Dies alles ist bei uns in Baden-Württemberg Realität, aber es ist nur der schöne Teil der Realität.

Der andere Teil hat mit Ihrer jahrzehntelangen Realitätsverweigerung zu tun. Herr Rüttgers würde vermutlich von einer Ihrer Lebenslügen sprechen. Denn wer Einwanderung leugnet, braucht sich um Integration kaum zu kümmern. Die Folgen können Sie hier bei uns in Baden-Württemberg beobachten: 7,6 % der jungen Ausländer verlassen die Schule ohne qualifizierten Abschluss.

(Abg. Hans Heinz CDU: Die wenigsten in ganz Deutschland! Das ist der geringste Anteil in Deutschland!)

36 % der jungen Migranten und 43 % der jungen Ausländer haben keine abgeschlossene Berufsausbildung – hier bei uns in Baden-Württemberg.

(Abg. Hans Heinz CDU: Kein Bundesland hat günstigere Werte! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Die anderen Bundesländer haben mehr!)

Die Erwerbslosenquote von Menschen mit Migrationshintergrund ist mit 13 % doppelt so hoch wie die der Nichtmigranten – hier bei uns in Baden-Württemberg. Das ist eine Dokumentation politischen Versagens.

(Beifall bei der SPD – Zurufe der Abg. Hans Heinz und Dieter Hillebrand CDU)

Darüber brauchen wir nicht zu streiten; das ist Realität: schwarz auf weiß belegt vom Statistischen Landesamt.

(Abg. Hans Heinz CDU: Da müssen Sie einmal den Vergleich suchen! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

(Stephan Braun)

Die Frage ist: Was haben Sie daraus gelernt? Wo sind Ihre politischen Antworten? Wir wollten Ihnen die Gelegenheit geben, dies darzulegen, und haben deshalb den Antrag gestellt.

Ich muss Ihnen sagen: Die Stellungnahme ist enttäuschend. Sie haben kein Konzept. Schlimmer noch: Sie wissen noch nicht einmal, was Sie wollen.

(Abg. Hans Heinz CDU: Sie haben keine Ahnung!  
Das ist immer das Gleiche!)

In Ihrer Stellungnahme, Herr Minister, zählen Sie so ziemlich jedes Förderprogramm auf, an dem Sie in irgendeiner Form beteiligt sind. Ich will hier an dieser Stelle gar nicht darüber streiten, in welcher Höhe und ob das im Einzelfall so gerechtfertigt ist. Aber eines müssen Sie sich doch vorbehalten lassen: Hier ein Modell und dort ein Modell, da eine Beteiligung und dort noch eine Beteiligung – das ist ein Sammelsurium, ein Flickwerk, aber kein Konzept, geschweige denn ein umfassendes, schlüssiges und nachhaltiges Integrationskonzept. Es wird den Menschen nicht gerecht, und das ist auch nicht gut für unser Land; denn wir sind nicht in der Lage, auch nur auf eine einzige Begabung verzichten zu können. Das Schlimmste ist: Dieses Sammelsurium ist sogar noch der beste Teil Ihrer Stellungnahme.

So richtig unterirdisch ist der erste Teil. Ich will Ihnen ein Beispiel geben. Die Frage ist ganz klar und verständlich gestellt. Ich zitiere:

*... welche konkreten thematischen und inhaltlichen Schwerpunkte die Landesregierung zur Weiterentwicklung der Integrationspolitik, insbesondere zum angekündigten Integrationsplan setzt und wie sie diese finanzieren wird*

– Klarer geht es nicht. Was für eine Steilvorlage! Das ist nahezu ein Geschenk an Sie. Jede Regierung mit einem bisschen Gestaltungswillen würde sich die Finger danach lecken. Und was machen Sie? Sie eiern herum und verstecken sich hinter dem Bund: Man könne noch keine Schwerpunkte setzen, heißt es da, man warte noch die Ergebnisse des Nationalen Integrationsplans ab, der für Sommer 2007 angekündigt sei. Anderthalb Jahre nach der Landtagswahl will die Landesregierung damit beginnen, sich Gedanken zu ihrer Integrationspolitik zu machen!

Sie verweisen auf Gremien, in denen Sie vertreten sind, aber Sie verweigern eine Aussage darüber, was Sie in diesen Gremien wollen, welche Ziele Sie dort verfolgen. Sie schicken doch nicht nur Beobachter dorthin! Haben Sie wirklich keinen Gestaltungswillen? Und das als Vertreter eines der größten Flächenländer und eines Einwanderungslandes par excellence! Herr Goll, Sie sind Integrationsbeauftragter. Sie können mit diesem Papier überhaupt nicht zufrieden sein.

Deshalb schlage ich vor: Kommen Sie nach vorn,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das wird er tun!)

und sagen Sie, was Sie wirklich wollen,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sagen Sie doch, was Sie wollen! – Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

woran es hakt und an wem es hakt. Wir helfen Ihnen – vielleicht.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Danke für das Hilfsangebot!)

Klar ist auf jeden Fall: Integration ist eine Herausforderung der Gegenwart und eine Zukunftsaufgabe ersten Ranges. Das Parlament muss sich dieser Aufgabe verstärkt zuwenden. So wie bisher darf es nicht weitergehen. Deshalb fordern wir Sie auf und werden dies auch beantragen, dem Parlament jährlich einen Integrationsbericht vorzulegen, der hier zu debattieren ist.

Über die Handlungsfelder, die zu bearbeiten sind, werde ich in der nächsten Runde sprechen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Werner Wölfle GRÜNE)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erhält Herr Abg. Föll.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Der ist heute noch nicht im Landtag integriert! – Gegenruf der Abg. Ute Vogt SPD: Was? Der arme Herr Föll? – Abg. Klaus Herrmann CDU zu Abg. Karl Zimmermann CDU: Wen hast du gemeint? – Abg. Karl Zimmermann CDU: Ach so, das kam ein bisschen spät! Ich meinte natürlich Herrn Braun!)

**Abg. Michael Föll CDU:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Integration von Migranten ist ganz ohne Zweifel eines der Schlüsselthemen für das gute Zusammenleben der Menschen in unserem Land, insbesondere natürlich in unseren Städten, wo ja der Anteil der Migranten besonders hoch ist. Allein in der Landeshauptstadt Stuttgart haben 34 % der Einwohner einen Migrationshintergrund; bei den unter 25-jährigen sind es über 40 %.

Das Bild allerdings, das Sie gezeichnet haben, Herr Kollege Braun, ist ein Bild, das bei Weitem nicht der Wirklichkeit entspricht.

(Abg. Stephan Braun SPD: Das sagt das Statistische Landesamt, Herr Kollege!)

In diesem Land und in den Städten dieses Landes funktioniert die Integration Tag für Tag im Großen und Ganzen. Das ist die Realität; hunderttausendfach funktioniert sie Tag für Tag in diesem Land.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Genau!)

Nicht ohne Grund hat beispielsweise die Landeshauptstadt 2003 den UNESCO-Preis „Cities for Peace“ für die vorbildliche Integrationspolitik erhalten. Dies ist eine Gemeinschaftsleistung von Stadt und Land, so wie auch die übrigen Städte und Gemeinden in diesem Land gemeinsam mit dem Land Integrationspolitik betreiben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Natürlich gibt es Handlungsfelder. Das ist doch überhaupt keine Frage, und das will doch auch niemand in Abrede stellen. Natürlich ist die Veröffentlichung des Statistischen Landesamts, wonach 36 % der jungen Migranten nicht über

(Michael Föll)

eine berufliche Ausbildung verfügen, ein Zeichen dafür, dass es Handlungsfelder gibt. Das ist ganz ohne Zweifel wahr. Aber das ist zunächst einmal eine Rückschau in die Vergangenheit. Es zeigt natürlich nicht auf, was das Land Baden-Württemberg gemeinsam mit den Städten und Gemeinden in den vergangenen Jahren bereits an großen Anstrengungen unternommen hat, um die Integration von Migranten zu verbessern.

Ich will vier Beispiele nennen:

Da ist zunächst einmal die Sprachförderung, das Erlernen der deutschen Sprache, sowohl in den Schulen als auch in den Kinderbetreuungseinrichtungen, die vom Land aktiv angegangen und von den Städten und Gemeinden in diesem Land aufgegriffen und umgesetzt wird.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das läuft doch aus!)

Da ist der Orientierungsplan für Bildung und Erziehung,

(Zuruf des Abg. Stephan Braun SPD)

der dieses Thema aufgreift. Auch das Konzept „Schulreifes Kind“ greift diese Thematik auf, nicht zuletzt auch im Bereich derer, die über unzureichende deutsche Sprachkenntnisse verfügen. Das sind Migranten, aber es sind nicht nur Migranten; auch dies muss man, glaube ich, in aller Offenheit sagen.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Zeller?

**Abg. Michael Föll CDU:** Selbstverständlich.

**Abg. Norbert Zeller SPD:** Herr Kollege, können Sie mir, wenn die Integration doch so wunderbar klappt, wie Sie es gerade beschrieben haben, einmal erklären, weshalb Kinder italienischer Herkunft schwerpunktmäßig an Hauptschulen und an Förderschulen anzutreffen sind?

**Abg. Michael Föll CDU:** Herr Kollege Zeller, ich habe ja nicht bestritten, dass es Handlungsfelder gibt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Dann malen Sie doch nicht alles schön!)

– Ich male es doch nicht schön, aber Sie müssen doch auch die Wirklichkeit zur Kenntnis nehmen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist ein Stück der Wirklichkeit!)

– Das ist auch ein Stück Wirklichkeit, aber es ist nicht die ganze Wirklichkeit in diesem Land und in den Städten dieses Landes.

(Zuruf von der SPD: Das behauptet auch niemand!)

Ich denke, dass nicht zuletzt das Land Baden-Württemberg als Land mit dem höchsten Migrantenanteil im Vergleich zu anderen Bundesländern die Integration von Migranten, gerade in den Schulen, besonders gut in der Praxis bewerkstelligt.

(Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD)

Das ist die Wirklichkeit. Diese Vergleiche müssen Sie zur Kenntnis nehmen, auch wenn Ihnen das nicht passt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Norbert Zeller SPD: Sie tadeln das Kultusministerium!)

Ich will ein zweites Beispiel nennen, wo die Landesregierung Anstrengungen unternommen hat, die es fortzusetzen gilt und die die Städte und Gemeinden aufgenommen haben: die Elternarbeit, beispielsweise die „Mama lernt Deutsch“-Kurse, die wir inzwischen an vielen Schulen haben, weil wir zeigen müssen, dass Bildung eine besondere Wertigkeit in diesem Land hat.

Ich will darüber hinaus die Landesregierung darin bestärken, beim ESF-Programm für die Förderperiode 2007 bis 2013 den Schwerpunkt auf junge Menschen mit Brüchen in der Schulbiografie im Übergang zum Berufsleben zu setzen. Das ist, glaube ich, die Fragestellung, bei der sich entscheiden wird, ob Integration gelingt oder nicht gelingt.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch eines bemerken. Wir sollten das Thema „Integration von Migranten“ nicht nur als Problem begreifen, und wir sollten dieses Thema auch nicht nur unter Aufzeigung der Defizite diskutieren, sondern wir sollten auch die wirklich gelungenen Beispiele von Migranten anführen, die in diesem Land erfolgreiche Bildungswege hinter sich haben, erfolgreich den Übergang ins Berufsleben geschafft haben. Denn ich glaube, es ist wichtig, dass in der Bevölkerung wahrgenommen wird, dass es diese Erfolge gibt – und das ist die ganz überwiegende Zahl –, und dass vor allem diese positiven Beispiele auch Vorbild sein können für junge Migranten, was ihren eigenen Lebensweg angeht.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Daher kann ich nur sagen: Die Landesregierung ist mit ihrer Integrationspolitik auf einem richtigen Weg. Die CDU-Fraktion unterstützt diese Politik. Wir halten weder ein Sofortprogramm für notwendig, noch halten wir es für notwendig, jährliche Integrationsberichte abzugeben.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Da würdet ihr ja jedes Jahr euer eigenes Versäumnis dokumentieren!)

Durch das bedruckte Papier ist bislang kein einziger Mensch in diesem Land integriert worden, sondern es sind die konkreten praktischen Anstrengungen vor Ort, die zur Integration von Migranten führen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erhält Herr Abg. Wölfle.

(Zuruf: Stuttgarter Kreise!)

**Abg. Werner Wölfle GRÜNE:** Sehr geehrte Damen und Herren! In der Tat: noch ein Stuttgarter. Wenn Sie Herrn Abg. Föll gut zugehört haben, dann haben Sie gemerkt, dass er hauptsächlich von Leistungen der Landeshauptstadt bei der Integration gesprochen hat

(Werner Wölflle)

(Beifall des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE –  
Abg. Klaus Herrmann CDU: Zusammen mit dem  
Land!)

und weniger von dem, was die Landesregierung auf den  
Weg gebracht hat.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Der wusste, was er  
sagt!)

Sie kennen sich wahrscheinlich auch bei dem Thema  
Sprachförderung aus. Wer zahlt die Sprachförderung? Die  
Landesstiftung. Wann läuft die Sprachförderung über die  
Landesstiftung aus?

(Zuruf)

– Sehr richtig.

(Abg. Michael Föll CDU: Schauen wir einmal!)

Wie viele Modellkindergärten – –

(Zurufe)

– Jetzt warten Sie doch ganz ruhig ab! Es ist ja alles in Ord-  
nung. Wir sperren uns überhaupt nicht, wenn die Landesre-  
gierung von erfolgreichen Modellen lernt. Gar keine Frage!

Meine Rede wollte ich nämlich so einleiten: Jetzt geht's  
los. Ich bin begeistert. Letzte Woche im Petitionsausschuss  
hat mich Herr Innenminister Rech richtig begeistert.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Was?)

– Doch.

(Beifall des Abg. Jörg Döpper CDU)

Die Auslegung des Bleiberechts, wie er sie vorsieht, war  
weitreichend, positiv und unbürokratisch.

(Zuruf von der SPD: Vorschusslorbeeren!)

– Nein, das hat er versprochen. Ich sage das hier so deutlich  
in der Öffentlichkeit. Jetzt wird es spannend, ob er das dann  
auch tatsächlich einhält.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ich hoffe, das ist  
kein Wolf im Schafspelz!)

Der Nächste, der mich richtig positiv überrascht hat, war  
der hier rechts außen sitzende Kollege Zimmermann,

(Abg. Peter Hofelich SPD: Genau!)

der sich aktiv für die Bleibemöglichkeit einer einzelnen Fa-  
milie eingesetzt hat.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Einer einzelnen Fa-  
milie!)

Auch dies hat nicht nur bei mir Begeisterung ausgelöst.

(Beifall des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Abg.  
Boris Palmer GRÜNE: Auch Zimmermann ist ein  
Mensch, nicht nur Politiker! – Abg. Ute Vogt SPD  
zu Abg. Karl Zimmermann CDU: Freuen Sie sich  
doch! – Unruhe – Abg. Karl Zimmermann CDU:  
Ein Wölflle im Schafspelz! – Heiterkeit des Abg.  
Boris Palmer GRÜNE)

Da gibt es gar nichts zu kritisieren, Herr Zimmermann. Ich  
war, wie gesagt, von Ihrem Einsatz begeistert. Aber das ist  
ja oft so; Sie bestätigen die Regel. Wenn man jemanden  
kennt, ist man in der Tat davon überzeugt, dass es etwas  
bringt, wenn er bleibt. Aber die Freude wurde getrübt.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ich hab es doch ge-  
wusst! – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Wenn ich die Stellungnahme zu dem Antrag der SPD lese,  
stelle ich fest,

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Wer schreibt denn so  
etwas auf?)

es ist buchhalterisch einwandfrei. Es ist nichts vergessen,  
was irgendwie diesem Thema Integration zuzuordnen wäre.

(Zuruf von der SPD)

– Das hat er auch gesagt; Sie haben aufgepasst, er hat das  
Gleiche gesagt: buchhalterisch. Aufgezählt ist alles, es fehlt  
nichts, es gibt nur keine Linie. Es ist keine Linie zu erken-  
nen; das waren Ihre Worte. Ich habe gesagt, es ist buchhal-  
terisch aufgeführt. Eine politische Zielsetzung ist nicht zu  
erkennen. Die Botschaft dieser Stellungnahme heißt: Ab-  
warten. Abwarten, bis auf Bundesebene ein nationaler Plan  
erstellt wurde, dann machen wir unser Leitbild.

Wir haben einen Doppelhaushalt vor uns;

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Was haben wir?)

Haushaltsplanberatungen für zwei Jahre. Da habe ich jetzt  
gedacht, wenn der Integrationsbeauftragte, der Vorsitzende  
des Kabinettsausschusses Integration eine Presseerklärung  
abgibt, dass dieses Gremium jetzt seine Arbeit aufnimmt,  
würde sich dies irgendwie in den Haushaltsplanberatungen  
bzw. in den Entwürfen niederschlagen, mit irgendwelchen  
konkreten, habhaften Vorschlägen, wie man das Thema In-  
tegration fördert. Da war nichts zu lesen.

Aber auf einen doch sehr weisen Vorschlag des Integra-  
tionsbeauftragten, der mich geradezu erheitert hat, möchte  
ich hinweisen. Zukünftig sollen alle, die ein Studium an ei-  
ner Pädagogischen Hochschule beginnen, ihren Mustafa  
mitbringen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Was? – Heiterkeit  
bei den Grünen)

– Ja doch, das schlägt nämlich er vor: eine Patenschaft mit  
einem ausländischen Mitbürger oder einer Familie, um de-  
ren Lebenswelt kennenzulernen.

(Heiterkeit des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Ich habe extra die Pressemeldung gelesen, das schlägt er so  
vor. In diesem Kabinettsausschuss von Ihnen sitzen noch  
mehrere, unter anderem auch der Kultusminister. Ich rate  
Ihnen: Schlagen Sie doch bei der Änderung der Ausbil-  
dungspläne vor, dass künftig alle PH-Studenten regelmäßig  
in unseren Kindertagesstätten, gerne auch im Ganztagspro-  
gramm unserer Schulen, einen Tag praktische Arbeit leis-  
ten, die Sprachförderung unterstützen, und schlagen Sie  
nicht solche spaßigen Ideen vor. Ehrlich gesagt, habe ich  
von Ihnen da mehr erwartet.

(Werner Wölflle)

Was es bei der Sprachförderung in Kindertagesstätten alles zu tun gibt, das brauche ich Ihnen nicht zu erzählen, das wissen Sie. Wir brauchen Taten. Wir werden die Haushaltsplanberatungen nutzen, um Ihrem Leitbild, das Sie erst entwickeln, Beine zu machen, damit diejenigen, die unsere Integrationsbemühungen brauchen, diese auch bekommen. Das ist ja ein Geben und Nehmen. Ich bin der Meinung: Erst, wenn wir die Hand ausstrecken, wenn wir eine Einladung aussprechen, wenn wir fördern, dann können wir auch fordern. Nach diesem Motto würden wir dies gerne begreifen.

Dem Antrag der SPD auf einen jährlichen Bericht sperren wir uns nicht. Vielleicht steht irgendwann etwas drin.

Vielen Dank.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kluck.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Tun Sie bitte das Wasser weg!)

**Abg. Hagen Kluck** FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Kolleginnen und Kollegen zur Linken wie zur Rechten werden sicherlich nicht alles unterschreiben wollen, was im Programm der FDP steht.

(Zuruf von der CDU: Nein! – Zuruf von den Grünen: Stimmt! – Abg. Reinhold Gall SPD: Mit Sicherheit nicht!)

Aber in einem Punkt stimmen Sie wohl alle mit der FDP überein: Unser Ziel ist es, Zuwanderern gleiche Bildungs- und Berufschancen zu gewähren und sie möglichst umfassend am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben zu beteiligen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das kann ich voll unterschreiben! – Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir sind uns sicherlich auch darüber einig, dass die wechselseitige Bereitschaft, aufeinander zuzugehen, die gegenseitige Anerkennung der kulturellen und religiösen Identität, die Bereitschaft zum Erlernen der deutschen Sprache und die uneingeschränkte Akzeptanz unserer Rechts- und Werteordnung Voraussetzungen für ein gedeihliches und friedliches Miteinander sind. Das ist das, was wir wollen.

Wir alle wissen aber auch, dass wir Probleme bei der Integration mancher Zuwanderer haben. Der Kollege Föll hat sehr richtig darauf hingewiesen, dass sich der größte Teil der Migrantinnen und Migranten längst wunderbar integriert hat, dass wir dabei international in vielen Bereichen sogar eine Spitzenstellung einnehmen. Aber es gibt auch solche, die bei der Integration Probleme haben. Sie beherrschen die deutsche Sprache nicht oder nur unzureichend. Manche kapseln sich deswegen oder vielleicht auch aus anderen Gründen vom deutschen Umfeld ab und bewegen sich in einer Art Parallelgesellschaft. Dabei gibt es auch welche, die unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung skeptisch oder sogar ablehnend gegenüberstehen.

Wir Liberalen wollen aber keinen dieser Zuwanderer aufgeben. Deshalb unterstützen wir die Landesregierung und den Integrationsbeauftragten bei der Verstärkung der Integrationsbemühungen. Aber wir erwarten dabei natürlich auch eine Integrationsbereitschaft bei den Zuwanderinnen und Zuwanderern.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dieter Hillebrand CDU: So ist es! Genau!)

Wer dauerhaft hier leben will, muss bereit sein, sich in unsere Gesellschaft einzuordnen, sich an ihrer Gestaltung aktiv zu beteiligen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Jawohl!)

Sehr viele hier lebende Bürgerinnen und Bürger etwa aus den anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, aus dem früheren Jugoslawien, aus der Türkei, aus den Staaten der früheren Sowjetunion beteiligen sich schon in großem Maße und engagieren sich hier. Alle anderen können wir nur immer wieder auffordern, sich ebenfalls verstärkt zu engagieren, in Ausländer- und Integrationsräten auf kommunaler Ebene, in der Elternarbeit von Kindergärten und Schulen, in Betriebsgremien und in Vereinen und Verbänden. Von ausländischen Vereinen und religiösen Gruppierungen erwarten wir Werbung und Unterstützung für ein solches Engagement.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Deswegen sind wir auch der Meinung, dass muslimische Religionsgemeinschaften zur Mitarbeit im Landesarbeitskreis Integration aufgefordert werden müssen. Dort sind sie bisher nicht dabei.

Die FDP/DVP-Fraktion wird die Erarbeitung des im Koalitionsvertrag vereinbarten Integrationsleitbilds aktiv unterstützen.

Nun hat der Ministerrat am 14. November – das ist noch gar nicht so lange her – mit der Einsetzung des Kabinettsausschusses Integration den Startschuss gegeben. Die Antworten auf die Mitte Oktober von der SPD gestellten Fragen liegen seit dem 23. November vor. Das ist doch zügig und schnell geschehen, Herr Kollege Braun.

(Abg. Stephan Braun SPD: Ich habe ihnen eine Verlängerung gewährt, und die haben sie in Anspruch genommen!)

Wir hoffen sehr, dass dann auch die Sozialdemokraten in Berlin ordentlich Dampf machen, damit der Nationale Integrationsplan, damit das bundesweite Integrationsprogramm ebenso rasch auf den Weg gebracht wird.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, es würde auch nichts schaden, wenn Sie Ihrer Staatsministerin Frau Maria Böhmer in dieser Angelegenheit etwas Beine machen würden, damit da etwas läuft. Ebenso wie Kollege Föll schon zum Ausdruck gebracht hat, sind auch wir der Meinung, dass es nichts nützt, wenn wir immer wieder neue

(Hagen Kluck)

Konzeptionen und immer wieder neue jährliche Berichte fordern. Wir gehen davon aus, dass die Landesregierung immer dann dem Parlament berichten wird, wenn es etwas zu berichten gibt.

(Abg. Stephan Braun SPD: Dann berichtet sie ja nie!)

Deswegen halten wir von diesen Festlegungen nichts.

Wir müssen auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in die Pflicht nehmen. Sie wissen, es soll die Angebote zur sprachlichen Integration erfassen, Fördermaßnahmen einleiten usw.

Noch ein letztes Wort: Die Bundesagentur für Arbeit ist auch zuständig für die Eingliederung von Zuwanderern und Zuwanderinnen in den Arbeitsmarkt. Sie beschäftigt sich aber meiner Meinung nach leider viel zu sehr mit sich selbst und viel zu wenig mit Integration.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Werner Wölfle GRÜNE)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Minister Dr. Goll.

**Justizminister Dr. Ulrich Goll:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Integration ist ein Schwerpunkt der Landespolitik in dieser Legislaturperiode. Sie ist es zu Recht. Integration zielt auf Teilhabe der zugewanderten Menschen am gesellschaftlichen, am wirtschaftlichen, am kulturellen und am politischen Leben. Wir fassen dabei Integration als einen dauerhaften, einen dynamischen, als einen auf Wechselseitigkeit beruhenden Prozess zwischen Zugewanderten und der Aufnahmegesellschaft auf, einen Prozess, der auf die Herstellung von Chancengleichheit zielt.

Wichtig ist, dass eine gemeinsame Identität gestiftet wird. Wir brauchen einen Konsens über die Werte und Normen in unserem Land. Wir brauchen eine Art innere Hausordnung, einen inneren Zusammenhalt, ein gemeinsames Gefühl für die Kultur und die Grundlagen des Zusammenlebens. Entscheidend ist eben, dass wir uns über die Kultur und die Grundlagen des Zusammenlebens in diesem Land einig sein müssen: Demokratie, Rechtsstaat, Grund- und Menschenrechte, deutsche Sprache sowie die Unterscheidung von Staat und Religion.

Weil Sie uns einige Vorwürfe gemacht haben, die mich gewundert haben, möchte ich Ihnen etwas sagen: Ich hatte in der Vergangenheit den Eindruck, dass gerade auf der linken Seite des Hauses keineswegs so klar war – und das war der Integration nicht förderlich –, dass wir tatsächlich eine gemeinsame Kultur und gemeinsame Werte brauchen. Mir ist aufgefallen, dass sich vorhin, als der Kollege Kluck es nur gewagt hat zu sagen, dass es auch bei den Zuwanderern einer bestimmten Integrationsbereitschaft bedarf, bei Ihnen keine Hand gerührt hat. Der Beifall hat sich exakt auf die rechte Seite des Hauses beschränkt.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Weil der Satz spekulativ war! – Weitere Zurufe und Unruhe)

Deswegen sage ich Ihnen eines – –

(Abg. Werner Wölfle GRÜNE: Habe ich nicht „fordern“ gesagt? – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

– Ich komme gleich zu dem, was Sie uns sagten. Sie sagten, wir hätten die Realität nicht gesehen. Ich gebe es Ihnen zurück: Sie haben sie nicht gesehen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Sie müssen an diesem Punkt erst von Ihrem Wolkenkuckucksheim herunterkommen.

(Zuruf der Abg. Ute Vogt SPD)

Zum Thema Einwanderungsgesellschaft. Sie wissen genau, wie es war, wenn Sie sich mit dem Thema Einwanderungsgesellschaft beschäftigt haben. Über Jahre hinweg sind die Zuwandererfamilien davon ausgegangen, dass sie zurückgehen; nicht nur die Aufnahmegesellschaft hat das angenommen. Die Zuwanderer selbst sind davon ausgegangen, dass sie nicht auf Dauer bleiben, und die Aufnahmegesellschaft hat sich ähnlich verhalten. Mit der Zeit ist beiden Seiten klar geworden: Das ist nicht so. Ich habe das vorhin als dynamischen Prozess, in dem man auch ein bisschen lernfähig sein muss, bezeichnet. Aber Sie geben mir sicher recht, dass zu dem Zeitpunkt, als die Zuwanderer selbst der Überzeugung waren, dass sie und ihre Kinder wieder zurückgehen, die Integrationspolitik einer Einwanderungsgesellschaft die falsche Politik gewesen wäre.

(Abg. Ute Vogt SPD: Das war in den Siebzigern! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Da lagen aber noch zwei Jahrzehnte dazwischen!)

Aber jetzt ist sie richtig, jetzt haben sich die Verhältnisse auch geändert.

(Abg. Werner Wölfle GRÜNE: Da hat man zu ihnen auch gesagt, sie seien „Gastarbeiter“! Stimmt es, oder stimmt es nicht? – Abg. Karl Zimmermann CDU: Schon Brandt hat 1973 gesagt: Es ist zu viel!)

Es ist doch so: Sie kennen sich nach eigenem Bekunden bei diesem Thema aus. Dann müssen Sie zugestehen, dass diese Einwandererfamilien selbst und die ganze Politik bis hin zum staatlich geförderten muttersprachlichen Unterricht davon ausgegangen sind, dass die Betroffenen wieder heimkehren.

(Abg. Ute Vogt SPD: In den Sechziger-, Siebzigerjahren! – Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Vor 20 Jahren war das schon anders!)

Das war damals ein anderes Konzept. Jetzt stellen wir fest: Die meisten sind geblieben bis in die dritte Generation, und wir passen unsere Politik an. Sie werden gleich von mir hören, wer sich bisher nicht angepasst hat, wer gehandelt hat und wer nicht gehandelt hat, wer regiert hat und nicht gehandelt hat. Wer jetzt regiert und handelt, das werde ich Ihnen nachher gleich noch erzählen, falls Sie es vergessen haben.

(Zurufe – Unruhe)

(Minister Dr. Ulrich Goll)

Aber ich möchte vorher noch auf eines hinweisen: Die große Mehrheit der Menschen mit Zuwanderungshintergrund in unserem Land stehen Gott sei Dank auf dem Boden dieser gemeinsamen Werte. Das wollen wir nicht übersehen. Wir alle kennen diese Menschen: Nachbarn, Freunde, vielleicht auch Verwandte. Die große Mehrheit der Menschen mit Migrationshintergrund in unserem Land stehen hinter unseren Werten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Deshalb sind natürlich die Ergebnisse und die Zustände wesentlich besser, als Sie sie eben in einer wirklich unverantwortlich verzerrten und verfälschten Weise darzustellen versucht haben.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Genau! – Abg. Ute Vogt SPD: Das waren Zahlen vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg!)

Wir halten den Vergleich sowohl innerhalb der Bundesrepublik als auch mit anderen Staaten an dieser Stelle locker aus. Schauen Sie sich einmal den Ballungsraum Stuttgart und die Region an: ein Ausländeranteil von 25 %, ein Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund von 33 %, und trotzdem können Sie doch nicht ernsthaft leugnen, dass wir hier im Großen und Ganzen friedliche Verhältnisse haben,

(Abg. Werner Wölfle GRÜNE: Richtig!)

dass wir zahllose ausländische Familien haben, die ihr Leben für sie befriedigend gestalten, die einen Arbeitsplatz haben, die am Vereinsleben teilnehmen.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD – Abg. Werner Wölfle GRÜNE: Das leugnet doch niemand! Wer bringt denn immer das Thema Parallelwelten auf?)

– Verzeihung. Wenn es so ist, wie ich es gerade beschreibe, dann kann doch die Integrationspolitik der letzten zehn Jahre nicht versagt haben, lieber Herr Wölfle. Wie passt denn so etwas zusammen?

(Beifall bei der FDP/DVP)

Dabei leugnen wir bestimmte Probleme, bestimmte Defizite gar nicht. Deswegen legen wir in diesen Jahren ja einen Schwerpunkt auf die Integrationspolitik. Wir wissen natürlich um das Problem der fehlenden und schlechten Deutschkenntnisse,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Haben Sie eine Logik!)

der mangelhaften Schul- und Ausbildungsabschlüsse, der Abschottungstendenzen usw.

(Zuruf: Also!)

Aber ich sage Ihnen noch einmal am Rande: Ein Blick über die Grenze ist auch ganz aufschlussreich, auch in die Schweiz, die in vielerlei Hinsicht durchaus ein sehr wohlgeordneter Staat ist. Auch in der Schweiz stellt man fest,

dass 15 % der Jugendlichen mit Migrationshintergrund keinen ordentlichen Abschluss machen. Wir kämpfen alle im Moment mit denselben Problemen, aber wir kämpfen hier recht erfolgreich damit. Wir kämpfen übrigens nicht erfolgreich, wenn von irgendwelchen Schlaubergern, die vorgeben, eigentlich für die Sache sein zu wollen, jeder harmlose Vorschlag sofort wieder niedergemacht wird.

Was spricht eigentlich dagegen, dass Lehramtsstudenten, wenn sie Praktika in Betrieben oder Schulen oder anderswo machen, im Rahmen ihrer Ausbildung einmal mit einem Migrantenkind oder einer Migrantenfamilie Kontakt halten? Was spricht eigentlich dagegen? Sie haben ja selbst einen ganz ähnlichen Vorschlag gemacht. Aber ich sage Ihnen: So kommt man sicher nicht weiter, wenn jeder Anstoß mit Hohn und Spott von den Besserwissern übergossen wird – von den Besserwissern, von denen in der Vergangenheit selbst nicht viel gekommen ist.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Seit wann gibt es eigentlich einen Ausländerbeauftragten der Landesregierung?

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Man hat noch nie etwas von ihm mitgekriegt! Wer ist denn das? – Heiterkeit – Abg. Klaus Herrmann CDU: Der arbeitet was und macht keine Show! – Unruhe)

– Nein, das ist ein spezielles Problem. Herr Palmer, da Ihre grauen Zellen zu 90 % durch Stuttgart 21 belegt sind, können Sie andere Dinge nicht so zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Heiterkeit – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ist das auch ein Integrationsprojekt, oder was? Unterirdische Integration! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Unterliegt der Name des Ausländerbeauftragten aus Sicherheitsgründen der Geheimhaltung?)

Seit es diese Landesregierung in dieser Zusammensetzung gibt, gibt es einen Ausländerbeauftragten. Da beißt die Maus keinen Faden ab. Vorher wurde der Vorschlag entweder nicht gemacht oder nicht durchgesetzt. Und das meine ich im Ernst.

Ich könnte Ihnen natürlich die Bilanz der vielfältigen Tätigkeiten vorlegen, die wir entwickelt haben. Da brauchen Sie sich aber auch nur mit den Organisationen der Migranten selbst zu unterhalten. Da brauchen Sie nur deren Meinung über die Stabsstelle des Ausländerbeauftragten, über den Herrn Storr, der auch hier sitzt, einzuholen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wer ist denn das nun?)

Dann werden Sie sich vielleicht auch etwas fundierter dazu äußern können.

Der Ausländerbeauftragte ist im Übergang von der letzten zu dieser Legislaturperiode zu einem Integrationsbeauftragten aufgewertet worden. Wir werden auch den Kabinettsausschuss Integration einrichten, den wir beschlossen haben.

(Abg. Werner Wölfle GRÜNE: Ich habe gedacht, der wäre schon eingerichtet!)

(Minister Dr. Ulrich Goll)

Wir werden also dieser Aufgabe noch mehr Bedeutung zuweisen.

Wir geben natürlich auch viel, viel Geld – weil nach dem Haushalt gefragt wurde – in diesem Bereich aus. Im zu Ende gehenden Jahr haben wir über 40 Millionen € für Integrationsmaßnahmen ausgegeben. Dabei war die Finanzierung arbeitsmarktpolitischer Projekte, die gerade eben auch eingefordert wurde, noch gar nicht dabei. In diesem Bereich werden in den kommenden Jahren zum Beispiel 266 Millionen € an ESF-Mitteln im Land ausgegeben – gerade für den Übergang ins Berufsleben, der vorhin mit Recht angesprochen wurde.

Wir haben in der Vergangenheit natürlich erhebliche Mittel ausgegeben für Integrationskurse, für Spätaussiedler und für bleibeberechtigte Aussiedler, für den Ausbau der Lernhilfe, der Sprachhilfe, für die Kindergärten, für die Schulen. Wichtig sind die Landesstiftungsprojekte, z. B. ehrenamtliche Integrationsbegleitung. Auch darüber haben Sie gerade eben ein bisschen gespottet.

(Glocke der Präsidentin)

Übrigens: Auch den erheblichen Anteil, den wir aus Stiftungsmitteln in diesen Bereich transferieren, könnten wir nicht in diesen Bereich transferieren, wenn die SPD sich durchgesetzt hätte. Dann hätten wir nämlich das Geld gar nicht. Daran erinnere ich jedes Mal, wenn wir Stiftungsmittel ausgeben.

(Beifall bei der FDP/DVP – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Bauer?

**Justizminister Dr. Ulrich Goll:** Ja.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Bitte sehr, Frau Abgeordnete.

**Abg. Theresia Bauer GRÜNE:** Herr Minister Goll, da Sie ja auch gleichzeitig Integrationsbeauftragter, früher Ausländerbeauftragter, sind: Sie haben vor Jahren einmal Jahresberichte vorgelegt, in denen Sie einen Überblick über die Situation der Integrationspolitik im Land gegeben haben. Können Sie mir sagen, wann der letzte dieser Berichte in Ihrem Haus verfasst wurde und ob Sie vorhaben, so etwas in Zukunft wieder zu tun.

**Justizminister Dr. Ulrich Goll:** Wir haben diese Berichte in unregelmäßigen Abständen vorgelegt. Das halte ich auch für das Beste. Ich halte es übrigens für eine typische Form, Scheinlösungen für Probleme zu finden, wenn man sagt: „Wir machen jährlich einen Bericht.“ Da haben Sie schon recht.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Entscheidend ist, was wirklich passiert.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Ich werde nicht die Kräfte binden, um Berichte zu schreiben, nur weil die Pflicht besteht, einen Bericht zu schreiben. Wenn es etwas zu berichten gibt, dann berichten wir es auch.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sehr gut! Dann würde ich an Ihrer Stelle jetzt aufhören, wenn Sie nichts zu berichten haben! Setzen, sechs!)

Sie werden auch künftig wieder Berichte bekommen. Sie haben selbst gesagt – – Dann darf ich den Umkehrschluss ziehen: Es wurde angesprochen, dass wir Berichte gemacht haben. Also scheint etwas passiert zu sein. Wir haben ja Berichte gemacht. Ich halte nur nichts – –

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Aber wissen Sie auch noch, wann das war? – Abg. Claus Schmiedel SPD: Wie lange ist das her? – Abg. Thomas Knapp SPD: Die Berichte sind Geschichte! – Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Seit vier Jahren nichts! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort hat Herr Minister Dr. Goll!

**Justizminister Dr. Ulrich Goll:** Wir haben Berichte gemacht. Aber wichtiger als Berichte zu verfassen ist immer noch, die Arbeit zu tun. Die Arbeit ist zum Beispiel auch in der Form getan worden – das ist das Nächste, woran ich erinnern darf –, wie es aus dem Integrationsbericht der Landesregierung hervorgeht. Dieser Bericht stammt nicht aus den Zeiten der Großen Koalition, sondern wurde verfasst, als die CDU-FDP/DVP-Regierung bereits im Amt war. Da wurde in der letzten Legislaturperiode die erste große Erfassung der Integrationsleistungen durchgeführt. Und ausgerechnet Sie sagen, wir würden nichts machen. In Wirklichkeit haben Sie nichts gemacht. Sie brauchen also hier nicht so herumzuschreiben.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Ihr seid doch hier an der Regierung! Sollen wir euer Geschäft auch noch machen?)

Damals waren auch schon jede Menge ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger hier. Aber, mit Verlaub: All das, was ich hier an Anstrengungen aufzählen kann, kommt immer nur von den beiden Regierungsfractionen, nicht von Ihren Fractionen.

(Abg. Werner Wölfle GRÜNE: Seid ihr jetzt an der Regierung oder nicht? – Abg. Stephan Braun SPD: Eingeschränkte Wahrnehmung! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Auf der Bundesebene ist es genauso: Sie reden von einem Nationalen Integrationsplan. Dieser kam erst zustande, als die rot-grüne Regierung weg war. Den hätte man doch genauso gut vier Jahre früher machen können.

(Abg. Werner Wölfle GRÜNE: Wahrscheinlich glauben Sie das auch noch, was Sie erzählen!)

Gehört Frau Böhmer der SPD an? Nein, der gehört sie nicht an.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wer schreibt Ihnen denn das Zeug auf, was Sie da vortragen?)

– Ich frage mich, wer Ihnen solche Anträge aufschreibt.

(Minister Dr. Ulrich Goll)

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das ist eine gute Frage! – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Sie können sich übrigens gerne zu Wort melden und mir irgendeine Anstrengung dieser umfassenden Art im Land oder im Bund nennen, die die Unterschrift der SPD trägt. Ich habe keine gefunden, sonst würde ich sie ja fairerweise hier wiedergeben.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD: Erzählen Sie keine Märchen! Lügen ohne rot zu werden!)

Wir legen in den kommenden Jahren einen Schwerpunkt auf Integration. In diesem Rahmen liegen die Hauptakzente auf der konsequenten Vermittlung der deutschen Sprache schon ab dem Vorschulalter, einschließlich obligatorischer Deutschtests im vierten Lebensjahr. Ein Akzent wird auf die verstärkte Elternarbeit gelegt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das haben wir doch noch gar nicht!)

Die Einbeziehung der Eltern ist ganz wichtig.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Was würde der denn erzählen, wenn ihm das nicht aufgeschrieben worden wäre? Keine Ahnung hätte der!)

Es ist wichtig, dass wir gerade die türkischen Mütter, die den Zugang zu unserer Gesellschaft nicht haben, „zu Hause“ abholen. Das ist vielleicht eines der wichtigsten Ziele in der Zukunft überhaupt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe bitten.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das fällt sehr schwer, Frau Präsidentin!)

**Justizminister Dr. Ulrich Goll:** Es heißt, die Muttersprache – nicht umsonst heißt es „Vaterland“ und „Muttersprache“ – entscheidet. Es ist überall so, dass im Zweifel die Kinder die Sprache der Mutter lernen. Das wird sich wahrscheinlich auch eine Weile lang so durchsetzen. Deswegen ist es nicht gut, dass viele türkische Mütter nicht ausreichend Kontakt zu unserer Gesellschaft haben. Sie sitzen zu Hause und müssen – –

(Lachen bei den Grünen)

– So ist es. Sind Sie anderer Meinung?

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: So ein Satz wie „Sie sitzen zu Hause“ kommt Ihnen ziemlich leicht über die Lippen!)

– Sie sitzen zu Hause, ja. Sie sitzen zu Hause, weil es zum Teil auch im Sinne ihrer Männer ist, weil die es gern haben, dass die Frau zu Hause sitzt.

(Unruhe bei der SPD und den Grünen)

Diese Frauen müssen wir erreichen. Wir müssen eine bessere Beteiligung der Eltern erreichen, um zu einer Verbesse-

rung der Schul- und Ausbildungsabschlüsse von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu kommen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Der Satz war zu einfach für die restlichen 10 %!)

Wir sind mittendrin im Handeln. Wir werden im kommenden Jahr gleichlaufend mit dem Bund einen Landesintegrationsplan vorlegen. Das wird kein Schnellschuss sein. Das werden wir natürlich mit den Bundesaktivitäten, mit dem Nationalen Integrationsplan, mit dem bundesweiten Integrationsprogramm, der Islam-Konferenz, den Ergebnissen der Evaluierung der Integrationskurse abstimmen. Wir werden mit einem neuen Instrumentarium – ich habe es angesprochen –, dem Kabinettsausschuss Integration, die Aufgabe weiterentwickeln. Wir werden ein Mehr an Abstimmungen und Koordination erreichen. Wir werden erreichen, dass die vorhandenen Aktivitäten besser erfasst und besser gebündelt werden, dass wir in diesem Bereich Synergieeffekte erzielen und dass wir die Integrationspolitik in dieser Legislaturperiode auf eine neue Stufe bringen – auch ohne Ihre Hilfe.

Es wäre natürlich schöner, wenn Sie uns dabei helfen würden, zumal wir, wie ich feststelle, in den Zielen interessanterweise gar nicht weit auseinander sind. Die Ziele, die Sie nennen, sind auch unsere Ziele. Ich wehre mich nur ein bisschen gegen die groteske Verzerrung der Realität, die hier zum Ausdruck kam.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Was Sie hier abliefern, ist grotesk, da haben Sie recht, ja!)

Es hilft im Grunde genommen nichts, wenn Sie jetzt noch – deutlich ausgedrückt – Lügengeschichten über unsere Politik erzählen.

(Abg. Stephan Braun SPD: Jetzt aber! – Abg. Reinhold Gall SPD: Lassen Sie die Kirche im Dorf! Sie sollten doch ein bisschen sachlich bleiben bei dem Thema! Das ist unglaublich! – Unruhe)

Es würde uns helfen, wenn wir auf dem Weg zu diesen Zielen ein Stück weit vorankämen, um das zu erreichen, was wir haben wollen, nämlich Chancengleichheit für alle, Chancengleichheit auch für die Menschen mit Migrationshintergrund bei uns im Land.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Braun.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Zurück zur Wahrheit!)

**Abg. Stephan Braun SPD:** Herr Minister, lieber Kollege Kluck, natürlich ist Integration ein zweiseitiger Prozess. Das ist doch eine banale Feststellung. Banaler geht es doch gar nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Aber wir sind doch hier im Landtag von Baden-Württemberg und gestalten Landespolitik. Also sprechen wir über die Aufgaben des Landes!

(Stephan Braun)

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
– Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/  
DVP)

Das, was das Land zu tun hat und was es zu leisten hat, das sind die Aufgaben, über die wir hier sprechen werden.

Wenn Sie jetzt hier von einer „grotesken Verzerrung der Wirklichkeit“ sprechen, Herr Minister,

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Dann hat er recht! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

dann würde ich mich an Ihrer Stelle einmal an das Statistische Landesamt wenden. Die Zahlen, die ich hier vorgetragen habe, sind die Zahlen des Statistischen Landesamts. Mit dem, was Sie gesagt haben, haben Sie ein vernichtendes Urteil über das Statistische Landesamt gesprochen. Denn demnach nimmt man die Realität einfach nicht zur Kenntnis.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
– Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/  
DVP)

Wir sprechen hier von 36 % junger Migranten und von 43 % der Ausländer insgesamt, die keine abgeschlossene Berufsausbildung haben.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es! – Abg. Hans Heinz CDU: Sie haben keine Ahnung! – Zuruf des Abg. Jörg Döpfer CDU)

Das ist doch kein politischer Erfolg, den Sie hier haben, aber es ist Realität. Ich halte Ihnen entgegen: Sie haben versucht, hier darzustellen, wie sehr Sie in Integrationsfragen engagiert sind und wie glänzend Ihre Bilanz ist.

(Abg. Jörg Döpfer CDU: Nicht immer schlecht reden! – Abg. Karl Zimmermann CDU meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Nein, ich ziehe das jetzt hier durch.

Ich halte Ihnen entgegen: Es geht hier um eine Gruppe, die mit fehlenden Sprachkenntnissen, fehlenden Schulabschlüssen, einer hohen Schulabbruchquote, hoher Jugendarbeitslosigkeit und manchmal mangelndem Bildungsbewusstsein der Eltern identifiziert wird. Das sind die Erhebungen des Statistischen Landesamts. Sie sprechen eine ganz klare Sprache. Das ist der Befund!

Unsere Überzeugung ist: Auf den Anfang kommt es an. Was wir hier investieren, verzinst sich doppelt. Daraus ergeben sich Handlungsfelder.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Also fangen wir dort an, wo Kinder mit Migrationshintergrund unter Umständen das erste Mal mit deutscher Sprache in Berührung kommen, nämlich in den Kindertagesstätten.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das machen wir doch!)

Wo sind denn das viel diskutierte verpflichtende Kindergartenjahr, kostenfreier Kindergartenbesuch, die Sprachtests im Vorschulalter?

(Unruhe)

Welche konkreten Pläne haben Sie hier? Wie wollen Sie sie finanzieren?

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sprachtests machen wir doch!)

Sie sprechen vom Orientierungsplan 2009/2010. Worauf warten Sie denn eigentlich noch?

(Beifall bei der SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es! – Zuruf des Abg. Werner Pfisterer CDU)

Ihre Zögerlichkeit hat doch zu dem Problem beigetragen. Glauben Sie denn jetzt ernsthaft, dass Ihre Zögerlichkeit dazu beiträgt, diese Probleme wieder zu lösen? Andere Bundesländer sind da schneller. Schauen Sie nach Nordrhein-Westfalen.

(Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Fahren Sie doch einmal nach Berlin! Sie wissen gar nicht, wovon Sie reden! Das ist ja unglaublich!)

Dort gibt es bereits ab dem nächsten Jahr Sprachstandsfeststellungen, und zwar verpflichtend für jedes Kind. Sie hinken hinterher!

(Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Fahren Sie einmal ins Ruhrgebiet!)

Die Ausbildung von Erzieherinnen orientiert sich noch immer rein am deutschsprachigen Kind. Eine Beteiligung an Weiterbildungsmaßnahmen etwa der Sprachförderung und der Sensibilisierung für bilinguale Lebenssituationen verweigern Sie noch immer.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das stimmt doch gar nicht! – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das ist doch nicht wahr! – Zuruf des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP)

– Doch. – Das rächt sich doppelt. Ihnen fehlt ein schlüssiges Konzept für die Sprachförderung an Kindergärten. Das, was Sie hier mit der Landesstiftung machen, reicht doch nicht aus.

Im Übrigen warten die Träger darauf, zu erfahren, wie es weitergehen soll. Kollege Wölfle hat das angesprochen. Wo ist denn eine Aussage dazu, wie es weitergehen soll, wenn die Modellphase abgeschlossen ist? Sie hängen hinterher.

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Und wo ist Ihr Beitrag zur Elternarbeit, etwa zur Sprachförderung vor allem von Müttern? Wie wollen Sie dies verstetigen, wie wollen Sie dies ausweiten? Was ist Ihrer Ansicht nach der Part des Landes und was der der Kommunen? Dreh- und Angelpunkt bleiben eben die Frühförderung von Sprache und interkulturelle Erziehung.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Wird doch gemacht!)

(Stephan Braun)

Was Sie hierbei nicht schwerpunktmäßig an Maßnahmen durchführen, müssen Sie schließlich für Nachbesserungen ausgeben.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel  
FDP/DVP: Wie der Blinde vom Licht!)

Die Kommunen haben Ihnen zur Sprachförderung längst eigene Vorschläge gemacht, die über die Finanzierung durch die Landesstiftung hinausgehen. Aber wie verhalten Sie sich dazu? Sie haben nichts dazu gesagt.

Lassen Sie mich zum Schluss aus dem Buch „Migration und Integration: Testfall für unsere Gesellschaft“ zitieren. Es stammt von Rita Süßmuth und lohnt sich zu lesen. Sie nennt folgende Schwerpunkte: intensiver Ausbau der vorschulischen Sprachförderung und Sprachstandstests von Kindern im Alter von vier und fünf Jahren,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Da sind wir uns einig!)

die Defizite ausgleichen, Intensivierung der Elternarbeit, Ausbau der Ganztagschulen, interkulturelle Kompetenzen in der Lehrerausbildung

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wird auch gemacht!)

systematisch und verpflichtend verankern, mehr pädagogische Fachkräfte mit Migrationshintergrund in allen Bildungseinrichtungen,

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Wird auch gemacht!)

zusätzlichen Förderunterricht für Schülerinnen und Schüler mit unzureichenden Deutschkenntnissen einrichten.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Die Umsetzung dieser Reformmaßnahmen verträgt keinen Aufschub, sagt Rita Süßmuth.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das haben wir alles auf den Weg gebracht!)

Recht hat sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union. Sie hinken hinterher. Sie haben noch einiges zu tun und könnten in diesem Bereich mutiger sein. Doch auch für einen Integrationsminister, Herr Goll, ist das noch zu wenig.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
– Abg. Karl Zimmermann CDU: Wir sind am weitesten in ganz Deutschland!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir müssen nun über die beiden Anträge befinden.

Ich gehe davon aus, dass Abschnitt I des Antrags der Fraktion der SPD, Drucksache 14/416, durch die Aussprache erledigt ist.

Über Abschnitt II dieses Antrags müssen wir abstimmen. Wer diesem Abschnitt zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Abschnitt II ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/670, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Damit ist Punkt 8 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

**a) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Einrichtung eines Beteiligungsfonds bei der L-Bank zur Kapitalausstattung von Gesellschaften, die Strom aus Biogas produzieren wollen – Drucksache 14/417**

**b) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – Bioenergieort Mauenheim als Beispiel für die Chancen zum Ausbau der erneuerbaren Energien im ländlichen Raum – Drucksache 14/562**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung zu a und b je fünf Minuten, für die Aussprache über beide Anträge fünf Minuten je Fraktion.

Wem darf ich für die SPD-Fraktion das Wort erteilen? – Herr Abg. Knapp.

**Abg. Thomas Knapp** SPD: Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben alle erkannt, dass sich das Klima massiv verändert. Wir haben in den letzten Wochen erfahren, dass sich die Durchschnittstemperatur auf der Erde in den letzten 50 Jahren um 1,7 Grad erhöht hat. Wir haben in den letzten Wochen erfahren – jeweils von den Ministerien des Landes –, dass die Jahrhunderthochwasser künftig deutlich öfter eintreten werden als bisher. Aus einem 100-jährlichen Hochwasser wird ein 50-jährliches oder sogar ein 20-jährliches Hochwasser.

Ich denke, wenn man dies einmal erkannt hat und zugrunde legt, ist es auch wichtig, zu erkennen, dass wir in vielen Bereichen, vor allem in der Energiewirtschaft, vor einem Wendepunkt stehen. Wir müssen in der Energiewirtschaft zwei Dinge zusammenbekommen. Wir müssen es schaffen, den Primärenergieverbrauch deutlich zu reduzieren.

Wir können dies dadurch erreichen, dass wir die Effizienz steigern, dass wir einsparen. Aber wir können dies auch dadurch erreichen, dass wir sehr viel mehr Kraft-Wärme-Kopplung betreiben. Diese Kraft-Wärme-Kopplung ist nun einmal nicht mit Großkraftwerken zu betreiben, wo an einer Stelle mit einem Wirkungsgrad von 30 bis 35 % 1 500 Megawatt Strom erzeugt werden, aber an derselben Stelle bei Weitem kein Bedarf für diese Wärme ist, um die weiteren 40 bis 45 % an Wärme zu nutzen. Das funktioniert nicht.

Wir werden uns also Gedanken machen müssen. Ich glaube, wir alle hier im Parlament sind uns einig, dass wir zum einen Verbrauch und Erzeugung und zum anderen Kraft und Wärme zusammenbekommen müssen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

(Thomas Knapp)

Ich komme zu unserem Antrag auf Einrichtung eines Beteiligungsfonds für Biokraftanlagen durch die L-Bank. Ich möchte nicht das ganze Paket der erneuerbaren Energien aufschneiden. Wir müssen es einmal an einzelnen Beispielen festmachen. Das Problem von Biogasanlagen ist doch folgendes: Wir haben in der Landwirtschaft sehr oft kleine Betriebe. Solche modernen Biogasanlagen, wie sie in der Stellungnahme beschrieben werden, müssen eine bestimmte Größe haben, um wirtschaftlich zu sein. Das können Landwirte und kleine Investoren gar nicht alleine schultern.

Also müssen sie kooperieren, sich zusammenschließen, neue Gesellschaften gründen und sich dann zusammentun, um vor Ort durch Biogas eine Verstromung und auch die Erzeugung von Wärme leisten zu können. Dazu brauchen sie Eigenkapital. Es ist nun einmal so, dass es, wenn sich einige zusammentun und diese Gesellschaft nicht schon ewig vorhanden ist, oft am Eigenkapital mangelt. Deshalb sagen wir: Wir brauchen für solche Kooperationen, für solche GbRs, für solche kleinen Gesellschaften, für solche Zusammenschlüsse von landwirtschaftlichen Betrieben eine Eigenkapitalausstattung.

Jetzt komme ich zu Ihrer Antwort, Herr Staatssekretär Drautz: Sie haben alles beschrieben, weisen auf ein L-MezzaFin-Programm hin und meinen, damit sei alles getan. Das sind Nachrangdarlehen, Mezzanine-Kredite, die im Grunde wie Eigenkapital dargestellt werden können. Das ist schon richtig, weil sie nachrangig sind. Sie werden von der L-Bank ausgegeben.

Aber ich sage Ihnen, Herr Staatssekretär: Ein Anruf bei der Hausbank, und Sie erfahren, dass zu dem L-MezzaFin-Programm erst am 29. November die Randbedingungen herausgegeben wurden.

(Abg. Stephan Braun SPD: Ach! – Abg. Reinhold Gall SPD: Gibt's doch nicht!)

Unser Antrag stammt vom 11. Oktober und Ihre Stellungnahme ist knapp drei Wochen später erfolgt. Am 29. November wurden die Randbedingungen herausgegeben.

(Zurufe der Abg. Reinhold Gall SPD und Dr. Klaus Schüle CDU)

Und was steht nun in den Randbedingungen? Wenn Sie das einmal abfragen, stellen Sie fest, dass es im Grunde um bestehende Gesellschaften geht, die zwischen 1 Million € und 5 Millionen € Umsatz machen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So!)

Wenn Sie eine neue Biogasanlage bauen wollen, dann haben Sie in der Regel keine bestehende Gesellschaft. Selbst wenn Sie eine haben, dann hat die noch keinen Umsatz.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Was Sie hier schreiben, trifft auf unsere Fragestellung also absolut nicht zu.

Wenn man weiter nachfragt – neben der Bonitätsprüfung und all den Sicherheiten, die gegeben werden müssen –, sagt der Banker ganz klar: Typischerweise ist das ein Programm, das nicht für neue Projekte, sondern für den beste-

henden Mittelstand gedacht ist. Aber wir wollen doch neue Projekte voranbringen; wir wollen neue Initiativen starten, die dafür sorgen, dass wir eine nachhaltige, sichere Energieversorgung erhalten. Ich gehe davon aus, dass Sie nachher darauf eingehen. Aber ich muss wirklich sagen: Sie verweigeln sich mit Ihrer Antwort. Ich sage es pauschal: Thema verfehlt, setzen, sechs! Etwas anderes kann man dazu nicht sagen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Er sitzt doch schon!)

Jetzt komme ich zum Antrag Drucksache 14/562 von den Grünen. Da können Sie sich ein Beispiel nehmen, wie man so etwas beantwortet. Dort steht, dass wir sowohl für die Wirtschaft als auch für den ländlichen Raum solche Projekte brauchen und dass man überprüfen muss, wie man solche Projekte finanzieren kann. Am Schluss – ich will gar nicht alles zitieren – steht wortwörtlich:

*Die Landesregierung prüft gegenwärtig die Einrichtung banktechnischer Möglichkeiten, um die Investitionsvoraussetzungen für derartige Vorhaben zu verbessern.*

Weiter vorn wird von der Kombination aus Biogasanlage und Holzhackschnitzelanlage gesprochen – genau das, was wir wollen: den Anteil an Biogas und auch die Wirtschaftlichkeit im ländlichen Raum verbessern und dafür sorgen, dass Eigenkapital gebildet werden kann bzw. vom Land bereitgestellt wird.

Es soll keine Förderprogramme geben. Es ist durchaus klar, dass die L-Bank mit dem Fonds, den sie da einsetzt, Geld verdienen kann. Wenn die L-Bank für das eingesetzte Kapital nur 6 % Verzinsung bekommt – ohne Gewinn –, verdient sie in der heutigen Zinssituation richtig Geld. Das ist es, was wir wollen. Wir wollen nicht allein, dass gefördert wird, sondern wir wollen, dass die Randbedingungen geschaffen werden, damit solche Projekte vorangebracht werden können.

Ich kann eigentlich nur sagen: Man erkennt, wie herangegangen wird, wer sich für die Wirtschaft im Land einsetzt, mit welchem Herzblut, mit welcher Kompetenz, wer sich für die Wirtschaft im ländlichen Bereich einsetzt, mit welchem Herzblut, mit welcher Kompetenz, und wer dafür sorgt, dass unsere Energieversorgung zukünftig sicher und nachhaltig ist, mit welchem Herzblut und mit welcher Kompetenz.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erhält Herr Abg. Untersteller.

**Abg. Franz Untersteller GRÜNE:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn wir beim Klimaschutz, aber auch bei der Strategie, uns von Ölimporten unabhängiger machen zu wollen, vorankommen wollen, dann ist es entscheidend notwendig, in den kommenden Jahren in Baden-Württemberg die Biomassenutzung stärker auszubauen, als wir das bislang tun.

(Franz Untersteller)

Biomasse – Herr Minister, da sind wir uns sicher einig – ist eine der wenigen grundlastfähigen Energieträger im Bereich der regenerativen Energien. Sie können die Biomasse bei der Wärmenutzung, bei der Stromerzeugung und bei der Kraftstoffherstellung einsetzen. Das im Jahr 2002 im Auftrag des Wirtschaftsministeriums erstellte Gutachten vom ZSW und vom DLR hier in Stuttgart hat ja noch einmal deutlich gemacht, welche Chancen die Biomassenutzung in Baden-Württemberg insgesamt hat.

Nun liegt zwar seit März dieses Jahres der Biomasse-Aktionsplan der Landesregierung vor. Nichtsdestotrotz kann man den Eindruck nicht loswerden, dass die Chancen, die in diesem Bereich liegen, nach wie vor nicht in dem notwendigen Umfang für Baden-Württemberg genutzt werden und dass hier doch eine Reihe von Chancen versäumt werden. Ich will einmal zwei Zahlen nennen, die das deutlich machen.

Der Biomasse-Aktionsplan der Landesregierung sagt: Eigentlich hätten wir ein Potenzial für die Biomassenutzung in Baden-Württemberg von 10 %. Ich persönlich sage: Das ist eher konservativ gerechnet. Wenn Sie heute schauen, wie hoch der Anteil der Biomassenutzung am Primärenergieverbrauch ist, dann sehen Sie, dass wir bei plus/minus 2 % sind, Herr Minister. Das heißt, da gibt es schon noch ein gehöriges Delta, das ein Vielfaches dessen ist, was wir in Baden-Württemberg im Moment nutzen. Wir sind meilenweit davon entfernt, die Ziele, die der Biomasse-Aktionsplan der Landesregierung vorgibt, zu erreichen.

Ich möchte zwei weitere Zahlen nennen, die deutlich machen, dass wir der Entwicklung eigentlich hinterherhinken. Bayern hatte im Jahr 2005 Biogasanlagen im Umfang von 127 Megawatt elektrischer Leistung in Betrieb. Niedersachsen hatte sogar 258 Megawatt an Biogasanlagen am Netz. Baden-Württemberg kam, nachdem wir 2003 und 2004 erhebliche Steigerungsraten hatten, auf 54 Megawatt. Das heißt, wir haben in Baden-Württemberg derzeit nicht einmal die Hälfte dessen, was Bayern hat. Das zeigt, wir haben hier einen erheblichen Nachholbedarf, obwohl wir eigentlich ähnliche Strukturen haben wie in Bayern, mit einem ländlichen Raum, mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche und einer Forstwirtschaft, die dies hergäbe.

Nun kann es natürlich nicht darum gehen, dass man sozusagen an jeder Milchkanne eine neue Biogasanlage errichtet,

(Abg. Thomas Knapp SPD: Aber Mannheim hat auch Landwirtschaft!)

sondern man muss schon auch, wie es Herr Kollege Knapp getan hat, Themen wie Effizienz, Wärmenutzungsmöglichkeiten und wichtige Umweltbelange – auf diese wird nachher noch mein Kollege Dr. Murschel eingehen – in die Frage, wo solche Anlagen errichtet werden sollen, mit einbeziehen.

Nichtsdestotrotz zeigt natürlich das Beispiel Mauenheim, wohin die Reise gehen könnte. Dort hat man meines Erachtens ein Musterbeispiel dafür, wie Stromerzeugung mit Wärmenutzung im ländlichen Raum praktiziert werden kann und wie auch die regionalen Ressourcen in ein solches Projekt mit eingebunden werden können, damit es wirklich eine Win-win-Situation gibt.

Ich nenne noch einmal einige Eckpunkte des Mauenheimer Konzepts: Das ist eine Siedlung mit ungefähr 400 Einwohnern. Es ist eine Biogasanlage da, die im Jahr 2 Millionen Kilowattstunden Strom erzeugt, die ins Netz eingespeist werden, und die 1,8 Millionen Kilowattstunden an Wärme bringt – das ist etwa die Hälfte dessen, was der Ort an Bedarf hat; die andere Hälfte wird durch eine Holzackschnitzelanlage abgedeckt.

Insgesamt – ich habe mir das Projekt angeschaut – wird viermal so viel Strom erzeugt, wie der Ort eigentlich benötigt. Der gesamte Wärmebedarf wird abgedeckt. Es werden bei der Ölrechnung 300 000 € eingespart; das ist also Geld, das nicht auf die Konten der Ölscheichs und der Ölmultis fließt, sondern das im regionalen Wirtschaftskreislauf verbleibt.

Meines Erachtens ist das eine Sache, die Zukunft hat – ganz abgesehen von dem CO<sub>2</sub>-Einsparpotenzial, das eine Größenordnung von 2 000 t pro Jahr hat; in 20 Jahren haben Sie da 40 000 t Einsparung.

Was die positive Bewertung dieses Projekts betrifft, Herr Minister – diese geht ja auch aus Ihrer Stellungnahme hervor –, sind wir uns daher sehr einig.

Worum es uns mit unserem Antrag geht, ist natürlich schon die Frage: Wie schafft man denn die Rahmenbedingungen und vor allem die finanziellen Rahmenbedingungen, um zukünftig mehr Mauenheims in Baden-Württemberg hinzubekommen? Jetzt geht es mir nicht darum, dass man das 1 : 1 überträgt, sondern es gibt ja durchaus auch Situationen, wo man sagt: Man speist das Biogas nicht in ein Wärmenetz ein, sondern man bringt das Biogas in ein bestehendes Erdgasnetz ein. Das kann man ja durchaus den regionalen Situationen anpassen. Aber wenn man einmal grundsätzlich fragt, welche Chancen da drinstecken, muss man sagen: Eigentlich gäbe es in Baden-Württemberg mindestens eine zweistellige Zahl von Orten, wo so etwas von den Rahmenbedingungen her möglich wäre.

Wir haben jetzt einen Vorschlag gemacht, Finanzierungsbedingungen zu schaffen, die die Voraussetzungen für weitere derartige Projekte bieten. Herr Minister, es hat mich gefreut, dass Sie in der Stellungnahme zu unserem Antrag

(Abg. Thomas Knapp SPD: Welcher Minister?)

– ich komme gleich noch darauf – deutlich machen, dass Sie da in eine ganz ähnliche Richtung denken. Ich zitiere:

*Die Landesregierung prüft gegenwärtig die Einrichtung banktechnischer Möglichkeiten, um die Investitionsvoraussetzungen für derartige Vorhaben zu verbessern. ... Die diesbezüglichen Überlegungen sind jedoch noch nicht abgeschlossen.*

Meine Damen und Herren, so etwas freut mich als Antragsteller natürlich, weil ich der festen Überzeugung bin, dass wir die Rahmenbedingungen zum effizienten Ausbau der Biomassenutzung in Baden-Württemberg verbessern müssen. Aber man sollte natürlich schon wissen: Was gilt jetzt eigentlich? Gilt das, was Sie, Herr Minister Hauk, schreiben, oder gilt das, was das Wirtschaftsministerium in der Stellungnahme zu dem Antrag der SPD-Kollegen geschrieben hat? Dort wurde gesagt: All dies ist nicht notwendig.

(Franz Untersteller)

Daher würde ich schon gern die Frage stellen: Was gilt in dieser Landesregierung?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wer spricht für die Landesregierung? Genau!)

Gilt das, was Minister Hauk sagt, oder gilt das, was wir als Antwort vom Wirtschaftsministerium bekommen haben? Ich denke, den Anspruch, dies zu erfahren, sollten Sie nachher einlösen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Thomas Knapp SPD: Das interessiert uns auch!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erhält Frau Abg. Dr. Brenner.

**Abg. Dr. Carmina Brenner** CDU: Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die globalen Vorräte an Erdöl und Gas sind endlich. Die Risiken einer hohen Importabhängigkeit im Energiesektor sind uns allen bekannt, genauso die Auswirkungen der Verbrennung fossiler Energieträger auf das Klima. Die konsequente Nutzung vorhandener Potenziale an erneuerbaren Energien ist ein Beitrag zu einer Politik der Nachhaltigkeit.

Die Bioenergie gilt unter den regenerativen Energiearten als Multitalent. Biogas liefert Wärme, Strom und Kraftstoff kontinuierlich und flexibel. Der Einsatz nachwachsender Rohstoffe und der Bioenergie dient deshalb der Vermeidung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes, der Verringerung der Abhängigkeit von Energieimporten und der Stärkung der Land- und Forstwirtschaft sowie der Wertschöpfung im ländlichen Raum.

Vor diesem Hintergrund hat der Biomasse-Aktionsplan Baden-Württemberg das Ziel, die Nutzung nachwachsender Rohstoffe in Baden-Württemberg weiter voranzubringen. Baden-Württemberg belegt nach Bayern und Niedersachsen den Rang 3 bei der installierten Leistung. Diese Spitzenstellung verdanken wir sicherlich unseren Landwirten, die hier immer investiert haben, weil in der Tat bei der Einrichtung einer Biogasanlage sehr hohe Investitionskosten entstehen. Neben den Investitionskosten gibt es ja noch andere Kosten, z. B. wenn man zusätzlich Fläche pachten muss für die Substratversorgung und wenn man eine Transportkette organisieren muss.

Die CDU-Fraktion begrüßt deshalb das von der Landesregierung beschlossene Sonderprogramm für die Forschung im Bereich nachwachsende Rohstoffe und Bioenergie in Höhe von 3,2 Millionen €.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Aber einen spezialisierten Beteiligungsfonds für Biogas produzierende Unternehmen lehnen wir ab, weil es geeignete Finanzierungsinstrumente gibt und weil der deutliche Anstieg der Anlagenzahl in den letzten zwei Jahren auch ein Indiz dafür ist, dass die Wirtschaftlichkeit gegeben ist.

Es gibt für die Stromerzeugung aus Biomasse das Erneuerbare-Energien-Gesetz. Das ist inzwischen sehr effizient. Es

gab seit 2004 eine verbesserte Förderung. Das hat zu einer Zunahme der Stromeinspeisung aus Biogas geführt. Und es gibt diese speziellen Vergütungssätze oder Boni für nachwachsende Rohstoffe, für innovative Technologien, für Kraft-Wärme-Kopplung. Deshalb ist es rentabel, Strom aus nachwachsenden Rohstoffen zu erzeugen. Etwas, was rentabel ist, muss man nicht noch einmal extra fördern.

(Beifall bei der CDU – Abg. Thomas Knapp SPD: Wir wollen es doch nicht fördern!)

Das EEG soll ja evaluiert werden, und die Evaluierung soll 2007 abgeschlossen sein. Mindestens so wichtig wie die richtige Einspeisevergütung ist der richtige Standort für eine solche Anlage, der eine möglichst optimale Verwertung der Wärme ermöglicht, aber auch eine Investition zu möglichst niedrigen Kosten. Das EEG hat verschiedene Ansätze für die Biogaseinspeisung, unter anderem, dass ins Erdgasnetz eingespeistes Biogas trotzdem wie Biogas behandelt wird und auch die Einspeisevergütung plus einen Technologiebonus bekommt.

Im Wärmebereich wird die Biomasse über das Marktanzreizprogramm der Bundesregierung gefördert. Diese Förderung erfolgt durch Zuschüsse oder Teilschulderlass. Das waren bisher 180 Millionen € im Bundeshaushalt. Nach der letzten Sitzung des Haushaltsausschusses im Deutschen Bundestag sollen diese Mittel um 34 Millionen € aufgestockt werden. Dann gibt es noch die Förderung mit zinsgünstigen Darlehen durch die KfW, beispielsweise mit Teilschulderlassen und mit einer Förderlaufzeit bis zu 20 Jahren. Was der Bund macht, müssen wir nicht extra noch einmal machen.

Zum MezzaFin-Programm der L-Bank: Es läuft seit 1. Dezember, und es deckt die Lücke unterhalb von 1,5 Millionen € ab und fängt bei 100 000 € an. Es gibt verschiedene Laufzeitvarianten zwischen fünf und zehn Jahren.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Aber nur für bestehende Betriebe!)

Zunächst beantragt man das bei der Hausbank. Ich glaube, dass dieses Programm sehr hilfreich sein wird. Wie gesagt, es läuft seit 1. Dezember.

Noch zwei Sätze zu Mauenheim. Das ist ein tolles Projekt, aber es gibt dort spezifische günstige Bedingungen, z. B. einen sehr hohen Anschlussgrad der Haushalte. Deswegen ist das nicht so einfach zu übertragen. Wenn Sie eine neue Heizung gekauft haben, werfen Sie sie nicht gleich wieder heraus und schließen Ihren Haushalt an ein Nahwärmenetz an. Das heißt, man muss es vorbereiten, z. B. bei einem neuen Baugebiet oder bei öffentlichen Einrichtungen anfangen und nach und nach aufschließen.

(Zuruf von den Grünen)

Man braucht aber auch genügend landwirtschaftliche Fläche. Mauenheim liegt z. B. nicht im Wasserschutzgebiet; deshalb kann man dort gut Mais anbauen, den man für die Biogasanlage braucht. Mein Respekt deshalb an Mauenheim. Es ist ein tolles Projekt, es ist ein Vorbild und soll sicher ein Ansporn sein für ähnliche Projekte mit ähnlich günstigen Bedingungen. Wenn dann zusätzlich noch günstige

(Dr. Carmina Brenner)

ge Bedingungen vom MLR kommen, dann, glaube ich, passt die Sache.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke für die Fraktion der FDP/DVP.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FDP/DVP-Fraktion bekennt sich ausdrücklich zur energetischen Verwertung nachwachsender Rohstoffe. Ihr Nutzen liegt in der deutlichen Minderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen, den Möglichkeiten der regionalen Wertschöpfung in den ländlichen Räumen sowie der Einsparung endlicher fossiler Energien. Insbesondere Biogas bietet mehrere Nutzungspotenziale: zum einen als Kraftstoff, zum anderen zur Wärmenutzung bei Einspeisung ins Erdgasnetz und schließlich zur Verstromung in Biogasanlagen – dem Anlass der heutigen Debatte.

Die Potenziale der energetischen Nutzung nachwachsender Rohstoffe sind bedeutend größer als ihre gegenwärtige Verwertung. Nur 4,6 % des Primärbedarfs in Deutschland wurden im Jahre 2005 durch erneuerbare Energien gedeckt, davon etwa die Hälfte aus Biomasse. Eine Expertenanhörung der FDP-Bundestagsfraktion ergab vor Kurzem, dass das Potenzial der nachwachsenden Rohstoffe in der energetischen Nutzung eine Erhöhung auf 15 bis 20 % des Primärenergiebedarfs ermöglicht. Wie weit dies ausgeschöpft werden kann, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Es hängt von der Entwicklung des Erdölpreises ebenso ab wie von der weiteren technologischen Entwicklung und natürlich auch von den politischen Rahmenbedingungen.

Zwei Vorschläge liegen heute auf dem Tisch, wie die politischen Rahmenbedingungen geändert werden sollten.

Zunächst wird vorgeschlagen, einen 100-Millionen-€-Investitionsfonds bei der L-Bank einzurichten, um 200 Biogasanlagen zu bauen. Das Wirtschaftsministerium teilt uns mit, dass bei den derzeitigen Vergütungssätzen Biogasanlagen längst wirtschaftlich betrieben werden können. Deshalb haben sich die Kapazitäten in Baden-Württemberg seit 2004 auch verdoppelt. Zudem bietet die L-Bank zusammen mit Partnern bereits heute ein ausreichendes Instrumentarium an, um wirtschaftlich sinnvolle Investitionsvorhaben in der Biogasbranche zu finanzieren. Einen weiteren Beteiligungsfonds zu schaffen, der sich ausschließlich auf Biogas produzierende Unternehmen spezialisiert, ist daher nicht erforderlich.

Ein zweiter Vorschlag orientiert sich am Bioenergiedorf Mauenheim, das schon ausreichend gelobt wurde und das bald als erstes Dorf in Baden-Württemberg aus heimischer erneuerbarer Energie versorgt werden wird. Erneut wird ein Programm der L-Bank gefordert. Gemeinden sollen unterstützt werden, ihre Energieversorgung in der gleichen Weise umzustrukturieren.

Im Rahmen des Regionalentwicklungsprogramms PLENUM ist die Förderung solcher Projekte möglich. Das Wirtschaftsministerium prüft jedoch, wie eine umfangreiche und vor allem flächendeckende Versorgung mit zinsgünsti-

gen Darlehen im Wege des Teilschulderlasses umgesetzt werden kann. Wir wollen deshalb dem Prüfergebnis des Wirtschaftsministeriums nicht vorgreifen und plädieren für eine Weiterbehandlung des Antrags im Wirtschaftsausschuss.

Zurzeit werden viele Vorschläge daraufhin überprüft, wie das Land mit eingeschränkten Haushaltsmitteln den Ausbau erneuerbarer Energien am effizientesten unterstützen kann.

Die FDP/DVP-Landtagsfraktion hat die Ausschreibung eines Bioenergie Wettbewerbs Baden-Württemberg durch die Landesregierung vorgeschlagen. Dieser Wettbewerb kann meiner Auffassung nach Anregung für Wirtschaftsbetriebe des Landes sein, ihre Spitzenposition in der technologischen Umsetzung von Bioenergie zu behaupten und auszubauen oder sich diesem Bereich verstärkt zu widmen. Andererseits kann ein solcher Bioenergiepreis auch dazu beitragen, für die Energiegewinnung aus nachwachsenden Rohstoffen, wie beispielsweise Holz, Mais, Raps, Getreide und Zuckerrüben, in der Öffentlichkeit ein neues Bewusstsein zu schaffen. Vor allem mittelständische Betriebe, Landwirtschaft und Handwerk sollen sich angesprochen fühlen, in diesem immer mehr wachsenden Zukunftsmarkt zu investieren und zu produzieren. Der Wettbewerb müsste ein Volumen von mindestens 1 Million € haben, und diese Finanzmittel sollen zu rund 90 % als Förderzuschüsse für die Projekte der Preisträger verwendet werden. Rund 10 % könnten in die Öffentlichkeitsarbeit fließen, um den Bereich Bioenergie in der Öffentlichkeit noch populärer zu machen.

In den Wettbewerb müssen die Handwerks- und die Wirtschaftskammern, Verbände sowie Banken eingebunden werden. Die wissenschaftliche Begleitung soll von den Hochschulen mit angewandter Forschung geleistet werden. Auch Betriebe, die schon Projekte aus dem Bioenergiebereich auf den Markt gebracht haben, kann der Wettbewerb ansprechen. Sie können im Rahmen des Wettbewerbs ein Zertifikat erwerben. Die Jury soll sich aus Vertretern des Wirtschaftsministeriums, der Kammern, der Verbände und der Landwirtschaft zusammensetzen.

So, denke ich, meine Damen und Herren, können wir die Bioenergie und die erneuerbaren Energien insgesamt in den nächsten Jahren wesentlich weiterbringen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erhält Herr Staatssekretär Drautz für das Wirtschaftsministerium.

**Staatssekretär Richard Drautz:** Frau Präsidentin, werte Abgeordnete! Die Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes im Jahr 2004 hat die Biogaserzeugung in Baden-Württemberg nachhaltig nach vorn gebracht.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Sehr gutes rot-grünes Gesetz!)

Die installierte Leistung wurde seitdem mehr als verdoppelt. Heute sind 440 Biogasanlagen in Betrieb, die mit mehr als 70 Megawatt elektrischer Leistung Ökostrom in die Net-

(Staatssekretär Richard Drautz)

ze einspeisen. Der bisherige Ausbau der Biogaserzeugung zeigt, dass sich bei den derzeitigen Vergütungssätzen Biogasanlagen wirtschaftlich betreiben lassen.

Sofern die Wirtschaftlichkeit nachgewiesen werden kann, scheidet der Bau von Biogasanlagen in der Regel nicht an der Bereitstellung von Fremd- und Eigenkapital. Zusammen mit privaten Kapitalgebern bieten die L-Bank und die MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Baden-Württemberg bereits heute mit ihren Eigenkapital- und eigenkapitalähnlichen Angeboten ein ausreichendes Instrumentarium an, um wirtschaftlich sinnvolle Investitionsvorhaben auch in der Biogasbranche zu finanzieren. Darüber hinaus bietet die L-Bank seit diesem Monat über die Hausbanken ein standardisiertes eigenkapitalähnliches Finanzprodukt an. Unter dem Namen L-MezzaFin werden unbesicherte Nachrangdarlehen von 100 000 bis 1,5 Millionen € an mittelständische Unternehmen und investitionsbereite Landwirte vergeben, die auf diese Weise ihre wirtschaftliche Eigenkapitalausstattung verbessern können.

(Abg. Thomas Knapp SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Staatssekretär Richard Drautz:** Sofort.

Herr Knapp, Sie liegen total richtig mit dem, was Sie gesagt haben. Wir sind auf der gleichen Spur gewesen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aber wir waren schneller! –Allgemeine Heiterkeit)

Wir haben es im Gespräch mit der L-Bank erreicht, dass Förderanträge schon ab 100 000 € gestellt werden können und die Grenze von 1 Million € nicht eingehalten werden muss. Was Sie gefordert haben, ist also schon Wirklichkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Natürlich haben im Rahmen der Erarbeitung der Richtlinie Gespräche der L-Bank mit dem Wirtschaftsministerium stattgefunden. Sie haben wahrscheinlich die ursprüngliche Fassung von der L-Bank bekommen und nicht das, was mit den Koalitionsfraktionen ausgehandelt wurde.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Knapp, ist Ihre Zwischenfrage damit beantwortet?

(Abg. Thomas Knapp SPD: Nein!)

Dann bitte ich Sie, sie jetzt zu stellen.

**Staatssekretär Richard Drautz:** Mir ging es nur darum, diesen Sachverhalt zuerst noch darzustellen. – Jetzt können Sie gern Ihre Zwischenfrage stellen.

**Abg. Thomas Knapp SPD:** Herr Staatssekretär, können Sie zwei Dinge bestätigen, nämlich erstens, dass diese Nachrangdarlehen wirklich nur für bestehende Betriebe mit einem Umsatz von 1 Million bis 50 Millionen € gewährt werden? 100 000 bis 1,5 Millionen €, das ist richtig, aber es muss ein bestehender Betrieb mit 1 Million € Umsatz sein.

Können Sie zweitens bestätigen, dass dieses Programm typischerweise nicht für neue Projekte, Anlagen und Gesellschaften gedacht ist?

Können Sie mir vielleicht noch sagen, welche Landwirte deutlich mehr als 1 Million € Umsatz machen.

**Staatssekretär Richard Drautz:** Herr Knapp, schön, dass Sie die Frage stellen. Beides kann ich Ihnen bestätigen. Wir haben das in dem Programm besprochen. Da geht es gerade darum, dass die Millionengrenze, die Sie angesprochen haben, hier nicht gilt, sondern dass Landwirte ein Darlehen aus diesem Programm beantragen können.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Das ist aber an die Banken hinausgegangen am 29.! Ich habe es in meinem Büro per Fax!)

Ich kann Ihnen diese Unterlagen von der L-Bank nachher zeigen. Sie belegen, dass das im Gespräch so entwickelt wurde.

Meine Damen und Herren, in ihrer Funktion als wirtschaftliches Eigenkapital erfüllen diese Nachrangdarlehen genau den im Antrag der SPD geforderten Zweck, die Spielräume für die Kreditaufnahme bei anderen Banken zu erhöhen. Aus diesen Gründen hält die Landesregierung die Auflage eines weiteren, auf Biogas produzierende Unternehmen spezialisierten Unternehmensbeteiligungsfonds für nicht erforderlich.

Herr Knapp, ich möchte Ihnen noch eines sagen: Der Fachverband Biogas, den Sie ja sicher kennen,

(Abg. Thomas Knapp SPD: Da habe ich letztes ein Referat gehalten!)

wollte nicht, dass man unter die Millionengrenze geht. Vielmehr wollte der Fachverband, dass man über der Millionengrenze bleibt. Das sage ich bloß zur Orientierung darüber, was der Fachverband wollte.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch auf den Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/562, eingehen. Das Bioenergiedorf Mauenheim ist ein hervorragendes Beispiel dafür, dass sich gute Lösungen auch schon heute durchsetzen können.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zurufe von den Grünen)

Das Bioenergiedorf Mauenheim wurde vom Landwirtschaftsministerium gefördert. Seit dieser Legislaturperiode ist das Wirtschaftsministerium für die energetische Nutzung der Biomasse und damit zukünftig auch für ähnlich angelegte Projekte zuständig. Das Landwirtschaftsministerium befasst sich mit dem ebenfalls wichtigen Thema der Erzeugung von Biomasse. Auch wir halten bei diesem Vorhaben die Kombination zwischen Biogasanlage und Holzhackschnitzelheizwerk für vorbildlich.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Palmer?

**Staatssekretär Richard Drautz:** Sofort.

Damit ist sogar die Befriedigung der Spitzenlast

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Was hat denn das mit Spitzenlast zu tun?)

ausschließlich mit regenerativer Energie sichergestellt. Auch die hohe Anschlussquote im bestehenden Gebäudebestand und das Finanzierungsmodell sowie die Einbindung verschiedener Akteure, zum Beispiel der Landwirtschaft, sind hier modellhaft. Solche Wertschöpfungskreisläufe sind ganz im Sinne der Zielsetzungen des Biomasseplans des Landes vom März 2006.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Sie müssen doch einmal die Frage beantworten, warum es nicht mehr solcher Projekte gibt! – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abg. Boris Palmer, bitte stellen Sie Ihre Zwischenfrage.

**Abg. Boris Palmer GRÜNE:** Herr Staatssekretär, wären Sie aufgrund Ihrer offenbar großen Sympathie für Biogasanlagen bereit, der Gemeinde Ofterdingen einen Besuch abzustatten, in welcher sich eine Anlage mit einer Leistung von 250 Kilowatt befindet, die 300 m von einem soeben erschlossenen Neubaugebiet entfernt ist, wo sich der Bürgermeister jedoch weigert, die vorhandene Abwärme in dieses Neubaugebiet zu leiten, sodass die Abwärme durch Wärmeabgabe in die Luft unmittelbar ins Klima gelangen muss? Wären Sie bereit, den Herrn Bürgermeister von der Sinnhaftigkeit der Wärmeabgabe in Gebäude zu überzeugen?

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das kann man doch unter Kollegen regeln! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das könnt ihr doch unter euch klären! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort hat Herr Staatssekretär Drautz.

**Staatssekretär Richard Drautz:** Herr Palmer, ich muss Ihnen zu diesem Thema eines klar sagen: Da liegen Sie völlig richtig.

(Heiterkeit bei der CDU – Beifall der Abg. Boris Palmer GRÜNE und Thomas Knapp SPD)

Dazu sage ich in meiner Rede sowieso noch etwas. Mir ist unheimlich wichtig, dass ich, wenn ich Strom erzeuge, auch die Abwärme nutzen muss.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Thomas Knapp SPD, ein Schriftstück in die Höhe haltend: Wieso gibt es dann so eine Antwort? – Gegenruf der Abg. Carla Bregenzer SPD: Die hat der Staatssekretär nicht geschrieben!)

Dies ist unheimlich wichtig. In zukünftigen Programmen muss dies berücksichtigt werden. Es kann niemand mehr gefördert werden, der nur Strom erzeugt und nicht die Abwärme nutzt.

Ich komme gerne nach Ofterdingen und werde mir die Anlage anschauen.

(Zurufe von der SPD: Bravo! – Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Minister Hauk.

**Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nur noch wenige kurze Anmerkungen dazu.

Herr Kollege Drautz hat zu Recht angemerkt, dass sich im Zuge der Neubildung der Regierung die Ressortzuschnitte verändert haben. Das Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum ist noch für den Bereich der nachwachsenden Rohstoffe zuständig. Natürlich sind wir aber gemeinsam bestrebt, im gesamten Prozess die Wertschöpfung vor allem zugunsten der Landwirte – Herr Kollege Knapp, da haben Sie völlig recht – zu erhöhen.

Wir stellen auch gemeinsam fest, dass die vorhandenen Systeme im technischen Bereich mittlerweile schon ziemlich ausgereizt sind. Bei der Herstellung von Strom aus Biogas ist nicht mehr viel zu verbessern. Wichtig ist allerdings, die Effizienz der Systeme zu erhöhen. Das heißt, Wärme muss zwingend genutzt werden. Das muss dann auch ein Bestandteil des EEG werden.

Zum Zweiten ist es notwendig, dass wir zur Verbesserung des Ertrags der nachwachsenden Rohstoffe deutlich mehr machen. Nun gibt es hierzu „gefährliche Wege“ – so würde der Kollege Palmer sagen –, nämlich den Einsatz von Gentechnik zur Ertragssteigerung bestimmter Sorten. Es gibt auch züchterische Wege für Ertragssteigerungen.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Richtig! Die hat es schon immer gegeben!)

An dieser Baustelle muss man arbeiten. Wir arbeiten gemeinsam mit der Universität Hohenheim an einem Projekt am Lindenhof, bei dem es im Prinzip nicht darum geht, Verbesserungen beim Thema Biogas zu erreichen, sondern es geht darum, dass wir neben dem bislang hauptsächlich eingesetzten Mais auch auf andere Möglichkeiten des Inputs zurückgreifen können, zum Beispiel auf Gras von Extensivstandorten, die man sowieso mähen muss, wo sowieso Naturschutzpflegearbeiten anfallen, wo wir im Augenblick Schwierigkeiten haben, die anfallende Biomasse sinnvoll einzusetzen. Das sind die Systeme, die wir derzeit verstärkt vor allem in der angewandten Forschung mit implementieren wollen.

Der zweite offene Punkt ist das Thema „Liquiditäts- und Eigenkapitalversorgung“ vor allem der Landwirte. In dem angesprochenen Bereich müssen doch relativ hohe Investitionen getätigt werden. Das, was das Ressort des Kollegen Drautz und mein Ressort in der Stellungnahme auf die entsprechenden Landtagsdrucksachen geschrieben haben, widerspricht sich überhaupt nicht.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Wir sind uns einig: Beteiligungsfonds helfen den Landwirten nicht weiter. Denn bei Beteiligungsfonds sind fremde Eigenkapitalgeber beteiligt, die natürlich eine andere Rendite wollen. Wir haben hingegen die Zielsetzung, dass wir

(Minister Peter Hauk)

möglichst viel aus der Wertschöpfungskette in der Region halten wollen. Da gibt es die Möglichkeit der Eigenkapitalverbesserung durch verschiedene banktechnische Möglichkeiten und Lösungen. Im Bereich der Agrarförderung sind wir ganz bewusst an dieser Baustelle tätig. Das hat mit der L-Bank zunächst einmal gar nichts zu tun.

Der letzte Teil wird natürlich interessant, wenn es um Nachfolgeprojekte geht. Da müssen wir – da kann man jetzt im Prinzip nur Zukunftsmusik spielen – uns überlegen, ob wir nicht auch ein Stück weit bestehende Programme umstellen. Das ist bei der Stadtsanierung das Thema „Nahwärmeverversorgung in Städten“ – die Stadtsanierung greift ja auch in kleineren Gemeinden –, und das ist beim ELR im Bereich der Dorfentwicklung natürlich das Thema Nahwärmeverversorgung.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Mit Anschlusszwang, sonst geht es nicht!)

Was Ofterdingen und anderes angeht: Herr Palmer, ich komme auch einmal nach Ofterdingen, wenn Sie unbedingt wollen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ja! Das war eine Zusage! – Zuruf des Abg. Thomas Knapp SPD)

Wenn man einen Fall nicht kennt, soll man nicht pauschal darüber urteilen. Nur, eines ist klar: Wir brauchen natürlich solche Nahwärmesysteme. Denn die Individualheizung ist eher ein Klimakiller, auch wenn die Systeme individuell verbessert werden. Wir müssen auf Nahwärmesysteme umstellen. Dafür brauchen wir einen Schub. Das kann unter Umständen auch über umjustierte, bereits vorhandene Programme vorangebracht werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Halt, halt, halt! – Abg. Ute Vogt SPD: Halt! Doch!)

– Herr Abg. Knapp, bitte schön, Sie erhalten das Wort. Sie haben noch 2 Minuten und 46 Sekunden Redezeit.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist mehr, als er braucht!)

**Abg. Thomas Knapp SPD:** Sehr geehrte, liebe Frau Präsidentin!

(Oh-Rufe von allen Fraktionen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Charmant. Danke.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Das gibt trotzdem nicht mehr Redezeit als 2 Minuten und 46 Sekunden!)

**Abg. Thomas Knapp SPD:** Das reicht locker.

Herr Staatssekretär, Sie haben sich vorhin wirklich zwischen alle Stühle gesetzt.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das geht aber nicht! – Heiterkeit)

– Aber nicht so, wie Sie denken. – Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Sie sitzen im Grunde zwischen Rot und Grün. Denn das, was Sie als Antwort gegeben haben, hat nichts mit dem zu tun, was in der Landtagsdrucksache steht, bis auf den Punkt, dass Sie das L-MezzaFin-Programm beschrieben haben. Aber das hat nichts mit dem zu tun, was in der Landtagsdrucksache steht.

Aus diesem Grund sagen wir ganz ehrlich: Hier ist die Stellungnahme zum Antrag der Fraktion GRÜNE, vom MLR gegeben, und hier die Stellungnahme zu unserem Antrag, vom Wirtschaftsministerium gegeben. Wenn man diese Stellungnahmen miteinander vergleicht, dann sieht man: Hier besteht wirklich noch ehrlicher Diskussionsbedarf. Ich denke, es besteht auch Handlungsbedarf. Deshalb möchten wir unseren Antrag an den Ausschuss überweisen mit der Bitte, dass er dort – entweder bei uns im Wirtschaftsausschuss oder in beiden Ausschüssen –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Bei uns! Wir sind zuständig!)

gemeinsam mit dem Antrag der Grünen behandelt wird. Ich glaube, bei uns besteht der größte Bedarf an Diskussionen, weil wir – der Wirtschaftsausschuss – im Grunde ja der Ausschuss sind, der das Thema L-Bank unter sich hat.

Wir bitten um Überweisung unseres Antrags und wollen heute keine Abstimmung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Murschel.

**Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nur ganz wenige Worte. Ich werde die Redezeit nicht ausschöpfen. Ich finde es ganz prima, wie das jetzt läuft. Ich habe den Eindruck gehabt, dass aus einem etwas unscheinbaren Thema, nämlich einer möglichen Finanzierungsgeschichte für Investoren im Biogasbereich, eine umfassende Debatte darüber werden kann, wo eine Biogasproduktion und wo nachwachsende Rohstoffe in Baden-Württemberg hingehen können.

Die rein finanztechnische Geschichte, zu der das jetzt gerade geführt hat, hat mich eher etwas verwirrt. Ich habe einmal kurz im Internet recherchiert, was dieses L-MezzaFin ist. Man hat nicht viel darüber gefunden, weil es ja noch gar nicht wirklich auf dem Markt ist. Wenn es da wirklich Schwellenwerte von 1 Million € Jahresumsatz gibt, dann ist der Großteil der landwirtschaftlichen Betriebe davon nicht betroffen. Dann ist das einfach das falsche Programm.

Die andere Geschichte ist der Antrag der Grünen zu Mauenheim. Gute Beispiele sollten gefördert werden. Ich habe noch nicht verstanden, ob es wirklich gefördert werden soll. Wir werden im Ausschuss darüber diskutieren.

Ich möchte aber kurz noch einen Punkt ansprechen, der mir wichtig ist. Die Euphorie über Biomasse braucht einen kla-

(Dr. Bernd Murschel)

ren Dämpfer in der Richtung, dass wir in der landwirtschaftlichen Produktion bestimmte Rahmenbedingungen einhalten müssen.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Einig! Keine Monokulturen!)

– Keine Monokulturen. – Wir bekommen täglich Briefe hier ins Haus, Sie wahrscheinlich auch – zumindest diejenigen, die von diesem Fach betroffen sind. Von einer Resteverwertung oder einer Zwischenresteverwertung, die man bei der Biomassenutzung einmal angedacht hatte, sind wir inzwischen weit weg. Wir haben inzwischen reine Energiewirte, die in Monokulturen Mais anbauen, und zwar mit allen negativen Folgen, die daraus entstehen. Da brauchen wir Rahmenbedingungen. Dieses Thema werden wir im Ausschuss ausführlichst ansprechen und zur Sprache bringen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, für beide Anträge ist die Überweisung zur weiteren Beratung an den Wirtschaftsausschuss beantragt.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ja!)

Sie stimmen dem zu. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 9 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion der SPD – Erweiterter Kündigungsschutz und Zweckentfremdungsverbot zum Schutz vor Mieterverdrängung und Sicherung des Wohnungsbestandes in den baden-württembergischen Groß- und Universitätsstädten – Drucksache 14/619**

– dringlich gemäß § 57 Abs. 3 GeschO

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Mentrup.

**Abg. Dr. Frank Mentrup** SPD: Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die SPD bekennt sich ausdrücklich dazu, dass es auch in die Verantwortung der Landespolitik gehört, bezahlbaren Wohnraum in den Großstädten sicherzustellen, und dass es auch eine Aufgabe der Landesregierung sein muss, verantwortungsvoll Verordnungen zu erlassen, die es den Kommunen ermöglichen, in Fragen der Quartierentwicklung, in sozialer Hinsicht, in der Entwicklung von Gewerbeflächen und auch in der Stadtentwicklung eigene Kompetenzen zu übernehmen und umzusetzen.

Heute, meine Damen und Herren, geht es nicht um diese großen Würfe, sondern heute geht es unter den etwas sperrigen Titeln einer Verordnung über das Verbot der Zweck-

entfremdung von Wohnraum und einer Verordnung über einen erweiterten Kündigungsschutz bei umgewandelten Mietwohnungen um zwei Instrumente, zu denen sich dieser Landtag und diese Landesregierung vor fünf Jahren noch einmal eindeutig entschlossen haben. Es sind zwei Instrumente, die am 31. Dezember 2006, also in wenigen Tagen, auslaufen werden.

Da ich es immer wieder erlebe, dass die Bedeutung dieser Instrumente nicht so ganz bekannt ist, möchte ich sie noch einmal kurz erläutern.

Da gibt es zum einen die Verordnung über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum, ein Steuerungsinstrument, das nicht wahllos verhindert, dass Mietwohnungen umgewandelt werden können, das aber der Kommune, die dies wünscht, die Möglichkeit gibt, selbst mit zu entscheiden, ob einem bestimmten Ersuchen, aus Wohnraum Gewerbeflächen oder etwas anderes zu entwickeln, zuzustimmen ist. Das führt nach dem, was man aus den Städten an Resonanz bekommt, nicht zu großen Zahlen. In der Stadt, aus der ich komme, sind von 60 Anträgen letztlich 45 positiv beschieden worden. Mancher ursprünglich vorgesehener Antrag wurde nach entsprechender Beratung gar nicht gestellt.

Was sollte uns denn daran hindern, den Kommunen weiter dieses Steuerungsinstrument zu überlassen, das es ihnen erlaubt, zu verhindern, dass in Stadtteilen, die überwiegend der Wohnversorgung dienen, aus Wohnungen wahllos Gewerberäume, Praxen oder auch andere Gewerbenutzungen gemacht werden?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das Zweite ist die Verordnung über einen erweiterten Kündigungsschutz bei umgewandelten Mietwohnungen. Statt drei Jahren wird bei der Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen eine Übergangszeit von zehn Jahren gewährt. Hierzu haben sich vor fünf Jahren die Städte Konstanz, Heidelberg, Tübingen, Freiburg und Mannheim bereit erklärt und dieses Sicherungsinstrument gewünscht. Dieses Sicherungsinstrument ist vor allem in den Quartieren ganz entscheidend, in denen durch den Niedergang oder durch den Verkauf großer Wohnungsbestände aus ehemals sozial gefördertem Wohnraum jetzt die Angst grassiert, dass langjährige, zum Teil jahrzehntelange Mietverhältnisse innerhalb von drei Jahren aufgelöst werden müssen.

Hier geht es also nicht nur darum, strategisch preiswerten Wohnraum zu erhalten, und die Zahlen darüber, was sich hier jährlich entwickelt, finden sich auch in keiner Statistik wirklich am Ende messbar in der Wohnraumversorgungsquote wieder. Aber ich kann Ihnen aus den Erfahrungen in den jeweiligen Stadtteilen bestätigen, dass diese Verordnung sehr wohl als schützenswert, sehr wohl als Sicherheit schaffend und sehr wohl als sehr wichtig für das Lebensgefühl der Bewohnerinnen und Bewohner empfunden wird, die sonst als Mieterinnen und Mieter darum bangen müssten, dass ihre Wohnung erworben wird und sie sich innerhalb von drei Jahren möglicherweise nach einer neuen Bleibe umsehen müssen.

Warum sollte man Kommunen versagen, auch einer solchen Verordnung beizutreten, um deutlich zu machen, dass wir

(Dr. Frank Mentrup)

auch hier einen Schutz für diese Mieterinnen und Mieter brauchen?

(Beifall bei der SPD)

Wie war der Gang der Beratung? Am 11. Dezember 2001 wurden diese Verordnungen, befristet auf fünf Jahre, erneut erlassen. Am 22. Februar dieses Jahres hat der Landtag beschlossen, die Landesregierung zu ersuchen, zur Frage der Wohnraumversorgung eine Datenerhebung durchzuführen und das Ergebnis bis zum 15. September 2006 dem Landtag vorzulegen, um dann mitzuteilen, ob diese Verordnungen denn verlängert werden sollten.

Nicht am 15. September, sondern am 16., 17., 18. November 2006 wurden wir informiert. Diese Antwort und die Kürze der Zeit haben es sehr schwierig gemacht, zu diesen Dingen noch einmal Stellung zu nehmen. Ich bin sehr froh, dass sich das Präsidium des Landtags darauf einigen konnte, die Dringlichkeit unseres Antrags zu bejahen, sodass wir hier zu dieser wichtigen, die Menschen vor Ort berührenden Frage auch als politisches Gremium Stellung nehmen können und das Ganze nicht allein der Umsetzung von Rückmeldungen aus den Städten und einem Verwaltungshandeln überlassen.

Die Vorlage der Verwaltung sieht vor, die Geltungsdauer der beiden Verordnungen nicht zu verlängern, wobei gleichzeitig festgestellt wird, dass alle Städte, die bisher unter diese Verordnungen gefallen sind, dennoch eine Verlängerung dieser Verordnungen wünschen und in ihren Rückmeldungen aus dem Zahlenmaterial darstellen können, dass die Unterversorgung mit Wohnraum weiter in dem Korridor liegt, der ein Aufrechterhalten dieser Verordnungen möglich macht.

Weiter stellen alle Städte fest – das ergibt sich auch aus dieser Vorlage –, dass es bei der Umsetzung dieser Verordnungen keine Schwierigkeiten gibt und dass sie vor allem nicht dazu führen, meine Damen und Herren, dass man dort den Immobilienhandel erschwert oder unmöglich macht, dass man es nicht unmöglich macht, dass eine Zweckentfremdung an bestimmten Stellen auch sinnvoll erscheinen mag, sondern dass man den Kommunen Instrumente an die Hand gibt, hierüber mit zu entscheiden, und dass die Kommunen weiter diese Instrumente wünschen.

Von daher kann ich überhaupt nicht verstehen, wenn in einer Stellungnahme der Landesregierung Umsetzungsschwierigkeiten und mögliche verfassungsrechtliche Bedenken in einer Weise aufgebauscht werden, die dazu führt, dass man entscheidet: Die Kommunen wünschen es zwar, aber wir schlagen trotzdem die Hand an dieser Stelle weg – nachdem man die Kommunen vorher in einem Schreiben aufgefordert hat, genau diese Datenerhebung vorzunehmen und auch zu der Verordnung als solcher Stellung zu nehmen. Als Kommunalpolitiker oder Kommune muss man sich ein Stück weit an der Nase herumgeführt fühlen, wenn die Argumente am Ende gar nicht ernsthaft betrachtet werden.

Von daher erschließt es sich uns eigentlich aus der Logik: Wenn es Kommunen gibt, die sich dafür entschieden haben, die Fortsetzung dieser Verordnungen zu befürworten, und wenn nachgewiesen werden kann, dass der Korridor für diese Verordnungen weiter vorhanden ist, sollte es eigentlich

eine Selbstverständlichkeit sein, diese Verordnungen weiter aufrechtzuerhalten. Die Bürokratie, von der in diesem Zusammenhang viel die Rede ist, haben dann die Kommunen an der Backe. Die möchten sie aber auch gerne haben. Von daher gibt es gar keinen Grund, ein wichtiges Steuerungs- und Sicherungsinstrument an dieser Stelle leichtfertig aus der Hand zu geben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich könnte jetzt auf vielerlei bekannte Argumente eingehen, die ich in den letzten Wochen zu diesem Thema gehört habe. Es sind alles Argumente, die seinerzeit – 2001 – genauso galten wie heute. Damals hat man sich in diesem Haus trotzdem für eine andere Vorgehensweise entschieden. Ich werde nachher in meiner Reaktion zu dem einen oder anderen Argument, das sich offensichtlich doch nicht aus der Welt schaffen lässt, noch Stellung nehmen. Im Moment bitte ich Sie, an dieser Stelle einfach die Vernunft walten zu lassen und Regelungen, die sich bewährt haben, an Orten, wo dies gewünscht wird, weiterhin zu ermöglichen. Die Verordnungen werden ja niemandem aufgezwungen.

Sie, Herr Drautz, der Sie ja dann für die Landesregierung dazu Stellung nehmen – wir hatten ja schon einmal in der Fragestunde das Vergnügen, darüber zu diskutieren –, darf ich um zwei Dinge bitten. Sie haben seinerzeit permanent von der Fehlbelegungsabgabe gesprochen und die Begründung gegen die Zweckentfremdungsverordnung angeführt, obwohl ich nach dem erweiterten Mieterschutz gefragt habe. Ich würde Sie bitten, dass wir uns heute darauf einigen: Wir reden nicht über die Fehlbelegungsabgabe, sondern nur über die Zweckentfremdungsverordnung und die Verordnung zum erweiterten Mieterschutz.

Und ich würde Sie wirklich bitten, Herr Drautz: Nehmen Sie bitte zu den Argumenten, die Ihnen vor Ort entgegengehalten werden, Stellung. Sagen Sie nicht einfach: „Da müssen wir halt ein paar Städten auf den richtigen Weg verhelten. Die sollen sich bitte an Heilbronn orientieren.“ Das ist keine sachliche Diskussion in einer Frage, in der es um die Ängste der Menschen und die Entwicklung von sozialen Quartieren geht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erhält Herr Abg. Mack.

**Abg. Winfried Mack** CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Mentrup! Herr Mentrup hat am Anfang seiner Rede gesagt, wir hätten vor allem die Aufgabe, für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen. Insoweit stimmen wir überein. Bezahlbaren Wohnraum gibt es nur, wenn es einen funktionierenden Wohnungsmarkt und möglichst wenig Bürokratie gibt.

Wenn Sie von Mannheim sprechen – und Sie kommen ja aus Mannheim –, muss ich Sie fragen: Warum stehen ausgerechnet in Mannheim, wo diese Instrumente bestehen, die Sie gerade so gerühmt haben, in bestimmten Vierteln 20 % aller Wohnungen leer?

(Winfried Mack)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/  
DVP)

Eigentlich müssten in Mannheim ja traumhafte Verhältnisse vorherrschen und müsste jede Wohnung sofort wieder renoviert und belegt werden. So ist es eben nicht.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das ist ein überzeugendes Argument!)

Frau Vogt verlässt schon den Saal, weil sie sieht, dass bei diesem Thema nichts mehr zu gewinnen ist.

(Heiterkeit bei der CDU – Abg. Helen Heberer SPD: Sachlich bleiben! – Zuruf von der SPD: Wo ist denn Herr Mappus? – Abg. Carla Bregenzer SPD: Herr Mappus ist schon heute Mittag gegangen! – Zuruf von der SPD: Das war gefährlich! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort hat Herr Abg. Mack!

**Abg. Winfried Mack** CDU: Wie sieht es denn real aus? Wer sich auf den Wohnungsmärkten im Land umschaute, stellt doch fest: Gerade bei Büro- und Gewerbeflächen haben wir eher einen Überhang. Kaum jemand wird eine Wohnung in Mannheim, Freiburg, Konstanz, Heidelberg oder Tübingen in ein Büro oder eine Gewerbefläche umwandeln.

(Abg. Wilfried Klenk CDU: So ist es!)

Das kommt in Ausnahmefällen vor, sagen wir einmal, wenn sich ein Rechtsanwalt neue Kanzleiräume sucht und dafür ein spezielles Haus erwerben will. Aber eine Etagenwohnung, eine klassische Mietwohnung kommt bei der derzeitigen Wohnraumlage doch gar nicht hierfür infrage.

Stellen Sie sich angesichts der derzeitigen Kündigungsfrist von zehn Jahren folgendes Beispiel vor: Sie wollen für Ihren Sohn oder für Ihre Tochter in Freiburg von der städtischen Wohnungsbaugesellschaft eine Wohnung erwerben,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist ein schlechtes Beispiel! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: In Freiburg wollen die doch alles verkaufen! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Nehmen Sie eine andere Stadt!)

weil Sie sagen: Ich kaufe eine Wohnung, und dann kann mein Sohn oder meine Tochter später in diese Wohnung einziehen. Jetzt müssen Sie diese Wohnung, um später einmal aufgrund von Eigenbedarf kündigen zu können – zehn Jahre Kündigungsfrist! – zehn Jahre vor diesem Zeitpunkt erwerben. Das heißt, die Tochter oder der Sohn sind acht oder neun Jahre alt, wenn die Wohnung gekauft wird, damit sie mit 18 oder 19 Jahren dann in diese Wohnung einziehen können.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Und dann kriegt er da womöglich keinen Studienplatz!)

An diesem Beispiel sieht man, welch ein Unsinn diese Staatswirtschaft ist, die Sie da verteidigen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Diesen Unsinn haben Sie mitgeschlossen!)

Außerdem müssen wir uns fragen: Kann man per Verordnung den Leuten verbieten, ihre Wohnung leer stehen zu lassen? Wenn ein Vermieter in Tübingen – wo Sie, Herr Palmer, bald Oberbürgermeister sein werden – oder in Freiburg, obwohl dort gute Mieten zu erzielen sind, trotzdem sagt: „Ich lasse die Wohnung leer stehen, weil ich mit den derzeitigen Verhältnissen nicht mehr einverstanden bin, weil ich mit dem derzeitigen Mietrecht nicht mehr einverstanden bin, weil ich vielleicht schlechte Erfahrungen mit Mietern gemacht habe“, dann wird er doch Mittel und Wege finden, um diese Wohnung eben nicht mehr dem Mietwohnungsmarkt zuzuführen. Wir können noch so viele Verordnungen machen und sagen, es sei verboten, eine Wohnung nicht zu vermieten – wenn der Vermieter die Wohnung nun einmal nicht vermietet, dann steht sie leer.

Deswegen glaube ich, dass diese Instrumente völlig am Markt vorbeigehen, völlig an den Bedürfnissen dieser Zeit vorbeigehen, und dass sie überhaupt nichts bringen. Im Gegenteil: Es ist ein Haufen Bürokratie. Sie behindern den Wohnungsmarkt, und deswegen sind sie schädlich für den Wohnungsmarkt, schädlich für die Mieter, weil sie keinen bezahlbaren Wohnraum mehr finden, und schädlich auch für die Vermieter.

Artikel 14 des Grundgesetzes sagt, dass ins Eigentum nur dann eingegriffen werden kann, wenn es gute Gründe dafür gibt und wenn mit einem bestimmten Mittel ein bestimmter Zweck erreicht werden kann. Aber mit den Mitteln, die die beiden Verordnungen ergriffen haben, kann der Zweck, nämlich mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, gar nicht erreicht werden. Deswegen sind diese Verordnungen mittlerweile möglicherweise auch als verfassungswidrig anzusehen; jedenfalls hat das Amtsgericht Mannheim ein solches Urteil erlassen.

Die anderen Bundesländer nehmen Abstand von diesen Verordnungen. Es gibt nur noch ganz wenige Bundesländer, die diese Verordnungen haben. Viele Städte im Land sind schon vor fünf Jahren abgesprungen. Deswegen ist es richtig, dass diese Verordnungen zum 31. Dezember auslaufen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Gute Rede! Sehr gut! Prima!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erhält Frau Abg. Sitzmann.

(Abg. Ernst Behringer CDU: Freiburg lässt grüßen!)

**Abg. Edith Sitzmann** GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt kommt Freiburg!)

Wir haben es gehört: Die Landesregierung will die Zweckentfremdungsverordnung und die Verordnung zur zehnjährigen Kündigungssperrfrist nicht verlängern. Wir wissen

(Edith Sitzmann)

das nur deshalb, weil wir Grünen in der letzten Plenarsitzung in der Fragestunde nachgefragt haben, ob die Informationen, die wir von Betroffenen bekommen haben, tatsächlich stimmen.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Ja! Wunderbar!)

Die Informationspolitik vonseiten der Landesregierung möchten wir ganz entschieden kritisieren. Wie der Kollege Mentrup gesagt hat, gibt es einen Beschluss des Landtags, dass die Landesregierung berichten muss, und zwar hätte sie bis zum 15. September 2006 berichten müssen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE und Abg. Ursula Haußmann SPD: Aha!)

Tatsächlich ist dieser Bericht zwei Monate später gekommen, und zwar erst, nachdem wir in der Fragestunde nachgefragt hatten, wie der Stand ist, und nachdem der Staatssekretär auf viele Fragen keine erschöpfende Auskunft dazu geben konnte, wie sich denn die Situation in den betreffenden Städten tatsächlich entwickelt hat. Das ist eine schlechte Informationspolitik. Wir lehnen ein solches Vorgehen ab, denn es wird der Problemlage nicht gerecht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Worum es geht, hat der Kollege Mentrup schon dargestellt. Mit der Zweckentfremdungsverordnung haben die Städte mit erhöhtem Wohnraumbedarf – das betrifft vor allem die Großstädte und die Universitätsstädte – die Möglichkeit, zu verhindern, dass Wohnraum in Gewerbeflächen umgewandelt wird.

Zum Thema Kündigungsschutz: Wenn Mietwohnungen, die vorher staatlich gefördert worden sind, in Eigentumswohnungen umgewandelt werden, dann gilt ein verlängerter Kündigungsschutz von zehn statt normalerweise drei Jahren.

Beide Verordnungen gelten in Freiburg, Heidelberg, Konstanz, Mannheim und Tübingen. All diese Städte, in denen diese Verordnungen gelten, sind einhellig der Meinung, dass das sinnvolle Instrumentarien sind. Diese Städte möchten auch in Zukunft diese Instrumentarien behalten, weil sie damit Entwicklungen steuern können, die wichtig sind.

Es ist doch tatsächlich so: Sie haben die Kommunen angeschrieben und um ihre Meinung gebeten. Da haben die alle gesagt: Wir wollen die Verordnung behalten. Das ging so weit, dass es in vielen Städten in den Gemeinderäten auch Resolutionen gab. Von Mannheim war hier bereits die Rede. In Konstanz hat der Gemeinderat einstimmig, also auch mit den Stimmen der CDU, dafür gestimmt, dass diese Instrumente erhalten bleiben. Heute steht im Gemeinderat von Heidelberg das Thema auf der Tagesordnung.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Alle wollen es, nur Mack will es nicht!)

Leider sehe ich den Kollegen Pfisterer nicht. Uns würde doch interessieren, was er als Abgeordneter einerseits und Heidelberger Stadtrat andererseits dazu für eine Position einnimmt.

Fazit ist, dass die Bedürfnisse, die die Kommunen eindeutig und vehement geäußert haben, von Ihnen und von der Landesregierung ignoriert werden und damit die Gefahr besteht, dass Instrumente, die wichtig und sinnvoll waren, nicht mehr eingesetzt werden können.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Bachmann?

**Abg. Edith Sitzmann GRÜNE:** Nein, die gestatte ich nicht.

(Beifall der Abg. Brigitte Lösch und Boris Palmer GRÜNE – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr schön!)

Man muss manchmal auch Prioritäten setzen.

(Heiterkeit)

Klar ist: Wenn man den Bericht der Landesregierung, der uns jetzt endlich vorliegt, liest, dann zeigt sich, dass die Argumente, die hier aufgeführt worden sind, fadenscheinig sind und dass einfach der politische Wille fehlt, diese Entwicklungen weiter von den Kommunen steuern zu lassen. Die Aussage, dass es kein exaktes Zahlenmaterial gebe, ist de facto nicht richtig. Auch in den Kommunen gibt es örtliche Wohnraumanalysen. Der Datenbestand ist also durchaus vorhanden.

Jetzt möchte ich Sie noch auf eine Pressemitteilung hinweisen, die wir bekommen haben: über die Ziele des Wirtschaftsministers in diesem Land. Herr Staatssekretär, ich bitte Sie, darauf zu reagieren bzw. dem Minister diese Bitte auszurichten. In dieser Pressemitteilung heißt es, dass der Wirtschaftsminister gegen die Verödung der Innenstädte kämpfe. Laut eines Berichts der „Stuttgarter Nachrichten“ vom 7. November 2006 sagte er: „Die Stadtzentren müssen wieder das werden, was sie einmal waren: eine Heimat für Menschen.“ Wenn das wirklich Ihr Ziel ist und das nicht nur reine Lippenbekenntnisse sind, die man bei irgendwelchen Kongressen verkündet, dann müssen Sie dafür sorgen, dass diese Zweckentfremdungsverordnung auch in Zukunft gilt. Ich appelliere an Sie, intensiv beim Minister und bei den Regierungsfractionen dafür einzutreten und diese Verordnungen zu verlängern.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erhält Frau Abg. Fauser.

**Abg. Beate Fauser FDP/DVP:** Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Auf den ersten Blick sieht es ganz sympathisch aus: Wir machen eine Regelung, eine Wohnraumverordnung, oder wir verlängern die bestehende Regelung.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wir machen keine! Die existiert schon seit Jahren! Dafür haben Sie schon einmal Pfötchen gehoben!)

(Beate Fauser)

– Lieber Herr Schmiedel, jetzt wollen wir uns doch einmal den Details zuwenden. Ich habe den Eindruck, Sie haben null Ahnung, was für Verordnungen Sie laufend fordern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich bin der Meinung, dass Sie und Ihre Partei überhaupt nicht wissen, was Sie mit Ihrer Regulierungswut anrichten. Denken Sie an das Antidiskriminierungsgesetz.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das haben Sie  
alles einmal mit beschlossen!)

Das Antidiskriminierungsgesetz ist ja wirklich das letzte Beispiel einer unglaublichen Geschichte, wo man im Grunde genommen Tür und Tor für Verdummung öffnet.

Jetzt möchte ich Ihnen das einmal vorlesen, Herr Schmiedel, weil ich den Eindruck habe, dass Sie überhaupt nicht wissen, worüber Sie sprechen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Welchen Herrn  
Schmiedel meinen Sie denn? Wo sitzt der denn?)

Mit Erlaubnis der Präsidentin zitiere ich aus der Drucksache 14/575:

*Im Geltungsbereich des Zweckentfremdungsverbots kann der Eigentümer nur mit Genehmigung der Gemeinde Wohnraum leer stehen lassen, gewerblich oder sonst beruflich nutzen. Im Geltungsbereich des erweiterten Kündigungsschutzes darf sich der Erwerber einer Mietwohnung, die nach Einzug der Mieter in eine Eigentumswohnung umgewandelt wurde, zur Begründung einer Kündigung bis zum Ablauf von zehn Jahren (außerhalb des Geltungsbereichs: drei Jahre) seit der Veräußerung weder auf seinen Eigenbedarf noch auf sein Interesse an einer angemessenen wirtschaftlichen Verwertung berufen.*

Meine Damen und Herren, damit können Sie den Mietwohnungsbau vergessen. Ich möchte betonen: Jeder, der bei uns im Petitionsausschuss war, weiß, wie schwierig die Situation dort zum Teil gewertet wurde. Da gab es z. B. eine junge Frau, die ihre Heilpraktikerausbildung abgeschlossen hatte. Sie hatte gemeinsam mit ihrer Mutter eine große Wohnung in Stuttgart und wollte dort ihre Praxis einrichten. Sie durfte das nicht; denn wir hatten zu jener Zeit ja ein Zweckentfremdungsverbot.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber nur in Stuttgart!)

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen weitere Beispiele aufzählen. Aus diesem Grund gab es auch diverse Prozesse. Es ist so, dass dieses Zweckentfremdungsverbot im Grunde zu Riesenverwerfungen geführt hat. Das müssen wir doch bei unseren Überlegungen beachten.

Meine Damen und Herren, diese restriktiven Verordnungen tragen keineswegs dazu bei, dass in Zukunft mehr Wohnraum geschaffen wird. Wenn wir uns heute bei allen Anhörungen im Wirtschaftsausschuss umhören, bei denen es um Mietwohnungsbau geht, sagen uns die dortigen Sachverständigen: „Wir hätten eigentlich genügend Wohnraum,

wenn die Leute ihre Wohnungen auch wieder vermieten würden,

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: So ist es!)

aber sie haben heute aufgrund verschiedener Vorschriften Angst, ihre Wohnung zu vermieten, weil sie fast nicht mehr dazu in der Lage sind, die Mieten einzuziehen oder über ihr Eigentum zu verfügen,“ – auch bei Mietern gibt es, wie bei Vermietern, solche und solche – „und somit große Verluste hinnehmen müssen.“ Das kann nicht in unserem Sinne sein.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: So ist es!)

Wir sind doch alle der Meinung – und großartigerweise hat auch die Große Koalition in Berlin dies beschlossen –, dass man Bürokratie abbauen muss. Was Sie hier machen, ist kein Bürokratieabbau, meine Damen und Herren, sondern ein Bürokratieaufbau.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das kann nicht sein!  
Eine Verlängerung kann kein Aufbau sein!)

Hier wird im Grunde genommen ein generelles Verordnungsverbot erhalten.

– Lieber Herr Palmer, passen Sie auf: In Mannheim wurde die Kündigungssperrfristverordnung vom dortigen Amtsgericht als nicht verfassungsgemäß festgestellt. Das, was Sie hier vorschlagen, haben wir in einer Zeit gemacht, als man hoffte, mit diesen Verordnungen etwas zu erreichen. Damals war die Wohnraumsituation weit kritischer, wie Sie sich vielleicht erinnern. Aber Sie sind ja noch so jung, deshalb wissen Sie das wahrscheinlich nicht.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ich bin auch nicht aus Mannheim! – Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Er wird auch älter!)

Anfang der Neunzigerjahre gab es – Oh, er wird dreißig! Ah ja, sehr schön. Herr Oberbürgermeister, dann hoffe ich, dass Sie dazulernen; denn in Tübingen haben Sie dann die Möglichkeit, etwas zu erreichen.

(Beifall – Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, diese Eingriffe in das Eigentumsrecht sind wirklich erheblich und wurden aus diesem Grunde von vielen Gerichten kritisch begleitet. Natürlich könnte man jetzt noch sagen: „Gut, überlassen wir die Regelung den Kommunen, das ist nett, das ist auch zeitgemäß, das entspricht eigentlich auch der liberalen Idee,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ja!)

folgt dem Prinzip der Subsidiarität

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ja!)

und zeigt kommunale Verbundenheit.“

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ja!)

Dazu ist zu sagen, dass dies Artikel 3 des Grundgesetzes widerspricht, nämlich der Gleichbehandlung der Bürger. Wir müssen darauf achten, dass diejenigen, die Eigentum

(Beate Fauser)

haben, auch geschützt werden und dass sie einigermaßen gleich behandelt werden. Zudem ist unsere Fraktion der Meinung, dass diese Verordnungen sehr aufwendig sind, wenig bringen und zum Teil kontraproduktiv wirken.

Danke.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jawohl! – Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erhält Herr Staatssekretär Drautz.

**Staatssekretär Richard Drautz:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die SPD und jetzt auch die Grünen wollen eine Sache verhindern, die man zu Beginn gleich einmal positiv herausstellen sollte. Die Deregulierung im Wohnungswesen kommt voran. Wenn das Zweckentfremdungsverbot und die Verlängerung der Kündigungssperrfrist zum Jahresende entfallen, wird wohnungsrechtlicher Regelungsballast über Bord geworfen, der in seiner Wirkung und deshalb auch in seiner weiteren rechtlichen Haltbarkeit überaus fraglich ist.

Die Landesregierung hat in ihrer Mitteilung vom 17. November 2006 ausführlich begründet, warum ein Neuerlass des Zweckentfremdungsverbots und die Beibehaltung der verlängerten Kündigungssperrfrist nicht in Betracht kommen. Bevor ich hier trotzdem nochmals begründe, warum diese Verordnungen nicht in Kraft gesetzt werden, möchte ich kurz die Positionen der Groß- und Universitätsstädte im Land darstellen.

Vom Geltungsbereich der Verordnungen schon seit 2002 nicht mehr umfasst sind die Städte Heilbronn, Karlsruhe, Pforzheim, Reutlingen und Stuttgart. Der Bürgermeister nickt sehr freundlich und ist froh, dass es so ist.

(Zuruf von der CDU: Das ist gut so!)

Diese Städte gehen davon aus, dass die Verordnungen auch weiterhin entbehrlich sind.

Aktuell gelten die Verordnungen in den Städten Freiburg im Breisgau, Heidelberg, Konstanz, Mannheim und Tübingen. Diese Städte sind der Ansicht, dass die Verordnungen weiterhin gelten sollten. Wenn es die Landesregierung trotzdem für richtig hält, die Verordnungen nicht erneut zu erlassen, hat das folgende Gründe:

Zum einen ist nicht nachweisbar, dass die wohnungspolitischen Instrumente des Zweckentfremdungsverbots und der erweiterten Kündigungssperrfrist als repressive Maßnahmen geeignet wären, einen bestehenden oder drohenden Nachfrageüberhang langfristig zu verhindern oder auszugleichen. In den Städten, die seit dem Jahr 2002 nicht mehr von der Gebietskulisse der beiden Verordnungen umfasst sind, konnten insgesamt keine nachteiligen Auswirkungen auf den örtlichen Wohnungsmarkt festgestellt werden. Umgekehrt trat in den Städten, die in der Gebietskulisse verblieben sind, insgesamt keine überdurchschnittliche Entspannung der Wohnungsmarktsituation ein. Komisch!

Die Beschränkungen der freien Verfügbarkeit des Eigentums, die mit den beiden Verordnungen verbunden sind,

können vielmehr für potenzielle Investoren im Wohnungsbau abschreckend wirken und dadurch das Wohnungsangebot nachteilig beeinflussen. Dieser Gesichtspunkt wird umso bedeutsamer, je geringer aufgrund der angespannten Situation der öffentlichen Haushalte die steuerlichen und sonstigen Anreize für den Wohnungsbau werden.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Es erscheint auch zweifelhaft, ob angesichts der Zunahme der regionalen Mobilität der Bevölkerung gemeindebezogene Sonderregelungen gegen Zweckentfremdung und für die erweiterte Kündigungssperrfrist für örtliche Wohnungsmärkte überhaupt noch sachgerecht sind.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Hinzu kommt, dass das verfügbare statistische Datenmaterial nicht mehr geeignet ist, einen Eingriff in Eigentumsrechte zu rechtfertigen. Das Datenmaterial wird zunehmend unzuverlässig. Zuverlässige aktuelle Daten werden aber gebraucht, um festzustellen, ob eine besondere Gefährdung der Wohnraumversorgung im Sinne der Verordnungen vorliegt. Dabei wird die Zahl der angebotenen Wohnungen der Zahl der nachfragenden Privathaushalte gegenübergestellt. Die hierfür benötigten Zahlen der Privathaushalte werden jedoch nur näherungsweise ermittelt, indem die letztmals per Volkszählung im Jahre 1987 erhobenen Zahlen mithilfe des Mikrozensus fortgeschrieben werden. Die Unschärfe dieser Fortschreibungsmethode liegt zum einen darin begründet, dass beim Mikrozensus lediglich ca. 1 % der Haushalte jährlich befragt werden, und zum anderen darin, dass die durchschnittliche Haushaltsgröße nicht gemeindebezogen, sondern nur landesweit bestimmt und dann für einzelne Gemeinden ins Verhältnis zum Stand von 1987 gesetzt wird.

Ich möchte ferner auf verfassungsrechtliche Bedenken in der Rechtsprechung aufmerksam machen. Das Amtsgericht Mannheim sah im Jahr 2005 die Kündigungssperrfristverordnung wegen eines unverhältnismäßigen Eingriffs in Eigentümerrechte als verfassungswidrig an.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Das Amtsgericht!)

– Das Amtsgericht Mannheim. – Auch im Hinblick darauf tun wir also gut daran, die Verordnungen nicht wieder in Kraft zu setzen.

Schließlich möchte ich den Blick noch über Baden-Württemberg hinaus richten. Bundesweit besteht eine klare Tendenz zur Aufhebung der Zweckentfremdungsverordnungen und Kündigungssperrfristverordnungen. Außer in Baden-Württemberg gelten solche Verordnungen nur noch in Bayern,

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Bayern ist doch gut! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Bayern ist doch ein schönes Ländle!)

Hamburg und Nordrhein-Westfalen sowie eine Kündigungssperrfrist in Hessen und in Berlin. Zweckentfremdungsverbote wurden in den Jahren 2003 und 2004 in Hes-

(Staatssekretär Richard Drautz)

sen, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt aufgehoben.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wir sind wir!)

In Nordrhein-Westfalen, das Sie uns in Baden-Württemberg immer als Modellland anbieten wollen,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Jetzt nicht mehr! Das war einmal!)

werden Verordnungen nach dem Willen der dortigen Landesregierung ab dem Jahr 2007 auch nicht mehr gelten.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluss wieder auf Baden-Württemberg schauen. Es trifft sicher zu, dass wir in Baden-Württemberg nicht landesweit von einem entspannten Wohnungsmarkt ausgehen können. Ein ausreichendes Angebot auf dem Wohnungsmarkt kommt aber nicht dadurch zustande, dass weiterhin bürokratische, rechtlich außerordentlich bedenkliche, investitionshemmende und damit letztlich kontraproduktive Verordnungen erlassen werden.

Die Landesregierung hat im Interesse von Mietern und Vermietern vielmehr dafür zu sorgen, dass die Rahmenbedingungen für Investitionen in den Mietwohnungsbau stimmen und der Wohnungsmarkt von ineffektiven Gängelungen verschont bleibt. Mit dem Wegfall der Zweckentfremdungsverordnung und der Kündigungssperrfristverordnung wird hierzu ein wichtiger Beitrag geleistet.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Nachfrage des Herrn Abg. Schmiedel?

**Staatssekretär Richard Drautz:** Ja, jetzt gern.

**Abg. Claus Schmiedel SPD:** Herr Staatssekretär, Sie haben jetzt viele Gründe aufgeführt, aber Sie haben nicht erklärt, weshalb Sie die Städte erst um ihre Meinung gebeten und nach ihren Wünsche gefragt haben, um diese dann zu ignorieren. Warum haben Sie die Städte gefragt?

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Weil es sich so gehört! – Abg. Dr. Christoph Palmer CDU: Pro forma!)

**Staatssekretär Richard Drautz:** Die Städte haben wir natürlich gefragt. Ich habe hier ein Schreiben in der Hand, das wir bezüglich Mannheim verfasst haben. Denen habe ich geschrieben, dass in der politischen Diskussion ist, welche Folgen von eventuellen Veräußerungen größerer Wohnungsbestände ausgehen können. In dem Schreiben heißt es:

*... sollte meines Erachtens schließlich das gerade seitens der Stadt Mannheim mit Blick auf die drei Hochhäuser am Neckarufer zum Ausdruck gebrachte Interesse nicht unerwähnt bleiben, die rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um Investoren für Objekte zu interessieren, die dringend der Modernisierung bedürfen, um die dortigen Wohnungsbestände marktfähig zu erhalten.*

*Es ist auch in Mannheim zu beobachten, dass – über die allgemeinen gesetzlichen Beschränkungen hinaus – rechtliche Restriktionen auf die davon betroffenen Wohnungsbestände vielfach nachteilige Auswirkungen haben und überhöhte Leerstandsquoten zu einer Verschlechterung*

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das ist doch jetzt ein Ablenkungsmanöver! Beantworten Sie doch die Frage!)

– lassen Sie mich das bitte vortragen –

*der Angebotssituation insgesamt beitragen. Deshalb ist auch die Landesregierung beispielsweise bestrebt, im ersten Halbjahr 2007 im Rahmen eines Gesetzentwurfs zur Neuregelung wohnungsrechtlicher Fragen unter anderem, einem Wunsch der Stadt Mannheim entsprechend, auf Erleichterung der Freistellung öffentlich geförderter Wohnungen von förderspezifischen Bindungen hinzuwirken.*

Stellen Sie sich das einmal vor: Das will Mannheim.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das glaube ich nicht! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Dass Sie vorlesen können, glauben wir Ihnen ja! – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

– Das weiß ich hundertprozentig.

*Wo die Stadt Veranlassung sieht, auf bestimmte Mietwohnungsbestände über die ohnehin bei Veräußerung fortwirkenden förderrechtlichen Bedingungen hinaus bestimmten Einfluss auszuüben, kann dieser als Ergebnis einer politischen Abwägung beispielsweise über einen Zwischenerwerb durch die GBG gesichert werden. Parallel ansetzende weitere Maßnahmen im Rahmen der gegebenen Gemeindezuständigkeiten ergeben ein meines Erachtens hinreichendes Instrumentarium für interessengerechte Konzepte, die auch den Mieterinteressen Rechnung tragen.*

Jetzt stellen Sie sich einmal vor: Mannheim fordert auf der einen Seite, die Bestimmung für zwei Stadtteile praktisch aufrechtzuerhalten, und auf der anderen Seite will Mannheim drei vermietete Hochhäuser unbedingt aus der Bindung herausnehmen,

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das ist doch unmöglich!)

weil diese früher gefördert worden sind, um damit verfahren zu können, wie sie wollen. Das passt doch überhaupt nicht zusammen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Klaus Dieter Reichardt CDU: Unglaublich!)

Deshalb muss Mannheim eigentlich froh sein, wenn wir so verfahren, wie wir es vorhaben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Mentrup.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Der liest jetzt die ersten zwei Seiten vor!)

**Abg. Dr. Frank Mentrup** SPD: Ich habe wenig Zeit, zu den vielen Aspekten Stellung zu nehmen. Ich bemühe mich trotzdem, auf alle einzugehen.

Herr Kollege Mack, 20 % Leerstand gibt es nicht in Mannheimer Stadtteilen, die gibt es in einzelnen Quartieren. Ich kann die Ihnen auch gerne zeigen; dann werden Sie feststellen, dass dort die Wohnungssituation in einem Zustand ist, in dem es gar nicht darum geht, ob da Zweckentfremdungsverordnungen bestehen oder ein erweiterter Kündigungsschutz besteht, sondern dass es hier darum geht – zum Teil auch mit öffentlichen Mitteln; das ist ja durch die Bundesregierung in den letzten sieben Jahren auch zum Teil wieder möglich geworden –, die Wohnungen endlich zu sanieren, damit sie überhaupt marktfähig sind.

Dann ist die Frage aufgekommen: Was passiert denn jetzt mit dieser verlängerten Kündigungsschutzfrist? Wer kauft denn da noch? Sie erwecken hier immer den Eindruck, als gäbe es keinen Immobilienmarkt. Schauen Sie doch einmal in die Zeitung. In den Stadtteilen, in denen gehäuft solche Wohnungen vorkommen, gibt es weiterhin einen guten Immobilienmarkt. Sie können nur Folgendes feststellen: Zum einen ist dort die Möglichkeit der Mieterinnen und Mieter, ihre eigene Wohnung zu erwerben, wesentlich höher, weil nämlich die Wohnungen noch zu einem realistischen Preis angeboten werden können, da niemand diese Wohnungen nur aus Spekulationsabsichten erwerben wird. Und zweitens sind es nicht die großen internationalen Konzerne, die sich jetzt für diese Wohnungen interessieren, sondern seriöse private Wohnungseigentümer, die dann sagen, sie können sich auf die zehn Jahre einlassen.

In Mannheim haben wir jetzt interessanterweise die Rückmeldung aus den Stadtteilen, dass plötzlich die großen Internationalen hier einmarschieren werden, weil die Verordnung bald fällt. Das hat dann aber nichts mit der Anhebung der Eigentumsquote zu tun. Das hat auch nichts damit zu tun, soziale Sicherheit und Sicherheiten aufrechtzuerhalten. Es geht hier nicht um das Totmachen eines Immobilienmarktes. Das deckt sich überhaupt nicht mit den Erfahrungen aus den Städten.

„Kein Einfluss feststellbar“: Damit, Herr Drautz, habe ich auch diese Frage beantwortet. Sie haben dort eben einen Einfluss zur Steuerung des Immobilienmarktes. Sie haben den Immobilienmarkt nicht totgemacht. Mit diesem Ergebnis kann man in diesen Stadtteilen außerordentlich zufrieden sein. Sie hätten eben einmal nachfragen müssen: Wie sieht es denn mit der Entwicklung der Eigentumsquote in

diesen Stadtteilen in den vergangenen fünf Jahren aus? Dann hätten Sie seriöse Rückmeldungen bekommen.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abgeordneter, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

**Abg. Dr. Frank Mentrup** SPD: Ja. – Das Schreiben, aus dem Sie vorgelesen haben, kenne ich nicht. Ich kenne aber die Antwort der Stadt Mannheim. Da steht von den Punkten, die Sie jetzt hier vorgelesen haben, nichts drin. Daraus geht aber ganz klar hervor – und das wird bestätigt durch eine Mehrheit im Gemeinderat, der sich außer der FDP alle angeschlossen haben –, dass es – es ist ja interessant, dass Sie der CDU Mannheim Staatswirtschaft vorwerfen; dazu hätte ich gerne einmal Herrn Frankenberg gehört –

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

in den Gemeinderäten aller betroffenen Städte deutliche Mehrheiten für diese Verordnung gibt. Sie haben nicht die Menschen im Blick, sondern sind hier ideologisch festgefahren

(Abg. Ernst Behringer CDU: A wa, a wa, a wa!)

an bestimmten Begriffen.

Herr Reichardt, wenn ich Sie gerade sehe: Sie haben am Wochenende auf der Vogelstang wieder versprochen,

(Zuruf des Abg. Klaus Dieter Reichardt CDU)

hier eine Regelung nur für einen einzigen Stadtteil durchzusetzen. Dann fangen Sie jetzt doch wenigstens damit einmal an!

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU: Jetzt ist es aber gut!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Redezeiten sind ausgeschöpft.

(Abg. Ernst Behringer CDU: Sehr schön!)

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags der Fraktion der SPD, Drucksache 14/619.

Sie wünschen Abstimmung. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, dem 13. Dezember 2006, um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen, schließe die Sitzung und wünsche Ihnen einen schönen Abend.

**Schluss: 17:06 Uhr**